



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

57. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 25. Januar 2019, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

Inhalt	Martina Tegtmeier, SPD	18	
	Jörg Heydorn, SPD	20	
	Dr. Ralph Weber, AfD	21	
	B e s c h l u s s	23, 69	
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD			
Gewässerunterhaltung sichern/ unterirdische Wasserläufe instand setzen			
– Drucksache 7/3048 –	3		
Beate Schlupp, CDU	3		
Minister Dr. Till Backhaus	4		
Jürgen Stroschein, AfD	5		
Elisabeth Aßmann, SPD	6		
Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	7		
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	9		
B e s c h l u s s	10		
Antrag der Fraktion DIE LINKE			
Soziale Beratungsleistungen ausfinanzieren			
– Drucksache 7/3056 –	23		
Torsten Koplin, DIE LINKE	23		
Ministerin Stefanie Drese	25		
Thomas de Jesus Fernandes, AfD	26		
Maika Friemann-Jennert, CDU	27		
Jörg Heydorn, SPD	27		
Karen Larisch, DIE LINKE	28		
B e s c h l u s s	29		
Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch den Abgeordneten Dr. Ralph Weber, AfD			29
Antrag der Fraktion der AfD			
Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern – Baby-Willkommensgeschenk			
– Drucksache 7/3044 –	10		
Thomas de Jesus Fernandes, AfD	10, 18		
Ministerin Stefanie Drese	12		
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	13		
Sebastian Ehlers, CDU	16		
Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV	17		
Antrag der Fraktion der AfD			
Teure Strompreise: „Nein danke!“ – Entlastung für einkommensschwache Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern			
– Drucksache 7/3043 –	30		

Christoph Grimm, AfD	30, 34
Minister Christian Pegel	32, 34, 35
Jens-Holger Schneider, AfD	34, 35
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	36
Franz-Robert Liskow, CDU	39
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	39, 42, 43
Philipp da Cunha, SPD	41, 42, 43
Holger Arppe, fraktionslos	43
Bert Obereiner, AfD	44
B e s c h l u s s	46, 70

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Kinder- und Jugendförderungsgesetz
umgehend novellieren**

– Drucksache 7/3054 –	46
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	46, 52
Ministerin Stefanie Drese	48
Jens-Holger Schneider, AfD	49, 52
Maika Friemann-Jennert, CDU	50
Jörg Heydorn, SPD	51
B e s c h l u s s	54

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT
zum Thema

**Aufklärung über gewinnorientierte
Sondervergütungen von Vorstandsmitgliedern
der Universitätsmedizin Rostock**

.....	55
Torsten Koplin, DIE LINKE	55
Ministerin Birgit Hesse	57
Dr. Gunter Jess, AfD	60
Franz-Robert Liskow, CDU	61
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	62
Jochen Schulte, SPD	63, 68
Simone Oldenburg, DIE LINKE	67

Nächste Sitzung

Mittwoch, 13. März 2019	68
-------------------------------	----

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist 9.00 Uhr. Ich begrüße Sie zur 57. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und auch beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Gewässerunterhaltung sichern/unterirdische Wasserläufe instand setzen, auf Drucksache 7/3048.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Gewässerunterhaltung sichern/
unterirdische Wasserläufe instand setzen
– Drucksache 7/3048 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU Frau Vizepräsidentin Schlupp.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade die letzten Hochwasser haben gezeigt, dass eine ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung zwingend notwendig ist. Solche Hochwasserereignisse werden sich nach Aussagen der Wissenschaft in den nächsten Jahren häufen. Darauf müssen wir reagieren, auch um Menschen und deren Hab und Gut zu schützen. Deshalb haben wir den vorliegenden Antrag eingebracht.

Viele von Ihnen werden sich bisher noch nicht explizit vor Augen geführt haben, dass ein Großteil unserer Gewässer unterirdisch verläuft, also verrohrt ist. Es ist aber so. Circa 7.300 Kilometer der Gewässer unseres Landes verlaufen unter der Erde. Sie dienen, wie auch offene Gewässersysteme, der Sicherung der Vorflut und tragen somit maßgeblich zum Hochwasserschutz und zur Sicherstellung der Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen bei. Davon sind circa 7.100 Kilometer als Gewässer zweiter Ordnung nach dem Landeswassergesetz eingestuft und liegen somit in der Unterhaltungslast der Wasser- und Bodenverbände, deren Mitglieder die Gemeinden unseres Landes sind, und sind damit Eigentum der Kommunen.

Die Wasser- und Bodenverbände haben bei ihrer Gründung 1992 keine vollständigen Unterlagen zu den verrohrten Systemen bekommen. Noch heute werden verrohrte Abschnitte gefunden und die Lage und Maße der bekannten Leitungen wird ermittelt. Eine eindeutige Zuordnung bei den gefundenen Abschnitten ist noch nicht oder unvollständig erfolgt. Dies ist aber zwingende Voraussetzung für Unterhaltung und Betrieb dieser Anlagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die verrohrten Systeme sind überwiegend abgeschrieben. Die meisten wurden in den 50er- und 60er-Jahren gebaut und weisen einen hohen Sanierungsstau auf. In dieser Zeit ging es um die Sicherstellung der Versorgungssicherheit, die Schaffung großer Bewirtschaftungseinheiten und den Schutz neuer Siedlungen. Die massiven Beanspruchungen ab 1990 durch Neuversiegelungen und Neuanschlüssen von Flächen waren nicht vorhersehbar und fanden folgerichtig keine Berücksichtigung. Bis heute liegen den Verbänden keine hydraulischen Berechnungen über die tatsächlichen Beanspruchungen der Systeme vor.

Auch aufgrund der Klimaveränderungen und der Erhöhung des Grades der Versiegelung sind die verrohrten Systeme heute nicht mehr ausreichend dimensioniert, das heißt, dass Leitungen, die als Freispiegelleitungen gebaut wurden, heute unter Druck laufen. Die Auswirkungen muss ich, denke ich, hier nicht erläutern. Diese Anlagen stellen erhebliche Probleme für die Wasser- und Bodenverbände dar. So werden die Reparaturkosten je nach Tiefe der Leitung zwischen 250 und einigen 500 Euro je laufenden Meter angesetzt. Allein die Überprüfung mittels Kamerabefahrung kostet 5 Euro je Meter.

Unter der Berücksichtigung der technischen Vorgaben bezüglich Dichtigkeit, Baugrund, Standsicherheit und Betriebssicherheit wären circa 45 Prozent sofort zu erneuern. Ohne Berücksichtigung der Dichtigkeit müssten circa 25 Prozent sofort erneuert werden. Rücklagen dafür stehen den Verbänden allerdings nicht zur Verfügung. Hierzu haben unter anderem auch die steigenden Anforderungen des Artenschutzes an die Unterhaltung der Gewässer und die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie beigetragen.

Derzeit betragen die Kosten für die Unterhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen im Bereich der Wasser- und Bodenverbände rund 17 Millionen Euro im Jahr. Diese werden auf die Gemeinden umgelegt. Für weiter gehende Sanierungen von Gewässerläufen reichen diese Mittel aber bei Weitem nicht aus. Allein für die Sanierung der verrohrten Leitungen werden die Kosten auf circa 2,4 Milliarden Euro geschätzt. Dass eine solche Summe sowohl die Wasser- und Bodenverbände als auch die Gemeinden des Landes überfordert, das leuchtet wohl jedem ein.

Seitens der Verbände wird davon ausgegangen, dass ein Zeitraum von 50 Jahren für die Sanierung der verrohrten Gewässer realistisch wäre. Unterstellt man also eine Restnutzungsdauer von circa 50 Jahren, so würden 48 Millionen Euro jährlich benötigt. Dass eine solche auf Jahresscheiben heruntergebrochene Summe von den Wasser- und Bodenverbänden nicht allein gestemmt werden kann, muss ich an dieser Stelle wohl nicht weiter erläutern. Inwieweit für das Öffnen der Gewässer, das auf circa 5.000 Kilometern infrage käme, die Mittel der Wasserrahmenrichtlinie zum Einsatz kommen können, ist fraglich. Für Anlagen in einer Tiefe von mehr als 2,5 Meter käme eine Öffnung aus Kostengründen wahrscheinlich nicht infrage. Hierbei spielen allerdings auch die Bebauung, Nutzung und die Geländegestaltung eine maßgebliche Rolle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um aber überhaupt Maßnahmen zum Ausbau und zur Sanierung der unterirdischen Gewässerläufe einleiten zu können, ist es notwendig, einen kompletten Überblick über die entsprechenden Daten hinsichtlich des technischen und baulichen Zustandes, des Sanierungsbedarfes und der Zuordnung der unterirdischen Gewässer entsprechend dem Landeswassergesetz zu erhalten. Die Wasser- und Bodenverbände des Landes, die insgesamt 95 Prozent der Gewässer in unserem Land unterhalten, werden die vorgenannten Bedarfe nicht allein realisieren können. Von daher ist es notwendig, dass diese bei der Sanierung der unterirdischen Gewässer unterstützt werden.

Um gemeindliche Umlagemöglichkeiten für die Abschreibungen der verrohrten Systeme schaffen zu können, könnte beispielsweise der Grad der Versiegelung unter Vorteilsnahme stärker Berücksichtigung finden. Die

Hauptverursacher des Niederschlagsabflussgeschehens könnten stärker als bisher an den Reparaturkosten beteiligt werden. Auch das sollte zumindest geprüft werden. Dazu wäre dann allerdings eine Änderung des GUVG erforderlich. Im Landeswassergesetz müssten zudem die Erhaltung und Schaffung von Abstandsflächen an den verrohrten Abschnitten in Bezug auf eine Reparatur oder eine eventuelle spätere Öffnung vor allem innerorts geregelt werden.

Nach Vorliegen aller entscheidungsrelevanten Daten müssen wir auf alle Fälle zügig über die Optionen zur Sanierung der verrohrten Gewässerläufe in unserem Land entscheiden. Auch wenn verrohrte Gewässer nicht zu sehen sind – sie sind wesentlicher Bestandteil unserer Infrastruktur. Für deren Erhalt sind bekanntlich neben dem Landwirtschaftsministerium auch das Innenministerium und das Energieministerium zuständig, sodass der dann anstehende Entscheidungsprozess in enger Abstimmung mit diesen Ministerien erfolgen sollte.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit meinem kurzen Beitrag die Tragweite dieses Themas näherbringen, und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat um das Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft und Umwelt. Bitte, Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wasser ist Leben, Wasser ist das wichtigste Lebensmittel auf dieser Erde. Das in der Fläche zu halten auf der einen Seite und auf der anderen Seite den Hochwasserschutz, aber natürlich auch den Küstenschutz zu bedenken, ist eine permanente Aufgabe. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist, wir haben bereits am Anfang des Jahres zwei Sturmfluten gehabt, eine schwere, eine mittlere. Da kann ich wiederum sagen, die dem Land gehörenden Hochwasserschutzanlagen, Küstenschutzanlagen, haben auch diesem Ereignis standgehalten. Und ich darf es an dieser Stelle auch mal sagen: Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wir im Übrigen alle aus dem Urlaub zurückgeholt haben Anfang des Jahres, gilt unser Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, AfD, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Im Übrigen, wer in Greifswald wohnt, der sollte eigentlich mal ganz doll Danke sagen. Was haben wir für ein Theater gehabt mit dem Bau des Sperrwerkes?!

(Beate Schlupp CDU: Ja.)

Aber ich sage es hier heute auch noch mal: Wenn wir am 2. und, ich glaube, auch am 5./6. Januar dieses Sperrwerk nicht geschlossen hätten – stellen Sie es sich einfach mal gedanklich vor –, dann hätte die Altstadt, im Übrigen Teil der Universitätsklinik, unter Wasser gestanden. Insofern bin ich schon stolz darauf, dass ich

diese Sache habe umsetzen können. Deswegen ist der Antrag sinnvoll, denn er soll ja auch deutlich machen, dass wir uns mit dem Thema der Gewässerbewirtschaftung aktiv auseinandersetzen.

Es ist tatsächlich so, wenn man bedenkt, wir leben alle noch von dem hydraulischen System der DDR. Die Komplexmeliorelation – Frau Schlupp hatte das ja angedeutet – hat natürlich zu DDR-Zeiten ein Ziel gehabt: auf der einen Seite möglichst jeden Quadratmeter zu nutzen und die Ernährung, im Übrigen zum Teil für die Bundesrepublik Deutschland, mit zu gewährleisten, aber auch in der DDR und darüber hinaus. Deswegen war es Ziel, jeden Quadratmeter Boden – wer in der Landwirtschaft tätig war –, jeden Quadratmeter Boden zu nutzen.

Dass wir allein nach der Wende, mittlerweile alleine nach der Wende über 50.000 Hektar unter Beton – die A 20, die A 14, Gewerbegebiete oder neue Wohnstandorte – entwickelt haben, führt natürlich dazu, dass die Belastung der Gewässer insgesamt deutlich angestiegen ist. Deswegen ist es richtig, dass die Verantwortung – da bitte ich auch noch mal um Verständnis – beim Land Mecklenburg-Vorpommern liegt. Von der Systematik her muss man bedenken, das Land Mecklenburg-Vorpommern ist für die Gewässer erster Ordnung zuständig. Ich sage immer so: Die Hauptadern, die großen Adern, die das Land entwässern, wenn man es so will, einmal in die Ostsee und einmal in die Nordsee, sind die großen Flüsse, für die wir selber zuständig sind. Das sind insgesamt gut 1.000 Kilometer, die bewirtschaften wir, die unterhalten wir und da ist auch kein Kilometer verrohrt. Das kann man sich vielleicht auch gut vorstellen.

Es ist tatsächlich so, wenn wir uns die insgesamt 45.500 Kilometer Gewässer anschauen, dann haben wir 29 Wasser- und Bodenverbände, die im Übrigen eine kommunale Teilhaberschaft ausmachen. Das bedeutet unterm Strich, die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung ist bei den Gemeinden, ist Aufgabe der Gemeinden. So will es das und so wollte es das Landeswassergesetz aus dem Jahr 1992 und grundsätzlich hat sich das auch bewährt – grundsätzlich.

Aber wie alles im Leben, gibt es im Detail doch erhebliche Probleme. Es ist so – Frau Schlupp, Sie haben recht, die Daten sind ja öffentlich –, der Löwenanteil der Gewässer zweiter Ordnung, und das sind dann tatsächlich die 6.252 Kilometer von 31.500 Kilometern, sind verrohrt. Die sind aus den 60er-, 70er- und zum Teil noch aus den 80er-Jahren, und die sind verschlissen. Das ist nur eine Frage der Zeit. Wir sind ja im Lande unterwegs gewesen, auch die Vorsitzende, und der eine oder andere Landtagsabgeordnete waren mit dabei. Meine Idee, eine Landesgewässerschau im Landesinneren zu machen, war absolut richtig.

Wenn man bedenkt, das sind ja verrohrte Kanäle – wenn man das in Rostock bedenkt, zum Teil liegen diese Kanäle bis zu 8 und 12 Meter tief –, diese jetzt mal eben so zu öffnen und als offenes Gewässer zu führen, ist ja technisch überhaupt gar nicht möglich. Unsere Schätzungen, die wir vorgenommen haben – auch die Zahl ist ja hier schon genannt worden –, würden quasi ein Volumen von 2,4 Milliarden Euro innerhalb des Landes ausmachen.

Ich kann mich gut entsinnen, im Jahr 2011 bin ich auf den Innenminister zugegangen und habe darum gebeten,

dass wir tatsächlich bei der Hochwassersituation zusätzliche Mittel bekommen. Das haben wir auch relativ gut umgesetzt. Aber wenn man sich diesen Investitionsrückstau anschaut, dann sind die Gemeinden in der Pflicht, sich des Themas anzunehmen. Und ich bin wirklich froh darüber, dass wir uns auf der Landesverbandstagung einig geworden sind. Auch hier hilft Digitalisierung, auch hier hilft Kooperation miteinander, sodass wir weiterkommen. Ich muss sagen, innerhalb der ländlichen Räume haben wir ja mittlerweile eine ganze Reihe von Projekten umgesetzt, das heißt, da sind Gräben oder Rohre wieder geöffnet worden und diese können wir im Übrigen auch mit 90 Prozent fördern, wenn die Gemeinden das denn wollen und mit ihren Wasser- und Bodenverbänden umsetzen können.

Deswegen ist es natürlich so, dass durch die Kosten, die die Wasser- und Bodenverbände aufbringen müssen, diese Verbände überfordert sind mit der Situation. Das nehme ich auch zur Kenntnis. Zum Teil haben sich die Gemeinden – das wäre auch mein dringender Appell –, zum Teil haben sich die Gemeinden mit dem Thema in den letzten Jahren vielleicht ein bisschen wenig auseinandergesetzt. Es ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen, sich dieses Themas anzunehmen, und wir wollen natürlich auch helfen, wo es irgend möglich ist, aber ohne Landeshilfe – das sage ich auch sehr klar – wird man hier nicht weiterkommen.

Deswegen sehen wir im Übrigen auch vor – deswegen war es richtig, dass wir in Brüssel waren, ich habe das Thema dort auch angesprochen, ob und inwieweit wir für die nächste Förderperiode zusätzliche Mittel, auch weil es ja eine Infrastrukturmaßnahme ist, über den ELER für ländliche Räume zur Verfügung zu stellen. Wir prüfen das zurzeit auch. Insofern glaube ich tatsächlich, dass es richtig ist, dass wir uns mit dem Thema auseinandersetzen. Der Antrag hat ja dann auch eine Frist. Ich werde natürlich auf die – wenn es denn so beschlossen wird – oder wir werden auf die Wasser- und Bodenverbände zugehen. Manche haben tatsächlich heute schon ein perfektes System, auch digital entwickelt und manche nicht. Ich hoffe natürlich, dass sie dieser Aufforderung nachkommen, die Wasser- und Bodenverbände, und uns ihre Probleme, was die verrohrten Gewässer anbetrifft, systematisch vorlegen.

Ich will abschließend auch noch mal sagen, die Verbandsversammlung dieser Verbände kennt diese Thematik natürlich. Und der eine oder andere, der in der Gemeindevertretung tätig ist, wird das Thema ja auch sehr genau kennen. Unterstützt wird die Finanzierung natürlich durch die Beiträge der Verbandsmitglieder. Andere Verbände gehen immer noch sehr zögerlich damit um. Ich kann uns nur gemeinsam bitten und auffordern, in enger Kooperation mit den Landwirten zu sein. Auch da ist es eine entscheidende Frage. Wir haben nicht umsonst Flächen erworben, wegen genau dieser Bewirtschaftungskorridore. Oder an den Gewässern sehe ich im Entwurf im Übrigen des Landeswassergesetzes auch einen Steifen von bis zu fünf Metern vor, um damit tatsächlich die Bewirtschaftung besser vorzunehmen. Es ist auch zu prüfen, ob und inwieweit – das ist deutlich geworden – wir weitere Hilfsmaßnahmen umsetzen können.

Insofern kann ich abschließend nur noch mal sagen, ich werde alles daransetzen, dem Hohen Hause die Daten vorzulegen, aber es sollte auch im Interesse der eigentlichen Verbände sein. Wir haben diese 29 Wasser- und

Bodenverbände. Ich gehe davon aus, dass sie dieser Aufforderung des Landes nachkommen und dass sie uns die entsprechenden Daten vorlegen. Im Übrigen sage ich dann auch noch mal: Jedes Gewässer, was wir öffnen, ist natürlich auch ein Teil einer Biodiversitätsverknüpfungsstrecke, das heißt, auch die Themen Klimaschutz und Artenschutz und letzten Endes damit Wasser in der Fläche zu halten und es für die nachfolgenden Generationen sauber zu kriegen, werden damit sehr gut verknüpft. In dem Sinne wünsche ich uns heute einen schönen Tag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Beate Schlupp, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Strohschein.

Jürgen Strohschein, AfD: Frau Präsidentin! Bürger und Abgeordnete! Gäste haben wir noch nicht hier.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Das ist eine Anrede, du. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, da sind Sie enttäuscht, was, Herr Butzki?!

Der Antrag der Regierungskoalition geht in die richtige Richtung.

(Andreas Butzki, SPD: Oh!)

Es ist völlig klar, dass die Wasser- und Bodenverbände bei der Sanierung der unterirdischen Gewässer zweiter Ordnung dringend der finanziellen Unterstützung des Landes bedürfen. Aus dem Grunde möchte ich hier heute nur von Gewässern zweiter Ordnung sprechen.

Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern darüber hinaus weitere unterirdische Gewässer zweiter Ordnung – Frau Schlupp hat das schon angeschnitten –, die aber von den Wasser- und Bodenverbänden gar nicht bewirtschaftet werden. Die von den Regierungsparteien genannten 7.100 Kilometer sind also bei Lichte betrachtet nur ein Teil des ursprünglichen Sanierungsaufwandes. Wie konnte das passieren? Kartenmaterial lag nach der Wende nur vor, wo aus DDR-Zeiten noch Rohrleitungen gelegt wurden. Daher sind die nachher auch bloß aufgenommen worden für die Wasser- und Bodenverbände. Es gibt aber Rohrleitungen, noch Tonrohre, die in den 20er-Jahren, ja sogar noch aus Kaiserzeiten, gelegt wurden.

Ich kann Ihnen als Beispiel ein Dorf nennen, da ist eine ganze Gemarkung, die nicht von Wasser- und Bodenverbänden bewirtschaftet wird. Frau Schlupp kennt den Ort Waldeshöhe. Da sind ungefähr 2,5 bis 3 Kilometer Rohrleitungen aus Ton, also uralt. Und das sind keine kleinen Rohrleitungen, das sind 250er Rohre. Ein ganzes Ende sind zwei Rohre, 120er Tonrohre, nebeneinandergelegt und eines davon ist wohl schon 50 Jahre kaputt. Nun schafft das eine natürlich den Abtransport nicht immer. Wenn schwere Regenschauer kommen, dann wird es eng. Teilweise ist im oberen Bereich schon Acker abgeessen und da ist natürlich dringender Handlungsbedarf. Wenn wir mal eine Bestandsaufnahme bekommen, Herr Landwirtschaftsminister, dann werden wir einen Schreck bekommen, was da noch alles drinliegt.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Den Schreck habe ich schon.)

Die Wasser- und Bodenverbände und die Agrargenossenschaften haben schon selbst mit der Sanierung mittels KG-Rohren begonnen, um den dringlichsten Handlungsbedarf zu erfüllen. Meine Gemeinde hat nach der Wende in einem Ort 250 Meter KG-Rohr verlegt, und zwar davon eins von 300 Millimeter Durchmesser. Das musste mit Handarbeit 2,5 Meter tief gelegt werden. Das war alles nicht so einfach. Da sind wir ja auch an den Wasser- und Bodenverband herangetreten, ob er nicht die Arbeit übernehmen könnte, und da haben sie gesagt, nein, das geht uns nichts an, das haben wir nicht drin in unserem Kartenmaterial, dafür sind die Anlieger zuständig.

Na, das ist ja vielleicht eine Ausrede gewesen: Anlieger! Alle Anlieger zahlen doch für die Wasser- und Bodenverbände ein. Also haben alle Anlieger ein Anrecht darauf, dass ihre Flächen entwässert werden. Aber wir haben es auch so geschafft und haben dadurch drei Seen und einen Teich wieder bewässert, wo schon zweieinhalb Meter Wasser fehlten. Die wären glattweg ausgetrocknet. Übrigens wird der eine auch als Badesee genutzt. Ich sagte es bereits, dass natürlich diese, gerade diese alten Rohrleitungen einen starken Sanierungsbedarf haben. Aber auch von diesen, gerade von diesen uralten würde eine erhebliche Anzahl heute noch eine sinnvolle Funktion erfüllen. Die sind ja alle noch da und die erfüllen zum Teil ihre Funktion.

Ja, dann haben wir da noch folgende Probleme – aber das ist natürlich Sache der Wasser- und Bodenverbände und ich bin ja in zwei Wasser- und Bodenverbänden mit meinen Grünstücken drin,

(Minister Dr. Till Backhaus: Aha!)

ich kann auch vergleichen, aber da ist der eine nicht besser als der andere –: Denn was passiert da, wo die Rohrleitungen einmünden? Da sind dann ja Gräben, Teiche oder Seen. Da bildet sich Sand vor dem Rohr und weil die Gräben nicht ausgebaggert werden – die werden zwar von den Wasser- und Bodenverbänden regelmäßig gemäht, aber die Grabensohle liegt einfach zu hoch –, haben Sie in den Rohrleitungen die Hälfte voll Sand. Da ist natürlich der Abtransport vom Wasser nicht gewährleistet. Da, denke ich mal, sollten wir auch mal öfter hinschauen.

Das ist ja natürlich alles Sache der Gemeinden, wie es der Landwirtschaftsminister schon sagte. Aber wie funktioniert es in den Gemeinden? Die Bürgermeister lassen sich meist vom Geschäftsführer der Landwirtschaftsbetriebe in den Wasser- und Bodenverbänden vertreten und die haben natürlich kein Interesse daran, dass die Kosten steigen. Dann müsste nämlich wieder mehr auf die Anlieger umgelegt werden und weil sie ja die Pächter sind von diesen Flächen und in den Pachtverträgen feststeht, dass sie alle öffentlichen Lasten tragen, so sind sie es letztendlich, die dafür zahlen müssen. Da sind die Geschäftsführer von den Agrarbetrieben natürlich nicht begeistert, wenn die Kosten nach oben gehen. Also, wie gesagt, das Land wird hier schon Unterstützung, erhebliche Unterstützung leisten müssen.

Die im Antrag geforderte Überprüfung der Wirksamkeit der bisher ergriffenen Maßnahmen ist grundsätzlich sinnvoll. Man kann aber sicher schon heute absehen, dass

es eine Sanierung ausschließlich ohne Öffnung von Rohren nicht geben wird. Von vielen der Rohre, die stumpf gestoßen verlegt wurden – gerade zu DDR-Zeiten, das wurde auch nicht immer alles so korrekt gemacht, wie es gemacht werden sollte –, sind auch schon teilweise Betonrohre abgesackt und ein Teil ist schon verwurzelt. Das heißt, wenn Sie da eine Kamera durchschicken – Voraussetzung ist natürlich, erst mal muss das Rohr gespült werden –, dann kommt diese Kamera oder besser gesagt Kanalratte nicht durch.

Eine Rohr-in-Rohr-Sanierung dürfte größtenteils unmöglich sein, schon die Inspektion mit der Kamera, wie ich schon sagte, aber ich halte es trotzdem für möglich, dass das ohne zu öffnen zum größten Teil möglich ist. Ich kann ein 150er KG-Rohr in eine vorhandene Betonröhre, 200 Millimeter Durchmesser, einschieben und erhalte den gleichen Wassertransport. Warum ist das so? Aus folgendem Grund: Das KG-Rohr ist einmal glatter, zum anderen habe ich nicht die Stöße, die dann noch den Wasserdurchfluss wie beim Betonrohr verhindern. Das Resultat ist ja, nachher auf dem Acker haben wir diese ganzen Trichter, wo sich dann Druck aufbaut in diesen Rohren und dann wird dieser Sand wieder mit durchgespült, der ja irgendwo endet.

Aber die KG-Rohre haben eben den Vorteil, da schieben Sie ja circa zehn Zentimeter das Rohr ineinander, außerdem ist es dann noch mit einem Gummiring verschlossen. Das hat nur Vorteile. Eine Verwurzelung ist nicht möglich und die KG-Rohre sind natürlich erheblich langlebiger. Es gibt ja schon KG-Rohre, die bis zu 50 Jahren drin liegen – nicht hier bei uns, sondern in den Altbundesländern –, und die haben bis jetzt noch keine Verschleißerscheinungen gezeigt.

Ja, ich würde vorschlagen, Frau Aßmann, dass wir im Agrarausschuss vom Wasser- und Bodenverband jemanden bitten würden, der sich dann noch mal mit der Thematik genau auseinandersetzt. Ich denke, das würden Sie auch hinbekommen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Aßmann.

(Minister Dr. Till Backhaus: Frau Kollegin, kriegen Sie das hin oder nicht?)

Elisabeth Aßmann, SPD: Ich kann hier gar nicht drüber gucken.

(Die Abgeordnete Elisabeth Aßmann stellt das Rednerpult ein.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe irgendwie das Gefühl, dass es hier heute Morgen ein bisschen melancholisch ist, es ist so eine gedrückte Stimmung.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich glaube, das hängt nicht unbedingt damit zusammen, dass wir eben noch den parlamentarischen Opfern des Nationalsozialismus gedacht haben, sondern ich habe das Gefühl, dass Sie alle schon ein bisschen hoffnungslos sind. Ich kann Sie nur immer motivieren, gerade bei

diesem Thema, dass Sie vor Ort, in Ihren Wahlkreisen, auch Ihre Gemeindevertretung und Ihre Bürgermeister mitnehmen auf diese Reise, auf diese Reise, die verrohrten Gewässer zu unterhalten, denn das ist ein entscheidender Knackpunkt.

Ich kenne es aus meiner Gemeinde, in der ich aufgewachsen bin. Der jetzige Bürgermeister arbeitet sogar für einen Zweckverband und trotzdem ist die Gemeindevertretung auf dem Stand, dass sie sagt, na ja, Gewässer, da müsste man sich mal drum kümmern, aber eigentlich hat gar keiner Lust darauf. Es gibt genau einen sachkundigen Einwohner, der zu Ostzeiten auch in einem Agrarbetrieb gearbeitet hat, der immer wieder sagt, wir brauchen Karten, wir müssen gucken, ist es hier, ist es da. Alle anderen sitzen im Prinzip da – ich überspitze das ein bisschen, aber vom Grundsatz ist es so – und sagen, oh, du schon wieder mit deinen Gewässern.

Und das ist doch das Kernproblem. Wir müssen es schaffen, dass auch die Gemeinden vernünftig mitarbeiten, dass eben die Wasser- und Bodenverbände finanziell dafür ausgestattet sind, dass sie diese Aufgabe übernehmen können, denn es ist die originäre Aufgabe der Kommunen, diese Gewässer zu sanieren und zu unterhalten. Gerade bei Unterhaltungsmaßnahmen sind uns als Land die Hände gebunden. Für normale Unterhaltungsmaßnahmen ist es nicht möglich, Fördermittel auszuschöpfen. Das sollte man auch irgendwo verstehen. Es geht nicht darum, dass man nicht bereit ist, bei der Sanierung unter die Arme zu greifen, denn natürlich sind diese verrohrten Gewässer ein wichtiger Teil unserer Infrastruktur.

Deswegen ist es auch so richtig, was Frau Schlupp gesagt hat, dass es eben nicht allein im Bereich des Landwirtschaftsministeriums zu sehen ist, sondern wir müssen hier das Infrastrukturministerium und vor allen Dingen auch – und da gucke ich gerne in die Ballungsräume, in unsere Industriegebiete, so sage ich es mal –, da müssen wir sicherlich auch den Wirtschaftsminister mit ins Boot holen, denn am Ende ist es so, bei diesem Volumen an finanziellen Bedarfen ist es einfach nicht möglich, das einzig und allein in einem Haus zu stemmen.

Es wurde gesagt, dass es vor allen Dingen natürlich dadurch begründet ist, dass wir im Laufe der Melioration zu DDR-Zeiten diese vielen Verrohrungen angelegt haben. Ich glaube, dass man das wahrscheinlich mit heutiger wirtschaftlicher Betrachtungsweise nicht mehr zwingend so machen würde, aber es ist nun mal so, dass es zu DDR-Zeiten so angelegt wurde, aus benannten Gründen. Deswegen ist es am Ende auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen, jetzt entsprechende Sanierungen vorzunehmen.

Ich hätte mir gewünscht – ich habe viele Gespräche mit Wasser- und Bodenverbänden geführt –, ich hätte mir gewünscht, dass einfach auch innerhalb der Gemeinden besser Vorsorge getroffen worden wäre, weil es ist ja letztendlich so, Herr Backhaus hat es gesagt, 50 Jahre ungefähr, so kann man rechnen, dauert es, bis der Verschleiß so weit fortentwickelt ist, dass man neu sanieren muss. Ich sage mal, ein Großteil der Gewässer wurde in den 70er-Jahren gebaut, da war eigentlich ziemlich klar, wann der Moment kommt, und da ist leider zu wenig Vorsorge betrieben worden.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ein wichtiger Punkt ist – ich glaube, das sollte man auch als große Chance betrachten –, wenn man den Blick auf die Wasserrahmenrichtlinie richtet, gerade bei Gewässern, die eben nicht so tief liegen, gibt es die Chance, diese zu öffnen mit finanziellen Mitteln der Wasserrahmenrichtlinie. Es ist nicht nur so, dass man dann finanzielle Mittel bekommt, sondern es ist natürlich auch so, dass man einen ökologischen Vorteil erlangt. Man hat einen Vorteil, dass man in Flurneuordnungsverfahren, ich sage mal, vorzugsweise aufgenommen wird.

Das sind, glaube ich, einfache Dinge, wo man den Gemeinden klarmachen muss, okay, wenn ihr an diesen Topf rangeht, wenn ihr die Wasserrahmenrichtlinie für euch als Chance für viele Dinge begreift – denn natürlich ist auch klar, wenn ich ein Gewässer öffne und einen natürlichen Verlauf mache, dann kann ich das auch wieder touristisch nutzen, dann kann ich es für meine eigenen Leute positiv darstellen, also da gibt es eine Reihe von positiven Effekten –, dann müssen wir, glaube ich, alle miteinander, da nehme ich jeden ganz gern in die Pflicht, das tatsächlich positiv nach außen darstellen.

Noch mal: Es ist, glaube ich, am allerallerwichtigsten, dass wir unsere Gemeindevertretungen, unsere ehrenamtlichen Bürgermeister, für dieses Thema begeistern, denn es ist so was, es wird sich nicht einfach irgendwann von selbst erledigen. Ich glaube, das hat die Einbringung von Frau Schlupp auch gezeigt. Ganz im Gegenteil: Die Probleme, die Herausforderungen, die mit den verrohrten Gewässern einhergehen, werden immer größer werden, je länger keiner was tut. Deswegen muss endlich was passieren und da ist es wichtig, dass wir eine Datengrundlage haben, um zu schauen, okay, wie kann man wo tatsächlich auch die jetzigen Unterstützungsmöglichkeiten besser steuern oder umsteuern, aber es wird nicht ohne Geld der Gemeinden gehen, und vor allen Dingen auch nicht ohne Engagement. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Beate Schlupp, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Huch, ich rede schon fünf Minuten. Na ja.

(Der Schriftführer korrigiert
die Redezeiterfassung.)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über das Wasser und über dessen Wert hat der Minister ja bereits gesprochen. Ich glaube, diese Medaille hat mehr als nur zwei Seiten, und was die Realität unseres Alltages in einem solchen Land wie Mecklenburg-Vorpommern betrifft – ich erspare Ihnen jetzt einen Ausflug in die physische Geografie mit jungglazial und was das für unser Land bedeutet –, kann man auch sagen, was man nicht sieht, das gibt es für manch einen nicht. Eigentlich handelt es sich, wenn man es genau nimmt, bei unserem Thema um ein rein technisches Problem, aber eben doch auch wiederum nicht.

Der Antrag der Koalition zu der Gewässerunterhaltung bezieht sich ja auf circa 31.400 Kilometer Gewässer zweiter Ordnung in der Unterhaltungslast der WBV, der Wasser- und Bodenverbände, davon circa 7.100 Kilometer verrohrt, wie uns der Vorstand der WBV gerade noch

mal informiert hat. Besonders problematisch dürfte es sein, dass die WBV nach Selbstauskunft keine Zweckverbände sind. Die verrohrten Abschnitte befinden sich im Eigentum der Kommunen, und das macht deutlich, dass wir vor einem echten Problem stehen. Hier überlagern sich nämlich verschiedene Ansprüche, notwendige Maßnahmen, Rechtslagen in unterschiedlicher Hierarchie von der EU bis zur Kommune und die Befindlichkeiten der Historie.

Und wenn ich die Historie anspreche, dann erinnern wir uns bitte an eines der ersten sogenannten Jugendobjekte der FDJ zu DDR-Zeiten, die Trockenlegung und Entwässerung der Wische, also Meliorationsmaßnahmen großen Stils, die Wische in Sachsen-Anhalt, ein Projekt von 1958 bis 1962. Zeitgleich erhielten die 250 Quadratkilometer der Friedländer Großen Wiese bei Ferdinandshof in Mecklenburg-Vorpommern ihr heutiges Gesicht. Dort begann die Melioration zwar bereits im 18. Jahrhundert, wurde im Kaiserreich und bei den Nazis durch den Reichsarbeitsdienst intensiviert, fand aber ebenfalls als zentrales Jugendobjekt der FDJ seinen Höhepunkt. Die älteren gelernten DDR-Bürger unter uns können sich vielleicht auch noch an Jugendbücher erinnern oder an den Film „Egon und das achte Weltwunder“. Manch einer wurde in seiner eigenen Jugend dadurch begeistert und erhielt einen Einblick in bestimmte Teile des Reallebens.

Es ging bei der Melioration um nichts anderes als darum, genügend bewirtschaftbare Agrarflächen für eine moderne, völlig mechanisierte Landwirtschaft zu schaffen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln deutlich zu erhöhen und – das war das erklärte Endziel – Autarkie zu erreichen. Später entstanden in der DDR ganze Meliorationskombinate, die keine andere Aufgabe hatten als die Entwässerung der Moore und Felder, aber auch die Aufgabe der Bewässerung. Manch einer kann sich vielleicht auch noch an die Fregattanlagen erinnern. Ich bin neulich an einer vorbeigefahren, es gibt sie noch. Die Einrichtungen, die so etwas besitzen, sind zu Recht stolz darauf, wenn das noch funktioniert.

Diese Strukturen dürften nur noch mit analogen Betrieben der damaligen Sowjetunion – ich denke an die Ukraine, an die russische Schwarzerde-Zone oder in den USA Corn Belt, Grain Belt, den Mittleren Westen – vergleichbar sein. Sie entsprachen damals dem Stand der Wissenschaft und hatten durchaus Weltniveau. Vielleicht macht eine solche Darstellung die Dimension der zu lösenden Aufgaben besser deutlich als der formale Hinweis auf die bereits erwähnten über 7.000 Kilometer, die wir ja nicht sehen, um die im Antrag der Koalitionsfraktionen zu bewältigenden Aufgaben zu erfassen. Da fehlt auch die Vorstellung.

Dann haben wir noch die europäische Wasserrahmenrichtlinie – ich hatte eigentlich gedacht, Sie gehen noch mehr darauf ein, Herr Minister, aber das drückt uns ja obendrein –, wo bis zum Jahre 2027 eine Lösung vorgeschrieben ist. Sie schreibt vor, dass zum Beispiel alle Bäche in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu versetzen sind. Für verrohrte Bäche bedeutet das nichts weniger, als dass sie eigentlich alle geöffnet werden müssten. Das ist aus unserer Sicht nicht wirklich umsetzbar – auch darüber hat Herr Minister bereits gesprochen –, trotzdem ist es aber per Gesetz gefordert.

Damit bin ich schon bei der Gegenwart und bei der Realität angelangt. Seit vielen Jahren fordert der Landesver-

band der Wasser- und Bodenverbände Mecklenburg-Vorpommern eine gesellschaftliche Debatte zum Umgang und letztlich zur Sanierung der verrohrten Gewässer in Mecklenburg-Vorpommern. Das Beispiel, was Frau Aßmann gerade beschrieben hat, kann ich aus meiner Gemeinde genauso wiedergeben. Die meisten Kommunalvertreter haben oftmals keinen Bezug zu dem, was in der Vergangenheit dort gemacht wurde, aber sie werden über kurz oder lang wahrscheinlich mit der Nase drauf gestoßen werden.

Zuletzt war auf jeden Fall auf dem Verbandstag des WBV Anfang Dezember 2018 in Warnemünde davon die Rede, was zu erledigen ist. Auch der Minister sprach dort zu den Gästen und präsentierte einige Zahlen und Summen. Wir haben das irgendwie ein bisschen anders mitgeschrieben, aber das mag vielleicht auch dem Kenntnisfortschritt geschuldet sein. Damals war davon die Rede, dass die mehr als 2,50 Meter tief liegenden Verrohrungen mit einem Finanzbedarf von 350 Millionen Euro zu versehen sind. Diese Größenordnungen können aus unserer Sicht weder die Unterhaltungsverbände noch die von den Beiträgen ihrer Mitglieder aufgebrachten Finanzstocks realisieren, noch die betroffenen Kommunen alleine aufbringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, außerdem wird gerade bei den tief liegenden Rohren eine Öffnung in fast keinem Falle möglich sein. Dafür steigt der Aufwand der Sanierung deutlich.

Insgesamt schätzte der Minister auf der erwähnten Veranstaltung den Finanzbedarf in den nächsten Jahren mit circa 3 Milliarden Euro ein, um die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Im Agrarausschuss Anfang des Jahres wurden von der zuständigen Abteilungsleiterin im Agrarministerium Frau Hennings ähnliche Zahlen genannt. Bei solchen Summen werden dann hoffentlich alle wach, und 2027 ist ja auch nicht mehr so weit weg.

Ob der Antrag der SPD und CDU dabei hilfreich sein wird, um diese Aufgaben zu lösen, weiß ich nicht. Wir werden ihm aber zustimmen, allein schon deshalb, damit es bei dem Thema der Sanierung der verrohrten Gewässer weitergeht und nicht erst, wenn wieder irgendwo ein großes Loch im Acker auftaucht, wie es Herr Strohschein richtig beschrieben hat, weil mal wieder ein Rohr eingebrochen ist und Wasser seine Arbeit getan hat, oder, wenn ich an meine Gemeinde denke, wo durch den Straßenbau nach der Wiedervereinigung Schlucker gekappt wurden, Baumwurzeln mittlerweile eingedrungen sind in verschiedene Rohranlagen, 30 Jahre lang, ohne dass Drainagen und andere Zuflüsse zu den Verrohrungen gepflegt worden sind, fehlendes Kartenmaterial und Ähnliches. Da drohen ganze Dörfer abzusaufen, vor allem Dörfer, die in den letzten 30 Jahren deutlich aufgewertet worden sind in der Gewissheit eines tiefergelegten Grundwasserspiegels. Wenn sich das alles von alleine verändert, dann sind sicherlich nicht nur die Gemeinden selbst gefordert.

Der vorliegende Antrag verlangt, dass der zuständige Minister im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt bis zum vierten Quartal 2019 einen Bericht über den Zustand der unterirdischen Gewässerläufe in Mecklenburg-Vorpommern vorlegen soll. Darin sollen unter anderem die technischen und baulichen Zustände, der Sanierungsbedarf und die Zuordnung der unterirdischen Gewässer erster und zweiter Ordnung entsprechend dem Landeswassergesetz dargestellt werden – ein notwendi-

ger erster Schritt. Man soll eben immer mit einer Bestandsaufnahme beginnen, das ist völlig richtig. Ob uns aber eine Evaluierung der bisherigen Sanierungsmaßnahmen und eine Prüfung weiterhelfen – ich zitiere aus dem Antrag –, „wie die Unterstützungsmöglichkeiten für die Sanierung unterirdischer Gewässer ohne Öffnung verbessert werden können“,

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

wage ich nicht einzuschätzen. Na gut, vielleicht ist es ja wenigstens nicht schädlich.

Dass der Bericht der Landesregierung anschließend den Wasser- und Bodenverbänden zur Verfügung gestellt wird, die für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung zuständig sind, halte ich für eine absolute Selbstverständlichkeit. Muss man das eigentlich beschließen? Na gut, vielleicht ist auch das nicht schädlich.

Wenn all das hilft, den dringenden Handlungsbedarf zu verdeutlichen, wollen wir nicht nörgeln, und selbst, wenn die heute zu beschließenden Maßnahmen keine entscheidenden Schritte zur Lösung des großen Problems wären, wird sich meine Fraktion dem Ansinnen der Koalition nicht entgegenstellen. Das Thema ist zu wichtig und muss unbedingt in der Realität bewältigt werden. Und so ganz nebenbei: Allein die Fragestellung der Versiegelung, die hier durch den Minister schon angesprochen wird, macht eigentlich deutlich, dass das Problem von Tag zu Tag größer wird.

Gleichzeitig möchte ich aber unterstreichen, dass die Wasser- und Bodenverbände unseres Landes und die betroffenen Kommunen ohne finanzielle Unterstützung des Landes die skizzierten Probleme nicht lösen können. Da bleibt der vorliegende Antrag deutlich hinter den Erfordernissen und vor allem auch hinter den Erwartungen der Betroffenen zurück. Ich weiß nicht, ob das überhaupt Ansinnen des Antrages war, aber das sollte auf jeden Fall mit erwähnt werden. Er ist hinreichend unkonkret diesbezüglich. Insofern setzt meine Fraktion Hoffnungen und Erwartungen auf die kommenden Haushaltsberatungen. Mal sehen, ob dann vielleicht die Erkenntnis so weit reift, dass auf den hier beschriebenen Handlungsbedarf angemessen reagiert werden kann, einschließlich der vorhin vom Minister angesprochenen Chancen, die die EU-Finzen bieten.

Und um noch mal zum Anfang zurückzukommen, meine Damen und Herren, aus globaler Sicht haben wir – ich übersetze das mal so – mit unserem Wasser eigentlich ein Luxusproblem, aber wir wollen nicht im Luxus ertrinken. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Christian Brade, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Borschke.

(Tilo Gundlack, SPD:
Das volle Programm hier.)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Ich habe noch kein Wort gesagt, und die Uhr läuft schon.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das gibt es nicht.)

Ja, also, das geht aber nicht.

(Patrick Dahlemann, SPD:
In dem Moment, wo man
das Rednerpult verstellt.)

Viertelstunde ist weg, ohne ein Wort gesagt zu haben, Viertelminute.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das entscheiden wir am Ende der Rede.)

Sehr geehrtes Präsidium!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Selten gab es so viel Übereinstimmung, das muss man mal sagen.

(Tilo Gundlack, SPD: Herr Borschke
schließt sich den Ausführungen an.)

Vorweg: Wir werden dem Antrag zustimmen und wir finden ihn auch sinnvoll und notwendig. Zum Sachverhalt wurde hier schon sehr viel gesagt. Unter anderem wurde das Meliorationskombinat erwähnt. Das gab es ja damals zu DDR-Zeiten, und da muss man auch mal sagen, Hut ab vor dessen Leistung damals. Also was gut ist und sich bewährt hat, muss auch erhalten bleiben, es sei denn, man möchte sich rückwärts entwickeln.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nicht alles, was seine Wurzeln in der DDR hat, ist schlecht. Auf vieles können wir zu Recht heute stolz sein.

(Andreas Butzki, SPD: Auch auf dich.)

Diese unterirdischen ...

Es gibt nicht nur unterirdische Wasserläufe, es gibt auch unterirdische Äußerungen, meine Damen und Herren.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

In Ihrer Begründung schreiben Sie, die Wasser- und Bodenverbände seien bei der Sanierung der unterirdischen Gewässer zu unterstützen. Es ist richtig, es kann nur eine gemeinsame Anstrengung sein, so, wie das die Frau Schlupp schon angeführt hatte. Wie Sie richtig in Ihrem Antrag schreiben, tragen die unterirdischen Wasserläufe erheblich zum Hochwasserschutz und zur Sicherheit der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen bei. Ihr Antrag kann natürlich nur ein erster Schritt sein. Er kann ja erst mal nur Bestand, Zustand, Schadensbilanz erstellen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation einbringen. Daraus muss man dann letztendlich ein konkretes Handeln ableiten. Das wird sicher eine gewaltige Herausforderung und Anstrengung. Letztendlich kann es ja nur auf eine finanzielle Unterstützung herauslaufen.

Wir können dann nur hoffen, dass die konkreten Bestands- und Zustandsermittlungen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zügig umgesetzt werden. Ich hoffe, es wird diesem Antrag nicht so ergehen wie Ihrem Antrag von 2015, Drucksache 6/4605. In diesem Antrag der SPD-und-CDU-Koalition ging es auch um Gewässer der zweiten Ordnung. Ich darf mal aus diesem Antrag zitieren: „eine ... Ziffer 2 einzufügen, die einen Prüfauftrag enthält, inwieweit Maßnahmen zu ergreifen sind, um zukünftig einen praxistauglichen Umgang zur Abwehr von Schäden und Gefahren durch den Biber zu ermöglichen“. Bis heute sind in diesem Punkt die Boden- und Abwasserverbände so ziemlich alleingelassen.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV – Minister Dr. Till Backhaus: Stimmt nicht!
Stimmt überhaupt nicht! – Dr. Ralph Weber, AfD: Der Biber ist erschossen worden.)

Und, ja, und ...

(Thomas Krüger, SPD:
Herr Minister, werden Sie mal böse,
das stimmt nämlich nicht!)

Apropos Biber, meine Damen und Herren, ich hoffe, es ergeht diesen ganzen Anträgen nicht so wie dem Biber im Ausschuss.

(Thomas Krüger, SPD: Der wird zur Verantwortung gezogen.)

Ja, da würde ich mich aber freuen, wenn die Ausschüsse dann mal öffentlich wären. – Vielen Dank.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV – Patrick Dahlemann, SPD: Was ist denn mit dem Biber passiert? – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat noch einmal das Wort die Frau Vizepräsidentin Schlupp.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Biber werde ich mich heute nicht äußern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich bin sehr dankbar darüber, dass sich die Fachpolitiker alle so einig sind und dass das Problem ernst genommen wird.

Herrn Dr. Weiß kann ich beruhigen, natürlich ist das ein erster Schritt, aber in Anbetracht der Dimension, der finanziellen Dimension, über die wir reden, können wir ja kaum vor einer Bestandsaufnahme sagen, wie wir uns denn die Unterstützung vorstellen. Man muss ja erst mal gucken, wo sind die Probleme, wie sind die regional verteilt, was kann man da machen.

(Thomas Krüger, SPD: Richtig!)

Das ist unser Ansatz, da sind wir uns ja auch alle einig und haben alle festgestellt, die Kommunen sind zuständig, wir wollen sie aber unterstützen.

Deswegen bin ich Frau Aßmann ganz besonders dankbar, denn, wie gesagt, es ist wichtig, dass auch die Kommunen die Problematik erkennen, dass sie wissen, dass es jetzt wirklich ernst wird. Ich kann nur jeden Abgeordneten ermuntern, dafür Sorge zu tragen, dass die erforderlichen Daten, die jetzt erhoben werden sollen, auch zugearbeitet werden, denn nur dann besteht die Möglichkeit, hier landesseitig zu unterstützen.

Von daher möchte ich es kurz machen: Ich bedanke mich für die sachliche Aussprache und hoffe, wir haben Sie alle sensibilisiert für das Problem. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Andreas Butzki, SPD: Bitte.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache ...

(Unruhe bei Jürgen Strohschein, AfD)

Herr Strohschein, ich würde Sie bitten, mit Ihrem Gespräch bis nach der Abstimmung zu warten.

(Andreas Butzki, SPD: Hat er gehört? Hat er.)

Also bitte, wir sind in der Abstimmung.

Wir kommen – ich wiederhole noch mal –, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/3048. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU: Oooh!)

Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/3048 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern – Baby-Willkommensgeschenk, auf Drucksache 7/3044.

**Antrag der Fraktion der AfD
Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern –
Baby-Willkommensgeschenk
– Drucksache 7/3044 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Bürger! „Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern“, das sagt unsere Fraktion auch dem Neugeborenen unserer Abgeordneten Julitz.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Da ist sie bestimmt ganz dankbar für.)

Das denke ich doch auch! Frau Julitz hätte sich sicherlich gefreut, wenn dieser Antrag schon durchgegangen wäre

und sie ebenfalls eine Babybox in Empfang hätte nehmen können.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Elisabeth Aßmann, SPD, und
Martina Tegtmeier, SPD: Das hat sie. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Wir von der AfD stehen für eine Babywillkommenskultur und für die Förderung der Familien in unserem Bundesland. Mit uns wird Mecklenburg-Vorpommern zum Kinderland Mecklenburg-Vorpommern, denn Kinder sind unsere Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Deshalb stehe ich hier und möchte heute für unseren Antrag werben. Ich habe zu diesem von der AfD vorgeschlagenen Baby-Willkommensgeschenk sehr viele positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten, aus der eigenen Familie, ich habe junge Mütter auf der Straße befragt, junge Familien in unseren Bürgerbüros und auf unseren Veranstaltungen. Alle waren hellauf begeistert und fragten sich: Wieso gibt es das noch nicht landesweit? Und: Gut, dass die AfD das jetzt ins Parlament bringt. Wir werden beobachten, wie die CDU, SPD, vor allem Frau Schwesig und DIE LINKE, sich dazu verhalten. Ja, meine Damen und Herren, man beobachtet auch Sie da draußen.

Farbe und ein klares Bekenntnis zur Familie und zu Kindern in unserem Land – Farbe können Sie heute hier bekennen. Wir sind die Familienpartei

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Rainer Albrecht, SPD: Sie haben ja so
viele Frauen bei Ihnen in der Fraktion.)

und hatten auch eine Reihe von Anträgen zur Unterstützung und Wertschätzung für Familien in unserem Land,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

zum Beispiel,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Sie sind der Knabenchor.)

zum Beispiel Sicherstellung der stationären ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment! Einen Moment, Herr Abgeordneter!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, jetzt muss mit der Heiterkeit auch wieder Schluss sein,

(Christian Brade, SPD: Wir haben
damit nicht angefangen.)

damit wir dem Redner zumindest folgen können. Sie können das alle selbst persönlich bewerten.

(Manfred Dachner, SPD:
Da muss man sich ja totlachen!)

Bitte! Gestatten Sie doch dem Redner, dass er seine Rede zu Ende hält!

Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie können weitersprechen.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Der Knabenchor singt weiter.)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Und weil Sie es so gern hören: Wir sind die Familienpartei

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und hatten dazu auch eine Reihe von Anträgen zur Unterstützung und Wertschätzung für Familien in unserem Land gestellt, zum Beispiel „Sicherstellung der ... stationären, medizinischen Versorgung für Kinder und Jugendliche in ... Wolgast“,

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,
und Patrick Dahlemann, SPD)

„Schülerbeförderung in Mecklenburg-Vorpommern neu regeln“, „Strompreisbremse für Endverbraucher“, „Familien durch Darlehen gezielt fördern“, „Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer für Familien“, „Rückkehrrecht auf Vollzeit nach der Eltern- und Pflegezeit gesetzlich verankern“,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

„Gesündere Familien – Dritte Schulsportstunde für alle Klassen einführen“ und „Familien entlasten – Senkung der Grunderwerbsteuer –“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ja, liebe Bürger, alle diese Maßnahmen haben CDU, SPD und LINKE abgelehnt, völlig unverständlich für mich und völlig unverständlich für die Familien da draußen und auch Ihre ehemaligen Wähler.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Christian Brade, SPD)

Heute für Sie noch mal die Möglichkeit, auf dem Silbertablett ein klares Bekenntnis zur Familie zu zeigen, unseren Antrag zur Babybox. Menschen werden nackt geboren, und noch bevor man ihnen sinnbildlich mit einer Steueridentifikationsnummer versucht in die Tasche zu greifen – das ist nämlich mit das Erste, was Neugeborene erhalten –, sind wir dafür,

(Christian Brade, SPD:
Noch vor der Tasche.)

und ich hoffe, auch Sie alle hier im Saal, dass man ihnen als Erstes als Anerkennung und Wertschätzung für junge Familien und Mütter eben diese Babybox

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

seitens des Landes schenken sollte, meine Damen und Herren.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Schon in der Bibel steht, „Geben ist seliger als nehmen.“ Ein schöner erster Ansatz für neues Leben, wie ich finde,

der sogar unserem Eid auf die Verfassung gerecht wird. Diese Box kann nach dem finnischen Vorbild – und dort gibt es diese Box schon seit 1938 – nützliche Sachen wie Anziehsachen für die erste Zeit,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

eine kleine Matratze, Bettlaken, Decken, Bettbezug, Stofftücher, ein Kapuzenhandtuch, Badethermometer, Trinkfläschchen, Mützen, Socken, verschiedene Strampler, Schlafanzug, Schlafsack, sogar ein kleines Kuscheltier, verschiedene Bade- und Hygieneartikel für das Neugeborene und für die Mutter enthalten. Außerdem sollen in dem Paket, wie im Antrag beschrieben, wichtige Informationen zur richtigen Pflege und Versorgung des neugeborenen Kindes weitergegeben werden, wichtige Adressen wie etwa der Kinder- und Jugendhilfe und der in ihrer Umgebung niedergelassenen Hebammen und Kinderärzte.

(Susann Wippermann, SPD: Die haben sie doch schon längst, die Hebamme.)

Dies könnte zur Unterstützung der Eltern enthalten sein und ihnen die frühzeitige Kontaktaufnahme zu Hilfestellen erleichtern,

(Christian Brade, SPD:
Jetzt kennt sich aber einer aus.)

wenn sie diese denn benötigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ganz wichtig, diese Box soll anrechnungsfrei übergeben werden.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Nur den Knaben.)

Diese Box ist eine Geste, ein „Herzlich willkommen in Mecklenburg-Vorpommern“, eine Wertschätzung seitens des Landes, meine Damen und Herren. Sie kann auch eine Hilfe für Familien mit niedrigem Einkommen sein,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Gibt es doch schon!)

ist aber grundsätzlich als Geschenk für alle Neugeborenen in Mecklenburg-Vorpommern zu verstehen. Die jährlichen Geburtenzahlen in Mecklenburg-Vorpommern lagen laut Drucksache 7/2174 in den vergangenen Jahren relativ konstant bei einer Spanne von 12.600 bis 13.400 Babys. Das sind im Durchschnitt zwischen 34 und 37 Kinder täglich. Es handelt sich hier also um einen überschaubaren Rahmen an maximal herauszugebenden Willkommensboxen, der personell wie logistisch ohne größeren Aufwand zu bewältigen ist. Die Beschaffungskosten von circa 170 bis 250 Euro je nach Jahreszeit pro Paket sind vertretbar und eine gute Investition in unsere Kinder, denn diese sind die Zukunft unseres Landes, meine Damen und Herren.

(Egbert Liskow, CDU:
Da haben doch die Kinder gar nichts von. – Torsten Renz, CDU:
Na dann, vorwärts marsch!)

Die finanziellen Mittel können jetzt zum Beispiel aus dem Strategiefonds des Landes bereitgestellt und in den

kommenden Haushaltsverhandlungen ein fester Bestandteil werden.

Meine Damen und Herren, ich freue mich über Ihre Zustimmung und eine sachliche Debatte. Sehen oder erkennen Sie die Chance dieser tollen Geste, sagen Sie Ja zu neuem Leben und heißen Sie es angemessen willkommen in Mecklenburg-Vorpommern!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Bitte, Frau Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Irgendetwas ließ mich beim Lesen des Antrages der AfD-Fraktion ins Stocken geraten. Nach mehrmaligem Lesen kam ich drauf. So soll aus Anlass der Geburt eines Kindes jede Mutter, die vor der Geburt ihren Hauptwohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern hatte und zum Zeitpunkt der Geburt im Land Mecklenburg-Vorpommern wohnt, ein kostenloses Baby-Willkommensgeschenk für das neugeborene Kind erhalten,

(Sebastian Ehlers, CDU: Biodeutsch.)

nicht Eltern, nicht Familien, sondern explizit Mütter.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Nun, vielleicht ging es ja einigen anderen auch so, aber diese Formulierung erinnert mich stark an frühere Zeiten, in denen einzig die Mutter für das Wohl des Kindes verantwortlich war. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, wenn es explizit um Müttergeschenke geht!

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Antrag selbst: Unterstützungen für junge Eltern sind natürlich wichtig. Dies geschieht bei uns im Land auf vielfältige Weise und dennoch ist es richtig, immer wieder zu überlegen, wie diese Unterstützung und Hilfe weiter verbessert werden können, wie wir dafür Sorge tragen, dass die Hilfe auch dort ankommt, wo sie am meisten gebraucht wird. Und natürlich sind gerade für junge Familien finanzielle Hilfen von großer Bedeutung. Wir haben uns als Landesregierung deshalb entschieden, jungen Familien nicht flächendeckend Schnuller zu schenken, sondern Schritt für Schritt eine beitragsfreie Kita einzuführen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Sebastian Ehlers, CDU –
Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut!)

Die größte Unterstützung, die wir Müttern und Vätern bereits in diesem Jahr geben konnten, ist deshalb aus meiner Sicht die Elternbeitragsfreiheit für Geschwister-

kinder, und die noch größere Unterstützung wollen wir im nächsten Jahr verwirklichen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Wer hat es gemacht? Wir haben es gemacht.)

2020 werden wir alle Kinder in der Kindertagesförderung in Mecklenburg-Vorpommern für Eltern beitragsfrei machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr seid so gut.)

So umfassend von Anfang an für alle Betreuungsformen machen das nur wir in Mecklenburg-Vorpommern. Damit haben junge Familien Hunderte von Euro im Monat mehr zur Verfügung. Das ist aus meiner Sicht effektiver als jedes Carepaket, meine Damen und Herren. Ebenso wichtig für mich ist, dass damit wirklich jede Familie ohne finanzielle Belastung für ihr Kind frühkindliche Bildungsangebote in Anspruch nehmen kann, denn wir gehen mit der beitragsfreien Kita den entscheidenden Schritt in ein gebührenfreies Bildungssystem und ermöglichen damit den gleichen Zugang und die gleichberechtigte Teilhabe für alle Kinder in unserem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Patrick Dahlemann, SPD: Jawoll.)

Das heißt, gute Bildung von Anfang an, unabhängig vom Einkommen. Eine bessere Unterstützung für junge Familien gibt es nicht.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte es schon angerissen, es gibt zudem zahlreiche Maßnahmen, Informationen und auch praktische Geschenke, die vor und nach der Geburt an Eltern ausgereicht werden. Ich nutze gern die Gelegenheit, Ihnen davon zu berichten, denn gerade bei der AfD-Fraktion scheint das nicht so bekannt zu sein, aber der Herrenrunde möchte ich daraus keinen Vorwurf machen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Im Land gibt es für die Familien mit neugeborenen Kindern eine Reihe von Unterstützungsmöglichkeiten. Materialien zur Ernährung und Pflege des Säuglings sowie Zubehör werden Eltern in einem großen Umfang durch Schwangerschaftsberatungsstellen, Gynäkologen, Pädiater, Hebammen, aber zum Beispiel auch von Drogerieketten zur Verfügung gestellt. Ein Großteil der Krankenhäuser mit Geburtsstationen und weitere geburtshilfliche Einrichtungen unterstützen und heißen Eltern und ihre Neugeborenen ebenso durch kleine Präsente wie Schlafsäcke willkommen.

Mein Ministerium produziert daneben in hohen Auflagen und mit großer Nachfrage von Kliniken und Gynäkologen ein Faltblatt zum gesunden Babyschlaf. Dort werben wir vor allem für die drei R – Rückenlage, rauchfrei, richtiges Babybett.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Beratungsstellen und Hilfenetzwerke im Land sind wichtige und starke Partner für viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Insbesondere die 42 Schwangerschaftsberatungsstellen sind meist erste Anlaufstellen für Schwangere und werdende Eltern. Die Ratsuchenden

werden dort zu allen eine Schwangerschaft unmittelbar und mittelbar berührenden Fragen beraten. Erforderliche weiterführende Hilfen werden angeboten oder vermittelt. Die Beratung umfasst Hilfen für Schwangere, insbesondere auch zu finanziellen Leistungen der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie hilft Schwangeren in Notlagen. Diese erhalten auf unbürokratischem Weg ergänzende finanzielle Hilfen, die ihnen die Entscheidung für das Leben des Kindes und die Fortsetzung der Schwangerschaft erleichtern sollen. Die finanziellen Hilfen für die Babyerstaussstattung werden hier einkommensabhängig vergeben.

Zusätzlich führen viele Kommunen Willkommensbesuche durch und bringen neben Informationen für die Eltern auch kleine Geschenke für die Neugeborenen mit. Diese werden kommunal oder auch privatwirtschaftlich durch die Partner finanziert.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich halte es für sehr wichtig, in die Stärkung der Eltern-Kind-Beziehung zu investieren. Hier passiert im Land bereits intensiv durch die Förderung der Familienhebammen, der Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -krankenpfleger im Rahmen eines eigenen Landesprogramms sehr viel. Ergänzend wurden die Strukturen der frühen Hilfen mit ihren regionalen Kooperationspartnern aufgebaut. Sie unterstützen Familien in unserem Land. Hier sollten wir weiter ansetzen, genauso wie in den Ausbau der Vernetzung zwischen den Fachkräften in den Behörden und Kitas, den Kinderärzten, Gesundheitsämtern, mit den U-Untersuchungen und mit allen Akteuren im Bereich der frühen Familienförderung und Begleitung. Die richtige Vernetzung und Schulung der Akteure im Umfeld der Familien oder auch die neuen digitalen Angebote, wie unsere Kinderschutz-App, setzen hier neue Impulse.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Eine Müttergeschenkbbox ist dagegen meiner Meinung nach nicht der richtige Ansatz bei der Frage, wie wir Eltern weiter in diesem Land stärken wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Abgeordnete Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Uns liegt hier ein Antrag der AfD vor, wie er im Oktober vergangenen Jahres auch von der AfD im Landtag Brandenburg gestellt wurde.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig!)

Bis auf einige Kürzungen ist er identisch. Die AfD hat mal wieder abgeschrieben,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nein. – Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

weil Ihnen bestimmt nichts Eigenes einfällt, und das hat sie auch noch schlecht gemacht.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Auf eine schriftliche Begründung für die Forderung der Baby-Willkommensbox verzichtet die AfD-Fraktion hier gleich ganz. Da hat das Abschreiben von den Fraktionskollegen doch seine Grenzen erreicht.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Aus dem „Nordkurier“ konnten wir dann zumindest von Herrn Kramer erfahren, was die Gründe für diesen Antrag sind. Ich zitiere aus dem „Nordkurier“ Herrn Kramer: „Viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern scheinen mit der Kindererziehung überfordert zu sein.“ Auch wolle man dem demografischen Wandel entgegenwirken.

Viele Menschen scheinen überfordert zu sein, so Herr Kramer. Nun erklären Sie mir – er ist jetzt gerade nicht da –, wie Sie zu dieser Unterstellung kommen, dass Eltern, erst in Brandenburg, jetzt in Mecklenburg-Vorpommern, überfordert zu sein scheinen! Und selbst, wenn Sie dieses nachweisen könnten, so wäre es doch im Sinne der Eltern, Familienbildungsmaßnahmen zu stärken und nicht mit einer Baby-Willkommensbox zu agieren.

(Patrick Dahlemann, SPD: Jetzt reden Sie mal nicht Französisch mit denen, das verstehen die nicht.)

Ebenso fehlen in Ihrem Antrag Angaben zu ungefähren Kosten. Brandenburg beziffert es auf circa 140 Euro pro Paket. Bei Ihnen lese ich dazu nichts. Von Kosten also nichts zu sehen!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag zeigt einfach,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

was passiert, wenn ausschließlich Männer mit zweifelhaftem Rollenverständnis Politik für Frauen und Familien machen wollen. Es geht gründlich daneben und voll an der Lebenswirklichkeit von Familien in Mecklenburg-Vorpommern vorbei. Wir lehnen Ihren Antrag natürlich ab.

Sie – die Brandenburger AfD-Fraktion oder die AfD-Fraktion hier in M-V, keine Ahnung – wollen eine Stelle im Familienministerium einrichten, um die Pakete herauszugeben.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Mutter kann sich dann dort gegen einen Gutschein, den sie zuvor auf der Geburtsstation erhält, das Willkommenspaket abholen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben hellseherische Fähigkeiten.)

Das heißt, sie muss das Geburtsbett überhaupt erst mal verlassen, um an das Paket zu kommen. Das kann mitunter dann auch von Pasewalk nach Schwerin sein. Dies ist eine seltsame Denkweise und so weit ab von der Realität, dass man sich eigentlich nur fragen kann, wie Sie darauf kommen.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
Jörg Kröger, AfD, und Stephan J. Reuken, AfD)

Aber ignorieren wir mal das schlechte Abschreiben, die fehlende Begründung, Ihren Antrag kann man einfach nur ablehnen. Der Antrag strotzt einfach nur so von Fehlern und geht an der Lebenswirklichkeit von frisch gebackenen Eltern in Mecklenburg-Vorpommern komplett vorbei. Erstens wollen Sie ja mit Ihrem Willkommenspaket dem demografischen Wandel entgegenwirken.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nein, Sie haben es nicht verstanden.)

Ich glaube, es braucht keinen ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich habe Herrn Kramer sehr wohl gelesen im „Nordkurier“,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Herr de Jesus Fernandes, wenn Sie vergessen, hier eine Begründung reinzuschreiben, muss ich einfach auf andere Dinge zurückgreifen, und das ist nun mal die Aussage Ihres Fraktionsvorsitzenden.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Schauen Sie doch mal ins Dezemberplenum! Da stand bei Ihnen immer drunter, Begründung erfolgt mündlich. –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie wollen dem demografischen Wandel also mit Ihrem Willkommenspaket entgegenwirken.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich glaube, es braucht einen grundlegenden Wechsel in der Familienpolitik. Eltern bekommen nicht Kinder, wenn sie ein Willkommenspaket von 140 Euro bekommen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Machen Sie sich nicht lächerlich,
Frau Bernhardt!)

sondern wenn sie gute Löhne in Mecklenburg-Vorpommern erhalten, wenn die Existenz gesichert ist, wenn sie ausreichend Kitaplätze haben, einfach, wenn es eine gute Familienpolitik in Mecklenburg-Vorpommern gibt, und nicht ein 140-Euro-Geschenkpaket.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Zweitens. Das Willkommenspaket, das Sie fordern, soll die Mutter erhalten. Väter finden in Ihrem Antrag überhaupt keine Erwähnung. Es sind aber beide Eltern für Kinder verantwortlich,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Was sagen Sie den alleinerziehenden
Müttern, Frau Bernhardt?)

auch Männer versorgen Säuglinge. Das spielt hier in Ihrem Antrag überhaupt keine Rolle. Die Geburt und die Versorgung der Kinder nach der Geburt

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

obliegt also Ihrem Verständnis nach nur der Frau.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wenn das erste Kind von einem Mann geboren wird, werden wir das berücksichtigen.)

Welch krudes Verständnis der AfD-Fraktion!

Drittens. Das Willkommenspaket soll Ihrer Ansicht nach erst nach der Geburt ausgereicht werden, denn Bedingung für die Mütter ist, den Hauptwohnsitz vor und während der Geburt in Mecklenburg-Vorpommern zu haben und neben der Meldebestätigung der Mutter den Geburtennachweis des Kindes, denn im letzten Satz steht lediglich Geburtennachweis, vorzulegen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Eltern bereiten sich aber in der Regel schon viel früher auf die Geburt ihres Kindes vor und haben Wochen und Monate im Voraus schon an Ausstattung alles zusammen. Da geht das Willkommensgeschenk ins Leere.

Viertens. Von den besonderen Bedarfen des Kindes oder der Eltern wird hier nicht ausgegangen. Ein Standardpaket für alle – wer sucht die Sachen aus?

(Patrick Dahlemann, SPD: Professor Weber!)

Sie etwa? Welche Qualitätsstandards sind daran geknüpft? Es gibt Eltern, die legen Wert auf chemiefreie Produkte, Produkte, die fair produziert werden, mit gerechten Löhnen und Arbeitsverhältnissen sowie mit ausgewählten Rohstoffen. Tun Sie das auch? Der Staat soll für die Eltern aussuchen, welche Badesachen und Hygieneprodukte sie für sich und ihre Kinder verwenden. Auch das ist eine seltsame Anmaßung.

Fünftens. Ein weiterer Beleg für Ihre Praxisferne – die wichtigen Informationen rund um die Geburt und Kinderversorgung, die mit dem Willkommenspaket geliefert werden sollen, benötigen die Eltern nicht erst nach der Geburt, sondern deutlich früher, und sie erhalten diese auch von Hebammen, Ärztinnen und Ärzten, Beratungsstellen oder bei Vorbereitungskursen.

Sechstens. Wie viel würde die Zusammenstellung, Lagerung und der Versand beziehungsweise die Ausreichung der Pakete kosten, wie viel die Koordinierung, die Administration? Haben Sie das schon mal ausgerechnet?

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Welche Stelle soll das übernehmen, kommunale Ämter oder sollen die Mütter tatsächlich nach Schwerin zum Sozialministerium fahren? Fragen über Fragen, die einfach nur zeigen, wie unausgegoren Ihr Antrag ist.

Dann kommen wir mal zu den Kosten. Nehmen wir die letzten aktuellen Zahlen der amtlichen Statistik für Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 2015, 13.298 Lebendgeborene waren es hierzulande, multipliziert mit den Kosten für das Paket – da haben wir jetzt mal den Brandenburger Antrag zugrunde gelegt – von 140 Euro, sind das 1,86 Millionen Euro jährlich reine Produktionskosten für das Willkommenspaket. Hinzu kommen die Ausgaben für die Stelle im Ministerium,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Es gibt keine neue Stelle.)

bei circa 37 Paketen pro Tag braucht es hierfür durchaus angemessene Stellenanteile. Ich frage Sie: Stehen Aufwand und Nutzen im Verhältnis?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Oh, oh, oh!)

Wie nachhaltig ist das Ganze, was Sie hier fordern?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Neues Leben mit Aufwand und Nutzen
zu verbinden, Frau Bernhardt,
das ist beschämend!)

Und eine zweite Frage: Wo bleibt die Berechnung Ihrer Kosten und woher sollen die Kosten kommen?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist beschämend. Gestern haben
Sie aber noch anders geredet.)

Warum haben Sie dieses Paket, wenn es Ihnen wirklich so wichtig ist,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist beschämend.)

nicht schon im Nachtragshaushalt eingebracht?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aufwand und Nutzen für ein Neugeborenes,
das ist traurig, Frau Bernhardt!)

Ich sage es Ihnen: Weil es ein populistischer Schnellschuss ist,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist menschenverachtend.)

den Sie hier vorlegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nein, wir wollen sinnvolle und gut durchdachte Maßnahmen und dass Eltern selbstbestimmt entscheiden, wie sie ihre Familien ausstatten, und dass sie dafür von Grund auf die notwendigen Mittel und Informationen erhalten. Wir wollen eine Politik, in der gute Rahmenbedingungen für Familien geschaffen werden, die in Selbstbestimmtheit und in Sicherheit leben. Wir wollen eine Politik, in der Eltern- und Kinderarmut beseitigt wird und ausnahmslos alle Kinder chancengleich in Mecklenburg-Vorpommern aufwachsen.

Es ist Pflicht und Aufgabe der Landespolitik, für diese Strukturen zu sorgen. Durch ein einmaliges Willkommenspaket werden Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bestimmt nicht ermutigt, Kinder zu bekommen, denn ist das Paket leer, sind die Probleme immer noch da. Das 1,8 Millionen Euro schwere Paket schafft es nicht ansatzweise, die grundsätzlichen Herausforderungen der Familien zu lösen. Dafür braucht es ein gutes Netz an Beratung und Unterstützung, von frühen Hilfen bis zur Stiftung für Alleinerziehende, wo finanziell schwache

Familien schon jetzt Hilfe und Unterstützung bei der Erstausrüstung bekommen.

Aus unserer Sicht ein richtiges Instrument ist auch die Einführung einer Kindergrundsicherung, die die Bedarfe eines Kindes deckt. Das Konzept ist derzeit in der Erstellung, wir hoffen, es kommt schnell voran. Das wäre aus unserer Sicht ein richtiger Schritt.

Wir brauchen flächendeckend gut ausgebildete Familienhebammen, die Familien vor und nach der Geburt beraten, unterstützen in der Erziehung ihrer Kinder, und das war ja eigentlich auch Ihr Ansatz. Wir sehen da keine Notwendigkeit, ein Willkommenspaket einzuführen. Insofern haben wir deutlich gemacht, warum wir Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und
Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ehe ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Niels-Stensen-Schule in Schwerin begrüßen. Herzlich willkommen!

Und jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Bernhardt, jetzt muss man aber, finde ich, auch die Kollegen der AfD mal in Schutz nehmen.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich meine, die Mehrheit der Fraktionsmitglieder hat nun mal keine Kinder. Von daher, woher sollen sie auch wissen, was junge Familien hier im Land brauchen? Ich habe es an der Stelle schon mal gesagt ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Frauenquote würde echt helfen.)

Herr Kollege de Jesus Fernandes, Ihrem Schmunzeln bei der Einbringung der Rede war ja auch deutlich zu entnehmen, das geht natürlich hier nur um reinen Politikmak. Ihnen geht es nicht um die Sache. Sie wollen jetzt irgendwas populistisch auf den Tisch schmeißen

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

und so darstellen, als wenn wir familienfeindlich wären. Aber an der Stelle machen wir natürlich nicht mit, das sei vorangestellt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jörg Kröger, AfD)

Zur Sache: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht doch um die Frage: Wie setzen wir das Steuergeld, also das Geld, was die hart arbeitenden Menschen bei uns im Land verdienen, am wirksamsten für Familien ein? Und wenn man sich mal anschaut, da gibt es im Bund allein – ich habe mal nachgeschaut – 150 familienbezogene Leistungen. Es ist schon eine Menge auf den Weg gebracht worden unter der Federführung der CDU,

allein, was im Bund in den letzten Wochen und Monaten beschlossen wurde. Ich nehme mal den ganzen Bereich Starke-Familien-Gesetz, Verbesserung beim Kinderzuschlag und beim Bildungs- und Teilhabepaket. Hier gab es 5,5 Milliarden Euro beim Gute-Kita-Gesetz auf Bundesebene,

(Patrick Dahlemann, SPD: Unter
Federführung der CDU? Das haben
Sie jetzt aber falsch verstanden. Das
Bundesministerium gehört nicht zur CDU.)

das Baukindergeld ist eingeführt worden, das Kindergeld ist um 10 Euro erhöht worden.

Herr Dahlemann, das sind alles Punkte aus unserem Wahlprogramm – Baukindergeld, mehr Kindergeld –, das können Sie gern nachlesen, Lesen bildet.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Bis 2021 wird das Kindergeld um insgesamt 25 Euro erhöht, höherer Kinderfreibetrag, insgesamt eine Entlastung für Familien um 10 Milliarden Euro an der Stelle.

(Patrick Dahlemann, SPD: Das ist
pure sozialdemokratische Politik.)

Das, finde ich, gehört mit zur Wahrheit dazu, mit tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokraten natürlich auf Bundesebene an der Stelle. Da brauchen wir uns gar nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Und schauen wir auf die Landesebene: Was machen wir ganz konkret? Die Ministerin ist darauf eingegangen, da kann man wirklich mal sagen, das, was wir jetzt im Bereich der beitragsfreien Kita auf den Weg bringen, ist in der Tat die größte Entlastung der Eltern seit 1990.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das muss man, finde ich, heute auch mal ansprechen.

Gehen wir mal in die Zahlen. Ich weiß nicht, ob Sie Kontakt haben an der Stelle, aber da brauche ich nur in meine eigene Kita zu gucken. Da zahlen wir jetzt schon trotz der 150 Euro, die wir als Land geben, für einen Krippenplatz 230 Euro. Das ist dann im Jahr eine Entlastung von 2.760 Euro für einen Krippenplatz. Ich finde, das kann sich sehen lassen, und das ist doch am Ende mehr wert, als wenn ich dann noch zehn Spucktücher und fünf Windeln zur Geburt bekomme, Werte Kollegen von der AfD. Das sind doch die Punkte, die junge Familien hier im Land benötigen an der Stelle.

(Beifall Elisabeth Aßmann, SPD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Das schließt
sich doch alles überhaupt nicht aus. –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ja, Herr Professor Weber, Sie sind dort ja auch sehr erfahren auf dem Gebiet und wissen sicherlich auch, ich kann mich daran erinnern, bei zwei Geburten, bei einer noch als Student, gibt es umfangreiche Hilfen. Die Stiftung ist angesprochen worden, die junge Familien unterstützt, die Studenten unterstützt, die auch Familien unterstützt, die kein Geld haben. Da gibt es Hunderte von Euro für die Erstausrüstung, die Krankenkassen zahlen

was, die Kliniken zahlen was, also nach der Geburt wird man quasi überhäuft davon.

Es gibt umfangreiche Informationen, hier in Schwerin gibt es eine Familienbibel, da sind alle die Punkte enthalten, die Sie auch aufgeführt haben. Das gibt es einfach alles schon. Da steht drin, welche Hebammen es gibt, was im Notfall zu machen ist, wer Ansprechpartner ist, solche Sachen. Herr de Jesus Fernandes, informieren Sie sich künftig! Gehen Sie mal rüber, gegenüber von Ihrem Wahlkreisbüro hier in Schwerin ist ja das Mama Chocolate von der Caritas, da gibt es diese ganzen Informationen. Da müssen Sie nur einmal über die Straße gehen, Sie brauchen nicht einmal die Hauslatschen aus-zuziehen

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das können Sie denen nicht antun.)

und können sich dort an der Stelle informieren. Das gibt es also alles schon.

Dann komme ich mal zum Kern des Antrages und da war ich dann schon erstaunt, als ich gelesen habe, wie sich Ihr Fraktionsvorsitzender – ich dachte, er spricht zu diesem wichtigen Thema – hier im Vorfeld äußert, und ich zitiere: „Viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern scheinen mit der Kindererziehung überfordert zu sein.“ Das ist die zentrale Botschaft der AfD zu diesem Thema, zu ihrem eigenen Antrag. Und da sage ich Ihnen ganz klar und deutlich im Namen der CDU-Fraktion: Wir sehen das dezidiert anders. Wir sind nicht der Meinung, dass die Mehrheit der Eltern mit der Erziehung überfordert ist. Es gibt Probleme, das ist völlig klar, wir gehen nicht mit geschlossenen Augen durchs Land. Es gibt Probleme, es gibt Eltern, die überfordert sind, aber diesen Eltern helfen wir doch nicht mit ein paar Windeln und ein paar Spucktüchern,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

den Eltern müssen wir auf andere Weise helfen. Da gibt es Mechanismen, da gibt es Möglichkeiten, denen helfen wir mit einem warmen Mittagessen in der Kita, denen helfen wir mit einem beitragsfreien Kindergartenplatz und vielen anderen Hilfsmaßnahmen, aber doch nicht mit ein paar Windeln und ein paar Spucktüchern. Ich finde, das ist in der Situation hier nicht angebracht.

(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD:
Spucktücher!)

Ich glaube, wir haben in den letzten Jahren im Bereich der Familienpolitik einiges auf den Weg gebracht. Es gibt noch einiges zu tun, aber junge Eltern – und das weiß ich aus eigener Erfahrung – brauchen kein Begrüßungs-geschenk, das gibt es schon. Deswegen brauchen wir Ihren Antrag an der Stelle nicht und werden ihn auch ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die

Freie-Wähler/BMV-Fraktion wird den Antrag auch ablehnen. Die Gründe für die Ablehnung sind eigentlich von den Vorrednern schon im Wesentlichen vorgetragen worden, trotzdem muss ich wenigstens noch für meine Fraktion unsere Gründe in aller Kürze nennen.

(Torsten Renz, CDU: Nee, müssen Sie nicht. –
Heiterkeit bei Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Zu den inhaltlichen Fehlern hatte Frau Bernhardt schon gesprochen. Mir erschließt sich nicht, weshalb Hebammenadressen vermittelt werden sollen, die Hebamme ist natürlich auch schon vorgeburtlich tätig. Das wurde jetzt auch nicht begründet, dazu war ja keine schriftliche Begründung. Mündlich wurde es auch nicht begründet, warum jetzt noch mal Hebammenadressen vermittelt werden sollten.

(Susann Wippermann, SPD:
Fürs nächste Kind.)

Dann zu der Frage mit den Spucktüchern und Kuscheltüchern: Wir meinen, dass ein Geschenk mit diesem Inhalt niemanden im Land dazu bringen oder bei der Entscheidung helfen wird, will ich ein Kind bekommen oder nicht, weil hier mündlich vorgetragen wurde, die Geburtenrate müsse erhöht werden. Wir glauben, dass mit diesem Geschenk das nicht passieren wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Niemand wird bei der Frage, ob er ein Kind haben will oder nicht, daran denken, ob er Spucktücher oder Kuscheltiere zur Geburt geschenkt bekommt.

Herr Ehlers hat es schon angesprochen, das ist auch meine eigene Lebenserfahrung, man wird praktisch bei der Geburt – das mag sicherlich von Familie zu Familie unterschiedlich sein – zugeschüttet mit Zetteln, Informationsbroschüren, mit Geschenken und Straplern und was man da alles so bekommt. Ich will nicht sagen, es ist bergeweise, aber jedenfalls so viel, dass man oft gar nicht alles gebrauchen kann, was man so aus dem Bekannten- und Verwandtenkreis erhält. Also auch nach der Lebenserfahrung, glaube ich, braucht man definitiv so ein Geschenk bei der Geburt eines Kindes nicht.

Der Antrag ist einfach ein Mittel, schnelle Politik zu betreiben, die überhaupt keine Arbeit erfordert und kein Nachdenken zunächst verursacht hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV
und Susann Wippermann, SPD –
Torsten Renz, CDU: Kann man
auch „substanzlos“ dazu sagen?)

„Substanzlos“ kann man auch dazu sagen, ja.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich möchte nur abschließend noch mal kurz darauf hinweisen, dass wir natürlich als Freie-Wähler/BMV-Fraktion, glaube ich, auch nachweislich als Familienpartei und für die Kinder in diesem Land sehr aktiv sind. Das lässt sich schnell erschließen durch einen kurzen Blick in die Parlamentsdatenbank. Ich will nur ganz kurz zwei, drei Beispiele nennen, welche Anträge wir schon gestellt haben, wie wir meinen, fundierte Anträge, sinnvolle An-

träge. Gerade mein Kollege Fraktionsvorsitzender Bernhard Wildt ist sehr fleißig,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Da kann man in die Datenbank gucken, keinen einzigen! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sehr fleißig im Bereich der Bildungspolitik. Sinnvolle Bildungspolitik ist das Beste für unsere Kinder. Unsere Anträge zu den Themen „Rauchverbote auf Spielplätzen“ oder gestern „Gesunde Ernährung für Kinder“, „Die Computerspielsucht bekämpfen“, „Schulgärten einführen“,

(Torsten Renz, CDU: Ja, das ist wirklich sehr umfangreich. –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

„Rechtschreibunterricht sozusagen stärken“ oder auch die vielen Anträge zum Schwimmunterricht für unsere Kinder sind wesentliche Punkte, die für die Familien und Kinder in diesem Land entscheidend sind. Dieser Antrag jedenfalls ist oberflächlich und vollkommen überflüssig. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und Freie Wähler/BMV –
Christel Weißig, Freie Wähler/BMV: Bravo! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Also, Herr de Jesus Fernandes, irgendwie mag ich Ihnen nicht so ganz glauben, was Ihre einleitenden Worte betraf, wen Sie alles befragt hätten und auf welch große Zustimmung Ihre Pläne hier gestoßen sind. Das kann ich mir auch wirklich nur so erklären, dass Sie vielleicht eine Gruppe befragt haben, die selbst nicht betroffen war, also keine Mütter, die schon mal in dieser Situation gewesen sind. Ich habe ja meine eigenen Erfahrungen auf diesem Gebiet gemacht, die aber leider schon sehr weit zurückliegen. Ich erinnere mich deutlich daran, wie ich damals schon zugeschüttet wurde mit allen möglichen Materialien. Die Informationen hatte ich alle schon von meinem Gynäkologen seinerzeit erhalten, in umfassender Art und Weise, sodass ich gedacht habe, meine Erfahrungen von damals sind wohl nicht mehr zeitgemäß. Ich habe meine jungen Kolleginnen, die ja alle schon in dieser Situation gewesen sind, eine jetzt ganz frisch, gefragt, und auch diese haben die Erfahrung gemacht. Sie haben alles erhalten, teilweise von ihrem Gynäkologen, teilweise im Krankenhaus. Ich habe damals von der Krankenkasse direkt umfangreiche Materialien mit allen möglichen Proben erhalten.

Deswegen habe ich das tatsächlich mal zum Anlass genommen zu gucken, wie das jetzt so geregelt ist. Ich habe zum einen bei den Krankenkassen nachgesehen. Die AOK PLUS zum Beispiel macht das so, dass sie jeder jungen Mutter mit ihrem Neugeborenen so ein Paket zur Verfügung stellt.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Dann kann das doch gar nicht so falsch sein!)

Andere Krankenkassen haben das in anderer Form, teilweise sind es die Gynäkologen, die solche Pakete direkt übergeben.

Das hat mich noch mal vor die Frage gestellt: Kann man das jetzt verallgemeinern, kann man das verallgemeinern? Dann habe ich den Vorsitzenden des Gynäkologenverbandes in Mecklenburg-Vorpommern dazu gesprochen und der sagte, viele Kollegen machen das, aber verallgemeinern kann man das nicht, weil viele sich ganz einfach weigern, wie er selbst auch, hier Werbung für Firmen zu machen, denn alle Produkte, die da drin sind, haben auch ihr Firmenlogo in der Regel, und er sagte, sie stünden nicht dafür gerade, Firmen auszuwählen, die sie damit unterstützen. Das wäre ja praktisch als eine Werbekampagne zu werten. Und da liegt für mich auch zum Teil der Hund begraben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich will jetzt gar nicht über Finanzen reden, das finde ich in diesem Zusammenhang nicht angebracht. Wir haben als Koalitionsfraktion das größte Entlastungspaket für Familien auf den Weg gebracht, dabei will ich es belassen, dazu ist schon genug ausgeführt worden, aber in der Tat, so etwas umzusetzen, ist ja wohl fast nicht zumutbar.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich erinnere mich deutlich an eine Diskussion in der Gemeindevertretung, da haben wir auch überlegt, wie wir unsere jungen Familien unterstützen können, und haben ernsthaft darüber diskutiert, und da ging der Streit darum, welche Windel es denn sein soll. Also vergessen Sie es doch! Wir haben uns damals für ein moderates Begrüßungsgeld entschieden im Rahmen der Zuständigkeit der Gemeinde. Für Familien war das, glaube ich, ein guter Beschluss.

Auf Landesebene haben wir mehr Verantwortung und andere Möglichkeiten, Familien zu entlasten und zu unterstützen. Die Ministerin hat die umfangreiche Palette hier vorgestellt. Ich finde, das ist der richtige Weg an der Stelle, und deswegen werden wir leichten Herzens und auch gut sachlich begründet Ihren Antrag vollumfänglich ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Patrick Dahleemann, SPD: Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat noch einmal das Wort der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

(Zuruf von Patrick Dahleemann, SPD)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Werte Abgeordnete! Wertes Präsidium! Liebe Gäste im Saal! Also das, was ich hier gehört habe, war total unterirdisch.

(Heiterkeit bei Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Niemand von Ihnen hat sich vorher irgendwie auch nur im Ansatz informiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Gehen Sie ins Internet! Sie spielen alle mit Ihren Tablets herum.

(Zurufe von Patrick Dahleemann, SPD,
und Martina Tegtmeier, SPD)

Gucken Sie mal nach, finnische Babybox, dafür gibt es eine Extraseite. Sie sagen quasi, alle Finnen sind irgendwie blöd. Warum gibt es diese Box dort seit 1938?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Sie alle haben nicht erkannt, dass es um eine Geste seitens des Landes geht. Und wer nicht zuhören kann und dann versucht, die Fakten so zu verdrehen und das ins Lächerliche zu ziehen, das ist ein peinlicher Auftritt hier gewesen

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

von allen anderen Fraktionen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Patrick Dahlemann, SPD: Ab in die Box mit Ihnen!)

Auf die begrenzte Vorstellungskraft von Frau Bernhardt möchte ich jetzt gar nicht eingehen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Weil Sie nichts gesagt haben dazu.)

Wen es tatsächlich wirklich interessiert und wer sich damit wirklich auseinandersetzen will,

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

den lade ich recht herzlich ein. Ich habe ein Modell der finnischen Babybox bei uns unten im Raum liegen,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

gucken Sie es sich einfach mal an!

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU:
Ziehen Sie doch selbst die Windel an!)

Da können Sie lachen, Herr Waldmüller, oder Sie gucken einfach mal rein, dann können Sie danach immer noch lachen, wenn Sie es ernst meinen. Da sind im Übrigen gar keine Windeln drin. So sieht man, wie Sie sich mit dem Thema befassen, meine Damen und Herren!

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Susann Wippermann, SPD)

Es geht um eine Geste. Es geht um eine Geste des Landes. Wir möchten als Zeichen der Anerkennung von Familien, die sich, obwohl sie im Niedriglohnland mit den längsten Arbeitszeiten,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Und der beitragsfreien Kita!)

im Pendlerland, im Land mit den teuersten Strompreisen dieser Welt,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

obwohl sie im Land mit dem schlechtesten Bildungs- und Betreuungsschlüssel leben, in dem Land des Lehrerman-gels,

(Sebastian Ehlers, CDU: Mit der wenigsten
Sonne und dem meisten Regen.)

in einem digitalen Land,

(Tilo Gundlack, SPD: Warum hassen
Sie denn dieses Land so sehr?)

das quasi Dritte-Welt-Niveau hat, ja,

(Tilo Gundlack, SPD:
Sie hassen doch dieses Land!)

in einem Land ...

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment!
Einen Moment, Herr Abgeordneter!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wieder an der Zeit zu sagen, bitte halten Sie sich zurück, der Redner ist nicht mehr zu verstehen! Ich bin dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass der Redner zu verstehen ist. Deshalb bitte ich Sie, das zu respektieren und sich etwas zurückzuhalten. Alle Fraktionen haben noch Redezeit, bis auf die Fraktion Freie Wähler/BMV, die haben leider keine mehr. Frau Bernhardt hat auch schon alles ausgeschöpft, aber die großen Fraktionen haben alle noch Redezeit. Sie können sich noch mal zu Wort melden hier vom Pult aus. Bitte etwas mehr Disziplin im Saal!

Jetzt können Sie weiterreden.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wir möchten Anerkennung für Familien, die im Land der vielen Mängel im ländlichen Raum leben, die hierbleiben und sich trotz allem, trotz dieser ganzen Mängel für eine Familiengründung entscheiden, meine Damen und Herren, als Geste und mehr ist das auch nicht. Für diese Familien möchten wir ein deutliches Zeichen der Anerkennung seitens des Landes, ein klares Bekenntnis zur Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft.

(Martina Tegtmeier, SPD: Sie hören ja wohl
nicht zu! – Zurufe von Christian Brade, SPD,
und Patrick Dahlemann, SPD)

Kommen wir noch mal zur Umsetzung. Zur Umsetzung können auch Behindertenwerkstätten mit eingebunden werden, heimische Vereine, Seniorenverbände,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das kostet doch alles nichts, ne?)

ansässige Firmen können mit ins Boot geholt werden, ein Konjunkturprogramm quasi für eine breite Schicht unserer Bevölkerung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wenn ich hier höre, dass man da irgendwelche billigen Sachen aus China reinpacken will,

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Heiterkeit bei Christel Weißig, Freie Wähler/BMV –
Susann Wippermann, SPD: Wer sagt das denn?)

meine Damen und Herren, also wirklich! Gehen Sie auf die Internetseite! Gucken Sie dort nach! Das ist extra nicht aus China, das wird von heimischen Unternehmen hergestellt, gifftfrei logischerweise. Also das so zu verdrehen und ins Lächerliche zu ziehen, das ist unter aller ..., ich sage es nicht.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Ja, einige Gemeinden haben bereits ein solches Geschenk, was Sie so dermaßen verachten.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Und die AOK macht das auch.)

Komisch, dass einige Gemeinden das schon machen.

(Tilo Gundlack, SPD:
Und Sie hassen das Land, ja.)

Was meinen Sie, wie diese sich über eine Entlastung ihrer Kommune freuen?! Wenn Sie das Ganze hier heute zur Chefsache machen, meine Damen und Herren,

(Beifall Jörg Kröger, AfD)

lade ich Sie zur eventuellen Abstimmung zu Einzelheiten auch gern in den Ausschuss ein und beantrage hiermit die Überweisung in den Ausschuss.

(Christian Brade, SPD: Das
macht die Sache nicht besser. –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Lassen Sie uns über die wichtigen Sachen, die Sie auch angesprochen haben, und Bedenken von mir aus im Ausschuss diskutieren,

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

damit wir danach eine gemeinsame Lösung auf den Weg bringen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Da können wir auch darüber diskutieren, dass es zum Beispiel völlig unnötig ist, eine neue Stelle einzurichten, oder ob das vielleicht mit einer Gutscheinregelung abläuft, wie auch immer, was da drin ist.

(Patrick Dahlemann, SPD: Luft und Liebe.)

Da können wir das alles machen. Das ist das politische, normale Prozedere übrigens, dass Anträge in Ausschüsse überwiesen werden, damit man da nachverhandelt, damit jeder noch mal in sich gehen kann zum Beispiel.

(Torsten Renz, CDU: Da muss ja wohl
Substanz da sein als Grundlage,
wenn Sie da weiterverhandeln wollen.)

Damit eine gemeinsame Lösung fraktionsübergreifend nachher rauskommt und man dem Land ein schönes Instrument an die Hand gibt, meine Damen und Herren, beobachten Sie bitte ganz genau, wie die Herrschaften hier abstimmen!

(Patrick Dahlemann, SPD: Richtig! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Oder setzen Sie heute gleich ein klares Bekenntnis! Stimmen Sie unserem Antrag zu, wenn Sie ihn nicht überwiesen haben möchten!

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und denken Sie daran: Diese Geste geben Sie unseren kommenden Lehrern, Erziehern, Krankenpflegern, Landärzten, Ingenieuren und Handwerkern in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Was ist denn das für ein Quatsch?! –
Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Dietmar Eifler, CDU)

Falls es nicht überwiesen wird und es kommt zur Endabstimmung, möchte ich gern eine namentliche Abstimmung beantragen.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Christel Weißig, Freie Wähler/BMV:
Nein, das ist ja eine Lachnummer!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Nachdem ich das hier zu hören bekommen habe, habe ich mich spontan entschieden, hier noch ans Rednerpult zu gehen, weil, was wir hier erlebt haben, war ja, dass der Abgeordnete der AfD im Stile eines Bajazzos das Land schlechtgeredet hat.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja.)

Und wenn man das nur mal einer oberflächlichen Prüfung unterzieht, dann sind das Dinge, die so nicht zutreffend sind.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Natürlich,
nachprüfbare Tatsachen sind das.)

Natürlich hat das Land Mecklenburg-Vorpommern seine Probleme. Wir haben natürlich unsere Probleme. Das Thema Dünnbesiedlung, das Thema demografischer Wandel und so weiter und so fort, das sind ja Dinge, die von uns gar nicht in Abrede gestellt werden. Aber wenn man sich die Situation mal wirklich anguckt, dann war die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern seit ewigen Zeiten nicht mehr so gering, wie das heute der Fall ist. Wenn wir uns die Entwicklung der Löhne angucken, dann muss man sagen, die Leute verdienen mehr in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Thomas des Jesus Fernandes, AfD)

Wir haben noch vor Jahren das Problem gehabt, dass Auszubildende hier keine Lehrstellen fanden. Heute ist die Situation so, dass man sagen muss, der Arbeitsmarkt hat sich völlig gedreht. Jeder, der in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten will, findet heute hier einen Arbeitsplatz.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist nicht wahr.)

Wir haben eher die Schwierigkeit, dass wir Arbeitsplätze nicht besetzen können, und so weiter und so fort.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Und jetzt gucken wir uns das doch mal inhaltlich an! Herr de Jesus Fernandes redet davon, dass es hier darum geht, symbolhaft irgendwas zu machen, und dann fängt er an, eine Latte von Schwierigkeiten aufzuzählen. Da ist ja die Frage, mit welchen Symbolen kriegen Sie denn die von Ihnen vorgetragenen Probleme weg?

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wenn es tatsächlich so ist, dass Leute auspendeln und es ist dies und jenes und denen drücke ich jetzt eine Babybox in die Hand, was haben die davon? Was verändert das entscheidend an deren Situation?

Wenn man sich dagegen anguckt, was für Maßnahmen zum Beispiel hier von der Landesregierung unternommen werden beim Thema – die Ministerin ist darauf eingegangen – „Beitragsfreiheit für Kitas“, da haben die Leute richtig was in der Tasche. Wenn ich keine Kitabeiträge mehr zu zahlen habe, ist das eine richtige Nettoentlastung, teilweise von mehreren Hundert Euro, die jemand wirklich in der Tasche hat für seine Familie, für sich und für seine Kinder.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Freie Wähler/BMV –
Susann Wippermann, SPD:
Sehr richtig!)

Da muss man sagen, das ist doch Quark und eine Petitesse, was Sie hier vorbringen! Das kann man nicht wirklich unter einem ernsthaften Politikversuch bewerten, das ist doch einfach nicht zu fassen!

Vor allen Dingen läuft es ja immer nach dem gleichen Muster ab. Die AfD kommt hierhin und sagt, wir werden marginalisiert.

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

Die etablierten Altparteien sind alle gegen uns, man wird nicht ernstgenommen, und abgehoben sind sie allemal, weil sie nicht mehr mitkriegen, was letztendlich das Thema ist, was das Volk jetzt so will. Wobei die Frage zu stellen ist: Was ist eigentlich das Volk? Das, was ich erlebe, ist, dass Menschen in unserem Land ganz unterschiedliche Auffassungen und Neigungen haben und dass man nicht sagen kann, die Altparteien treten Volkes Willen mit Füßen. Das ist alles populistischer Kram, der uns vorgetragen wird.

Und wenn man uns sagt, Sie werden ausgegrenzt und nicht richtig ernstgenommen, dann gucken Sie sich doch mal an, mit welchen Vorschlägen Sie hier vorn am Mikrofon stehen! Hier kommt jemand und sagt: Wir machen eine Babybox nach finnischem Vorbild. Wir wollen damit Symbole setzen, wir wollen den Leuten in irgendeiner Form was Kleines, Gutes tun. Und im nächsten Satz fangen Sie an, das Land schlechtzureden. Wie soll man denn damit umgehen, wenn man hier ernste Politik machen will und seit Jahren auch macht, wie man an der Entwicklung des Landes feststellen kann?

Übrigens gibt es belastbare Umfragen, die noch nicht alt sind, wo ganz klar wird, dass die Menschen in diesem Land sagen, hier kann man gut und gern leben.

(Patrick Dahlemann, SPD:
31 Prozent der Menschen!)

Mecklenburg-Vorpommern ist quasi ein Land zum Leben. Das, was Sie hier machen, hat doch Trump'schen Charakter. Da geht es doch darum, alles in die Tonne zu treten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Jawoll!)

Und ich sage Ihnen ganz deutlich, das machen wir nicht mit! Das wollte ich noch mal klarstellen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen und liebe Gäste!

(Jörg Heydorn, SPD:
Herr Professorin Weber steht da vorne. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Herr Heydorn, Sie hatten eben gesagt, das konnten Sie ja gar nicht mehr ertragen, Sie mussten spontan hier nach vorn kommen.

(Heiterkeit und Zuruf von
Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

So ähnlich ging es mir jetzt auch. Ich kann das auch nicht ertragen, was Sie da von sich gegeben haben. Das hat mich auch noch mal hier nach vorn gerufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich möchte zum einen mal mitteilen, wenn Sie kein Verständnis dafür haben, was eine Geste ist, dass man Menschen zeigen möchte, dass man sich mit ihnen freut,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

dass in diesem Land Nachwuchs geboren wurde, dann sollten Sie das doch für sich behalten und nicht noch in die Öffentlichkeit hinausblasen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Zum Zweiten hat Herr Fernandes keinesfalls dieses Land schlechtgeredet,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

keinesfalls dieses Land schlechtgeredet, sondern ein Bündel von Fakten gegeben.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir sind nun mal im Lohnsektor Letzter von den Bundesländern und, und, und,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

aber über die Arbeitslosigkeit zum Beispiel hat er nichts gesagt.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Und, Herr Heydorn, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, jeder, der hier im Land einen Arbeitsplatz haben möchte, der findet ihn auch, dann ist das ein Schlag ins Gesicht, eine Ohrfeige für all die vielen, die pendeln müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie sollten sich mal überlegen, was Sie hier von sich geben! Das möchte ich Ihnen auch noch mal gesagt haben. Wie gesagt ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Professor Weber, entschuldigen Sie bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heydorn?

Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, obwohl er bei mir nie Zwischenfragen zulässt, aber ich bin ja ein Demokrat, deswegen gern.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Jörg Heydorn, SPD: Herr Professorin Weber, stimmen Sie mit mir überein, dass die Beitragsübernahme sämtlicher Kitakosten hier im Land Mecklenburg-Vorpommern etwas anderes ist, also wesentlich mehr ist als die von Ihnen genannte Geste, indem man den Leuten eine Babybox zur Verfügung stellt?

Dr. Ralph Weber, AfD: Ich bin so dankbar für Ihre Frage, das wollte ich nämlich gerade noch sagen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Oh!)

Frau Abgeordnete Heydorn, ich wollte Ihnen nämlich mal mit auf den Weg geben:

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Wenn Sie hier die Kitakosten anbringen, dann darf ich Ihnen sagen, schauen Sie mal in unser Programm, Landeswahlprogramm! Von Anfang an haben wir die kostenfreie Kita propagiert.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Haben Sie nicht! Ich kann lesen
in Ihrem Wahlprogramm.)

In allen Abstimmungen, in allen Ausschüssen haben wir

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das ist eine Lüge, Herr Weber, die Sie hier verbreiten!)

für die kostenfreie Kita geredet und gestimmt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist eine Lüge! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Insofern ist das ein Herzensanliegen auch unserer Partei, das umgesetzt wird.

(Tilo Gundlack, SPD:
Das ist eine Lüge, Sie lügen! –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Kein schlechtes Wort haben Sie von uns jemals darüber gehört. Nur was das jetzt mit dieser Willkommengeste zu tun haben soll, das erschließt sich mir nicht.

(Tilo Gundlack, SPD:
Das ist Familienpolitik, Sie lügen!)

Natürlich ist die kostenfreie Kita in diesem Lande begrüßenswert. Das haben wir immer getan. Wir haben mit dafür gesorgt, dass es kommt,

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Tilo Gundlack, SPD: Sie lügen!)

indem wir in allen Ausschüssen und allen Anträgen, die wir gestellt haben, immer das mitgetragen haben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Schauen Sie mal in die Protokolle, dann werden Sie vielleicht ein bisschen schlauer! Ich glaube, es täte Ihnen gut.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Professor, Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Kollegen Heydorn?

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Dr. Ralph Weber, AfD: Natürlich.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Professorin Weber, kann es sein, dass Sie hier gerade nicht wirklich bei der Wahrheit geblieben sind?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Es kamen Zwischenrufe von unserer Kollegin Bernhardt, die Sie der Lüge bezichtigt hat, was die Aussage in Ihrem Wahlprogramm zum Thema Kitabeitragsfreiheit betrifft.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das war schon 2013 plakatiert.)

Dr. Ralph Weber, AfD: Wir haben stets die kostenfreie Kita propagiert, gefordert und unterstützt. Insofern weise ich das zurück.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Das soll im Wahlprogramm stehen?
Wir machen den Faktencheck.)

Und unser gesamtes Handeln hier im Landtag hat das in allen Phasen unserer Tätigkeit deutlich gemacht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Nur mit dem Antrag hier hat das nichts zu tun.

(Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Das zur Beantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Übrigen wollte ich nochmals sagen, auch wenn vielleicht teilweise derartige Mitteilungen und Geschenke aus dem Verwandtenkreis kommen, dass, wenn sie von der AOK gebracht werden und von den Gemeinden, zeigt es ja nur, dass es eigentlich etwas Sinnvolles ist. Und jemand, der meint, er braucht es nicht, muss eine solche Geschenkbox nicht annehmen. Warum man das jetzt schlechtreden muss und hier alles ins Gegenteil verkehren will, erschließt sich mir nicht.

Und jetzt bin ich am Ende meiner Rede, auch gleich am Ende meiner Zeit,

(Tilo Gundlack, SPD:
Das ist auch gut so.)

deswegen keine weitere Zwischenfrage mehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, mehrere Abgeordnete des Hauses haben Herrn Professor Weber der Lüge bezichtigt. Es gab auch solche Ausrufe aus der AfD-Fraktion gegenüber Abgeordneten. Das gehört nicht zur Würde des Hauses.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist aber die Wahrheit!)

Ich bitte darum, dass Sie solche Aussagen unterlassen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Tilo Gundlack, SPD: Na, man soll doch
immer die Wahrheit sagen, ne?! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich schließe die Aussprache, da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3044 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen? –

(Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Gegenstimmen aller anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Die Fraktion der AfD hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag „Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern – Baby-Willkommensgeschenk“

auf Drucksache 7/3044 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie von hier, vom Präsidium aus namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat und dies noch tun möchte?

(Die Abgeordnete Eva-Maria Kröger wird
nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 10.50 Uhr

Wiederbeginn: 10.52 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 58 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 12 Abgeordnete, mit Nein stimmten 46 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3044 abgelehnt.

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Tagesordnungspunkt 26** auf: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Soziale Beratungsleistungen ausfinanzieren, Drucksache 7/3056.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Soziale Beratungsleistungen ausfinanzieren
– Drucksache 7/3056 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Soziale Beratungsleistungen sind Bestandteil eines verwirklichten Sozialstaatsprinzips. Es verpflichtet uns als Gesetzgeber, auf Grundlage der Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes nach sozialen Gesichtspunkten zu handeln und die Rechtsordnung entsprechend zu gestalten. Dieses Gebot gilt gleichermaßen für die Verwaltung wie für die Rechtsprechung. Bezugspunkt ist die Einhaltung universeller Grundrechte, wie die Achtung und der Schutz der Würde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das Verbot von Diskriminierungen.

Meine Damen und Herren, soziale Beratungsleistungen zielen neben zahlreichen sozialstaatlichen Leistungen darauf ab, in allen Lebenslagen die Verfassungsansprüche in der Realität zu gewährleisten. Sie sind mit Blick auf unsere Landesverfassung mit dem Artikel 17a umschlossen, in dem es unter anderem heißt, ich zitiere: „Soziale Hilfe und Fürsorge sowie staatliche und kommunale Maßnahmen dienen dem Ziel, das Leben gleichberechtigt und eigenverantwortlich zu gestalten.“

Soziale Beratungsleistungen folgen der Intention, für Bedarfe aufgrund verschiedenster sozialer Problemstellungen einfach zugängliche Angebote der Beratung, Begleitung, Hilfe und Unterstützung zu unterbreiten. Beratungen werden zu verschiedenen Problemlagen angeboten und in Anspruch genommen. Da gibt es die allgemeine Sozialberatung, die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung, die Sucht- und Drogenberatung, die Beratung für Menschen mit Behinderungen, die Beratung für Migrantinnen und Migranten, die Ehe-, Familien- und Lebensberatung, die Aidsberatung, die Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung, die Beratung für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie die Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfe.

Viele dieser Beratungsleistungen sind originär sozialstaatliche Aufgabe. Entsprechend der Erkenntnis und bitterer Erfahrung, welche Auswirkungen machtpolitischer Zentralismus hat und was es bedeutet, wenn dem Einzelnen entzogen wird, was sie oder er aus eigener Initiative nicht leisten kann, haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes und der Sozialbücher diese Leistungserbringung nach dem Subsidiaritätsprinzip an Vereine, Verbände und Initiativen übertragen. Subsidiarität besteht darin, dass die jeweils größere Einheit in einer Gesellschaft nur dann eingreifen soll, wenn die kleinere beziehungsweise untergeordnete Einheit aus eigener Kraft zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht in der Lage ist.

Eine solche Übertragung geht jeweils mit Rechten und Pflichten einher. Die Pflicht der Vereine, Verbände und Initiativen besteht mit Übernahme der Aufgaben darin, diese in der erforderlichen Qualität und mit der entsprechenden Sach- und Fachkunde anzubieten beziehungsweise durchzuführen. Dies wird vom Staat auch eingefordert. Die Pflicht des Staates – in diesem Fall konkret unsere Pflicht – besteht darin, die genannten Leistungserbringer dem Grunde nach in die Lage zu versetzen, die Leistung auch in der geforderten Qualität anbieten zu können. Dementsprechend darf sich die staatliche, mithin gesetzgeberische Seite nicht darauf beschränken, den Trägern von Beratungsleistungen Zugang zu sozialen Aufgaben zu verschaffen, sondern muss zusätzlich auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen, sodass die Träger der Beratung auf der Grundlage ihrer Eigenständigkeit und besonderer Ressourcen ihre Wirkung zum Vorteil der Hilfebedürftigen entfalten können.

Aus einem nicht mit Vernunft zu begründenden Umstand geht seit Jahr und Tag die Übertragung von sozialen Beratungsangeboten auf Vereine, Verbände und Initiativen mit der Auffassung einher, diese könnten ihre Leistungen gut und gerne billiger erbringen als staatliche Verwaltungen sowohl hinsichtlich der Personalkosten als auch hinsichtlich der Sachkosten. Eine solche Denkhaltung hat gleich in zweierlei Hinsicht negative Folgewirkungen. Einerseits wird der Eindruck erweckt, öffentliche Verwaltungen sind per se teurer und unwirtschaftlich. Das wiederum spielt jenen in die Hände, die nach den

neoliberalen Ideologien von Hayek oder Friedmann mit dem Slogan, ungleicher Wohlstand und ungleiche Rechte wären unabdingbare Merkmale eines erfolgreichen Marktsystems, auf die Zurückdrängung des Staates und individueller Schutzrechte hinarbeiten. Andererseits diskreditieren sie die sozialen Beratungsleistungen der Träger als von minderer Güte, denn sie werden ja billiger erbracht. Zugleich wird unter Dumpingbedingungen ein Marktgeschehen initiiert, das die verantwortlichen Akteure stets und ständig zur Ökonomisierung sozialer Leistungen und zuweilen zu einem abenteuerlichen Agieren zwingt.

Die bisherigen Erkenntnisse in der Befassung mit dem Thema „Finanzierung der Wohlfahrt“ lassen hinsichtlich sozialpolitisch ungewollter Entwicklungen auf unsere Mitverantwortung als Gesetzgeber schließen. Durch politische Entscheidungen in diesem Haus und in den zuständigen Ministerien haben sich über eine lange Zeit Zustände entwickelt, die wir nicht länger dulden dürfen.

Der Vorsitzende des Paritätischen Mecklenburg-Vorpommerns, Herr Bluschke, schrieb während der Debatten zum letzten Doppelhaushalt Folgendes an den Sozialausschuss, ich zitiere: „Mit Enttäuschung haben wir den vorliegenden Entwurf der Landesregierung für den Einzelplan 10 des Haushalts 2018/2019 zur Kenntnis genommen. In nahezu allen Haushaltstiteln, die Zuwendungen für Einrichtungen und Dienste der freien Wohlfahrtspflege betreffen, stagnieren die Haushaltsansätze auf dem Niveau“ von 2013. „Steigerungen von Personal- und Sachkosten müssen somit in den nächsten beiden Jahren ein weiteres Mal durch zusätzliche Eigenmittel der Träger aufgefangen werden. Die Belastungsgrenze für die Träger ist damit nicht nur erreicht, sondern überschritten. Auch ist unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr zu vermitteln, warum Beschäftigte im öffentlichen Dienst jährlich an tariflichen Lohnsteigerungen partizipieren, die Zuwendungen für die freie Wohlfahrtspflege jedoch stagnieren und den Trägern somit keine Lohnsteigerungen ermöglichen.“ Zitatende.

An den wenigen Stellen, an denen es Mittelaufwuchs gibt, entspricht dieser nicht den Erfordernissen. So erhalten die Fachkräfte in den Frauenschutzhäusern zwar neuerdings – das geht auf die Initiative meiner Fraktion und dann dem Handeln der Sozialministerin zurück – eine Steigerung ihres Lohnes von jährlich 2,3 Prozent, der aber liegt 34 Prozent unter vergleichbaren Gehältern im öffentlichen Dienst.

Bezeichnend, weil von landespolitischer Bedeutung, ist die Situation des Perspektive e. V. Waren. Der hat dieser Tage mit seinem Angebot der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung die weiße Flagge gehisst, weil der geforderte Eigenanteil nicht mehr getragen werden kann. In einem Vor-Ort-Gespräch habe ich erfahren, im Jahr 2017 betrugen die Kosten seiner Beratungsleistung 201.000 Euro. Als zuwendungsfähig wurden aber nur 188.000 Euro anerkannt. Davon übernimmt das Land knapp 92.000 Euro, also 48,72 Prozent der als zuwendungsfähig erklärten Kosten. Der Landkreis übernahm 81.000 Euro, das sind 43,02 Prozent, und der Verein 15.600 Euro, also 8,26 Prozent. Als nicht zuwendungsfähig wurden Verwaltungskosten wie etwa die unabdingbare Buchhaltung erklärt.

Der Eigenanteil und die als nicht zuwendungsfähig erklärten Kosten, also die real angefallenen Kosten, machen für den Perspektive e. V. Waren jedoch in

Summe 28.000 Euro aus. Von der Sparkasse bekamen sie 5.000 Euro, von der Wohnungsgesellschaft 3.000 Euro, von den Städten Waren, Röbel und Malchow insgesamt 4.500 Euro. Ungedeckt blieben immer noch 15.500 Euro.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Jedes Jahr bei Sparkassen und anderen Wirtschaftsunternehmen sowie den Städten, die finanziell selbst zu knapsen haben, mit der Spendenbüchse vorstellig zu werden, und das in Konkurrenz mit zahlreichen ebenfalls wichtigen Kinder- und Jugendprojekten oder Kulturinitiativen, schafft eine höchst unsichere und noch dazu demütigende Situation und macht die Beratung weder für den Träger noch für die Beschäftigten irgendwie sicher planbar – das alles für eine Leistung, die gesellschaftlich notwendig und für die Betroffenen existenziell ist.

Damit muss Schluss sein, sehr geehrte Damen und Herren. Wir LINKEN wollen, dass sich das Parlament selbst in die Pflicht nimmt und die Regierung beauftragt, bei der angekündigten Fassung eines Wohlfahrtsgesetzes für unser Land sowie bei der Aufstellung des Landeshaushaltes für die kommenden zwei Jahre die sozialen Beratungsleistungen unter Berücksichtigung des im Koalitionsvertrag selbst formulierten Anspruchs, gut bezahlte Arbeit auskömmlich zu fördern, die tatsächlich anfallenden Kosten dabei zu berücksichtigen und die Förderung schließlich und endlich zu dynamisieren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Frau Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vor uns liegt ein Antrag der Linksfraktion, der die Landesregierung auffordert, die soziale Beratung im angekündigten Wohlfahrtsgesetz zu regeln und auskömmlich zu finanzieren. Ich muss gestehen, sehr geehrte Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, ich bin erstaunt, warum dieser Antrag jetzt noch auf der Tagesordnung steht. Bereits in der vergangenen Landtagssitzung habe ich deutlich ein Wohlfahrtsgesetz angekündigt, das die soziale Beratung und ihre Finanzierung einschließt. Wir werden in diesem Jahr also eine umfangreiche Debatte über unsere soziale Beratungslandschaft im Land haben. Parallel finden die Beratungen zum neuen Doppelhaushalt statt. Und die Finanzierung der sozialen Beratung, sehr geehrte Abgeordnete, ist grundsätzlich eine haushalterische Entscheidung unseres Landtages. Das gilt für die Mitfinanzierung der örtlichen sozialen Beratung im zuständigen kommunalen Sozialraum genauso wie für die Steigerungsraten der Landesförderung. Ich frage deshalb also: Warum jetzt noch dieser Antrag?

Hinzu kommt, mein Sozialministerium hat im Dezember des vergangenen Jahres zehn Förderrichtlinien zur Unterstützung der sozialen Arbeit überarbeitet. In dem

Richtlinienpaket sind zum Beispiel die Förderung der Beratungstätigkeit im Bereich der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung, die Beratung von Menschen mit Behinderungen und die Beratung zu allgemeinen Sozialfragen enthalten. Ebenso sind die Richtlinien zur Stärkung des Ehrenamts, zur Unterstützung von Menschen in kritischen Lebenslagen, für ambulante Maßnahmen von Menschen mit Behinderungen und die Richtlinie zur Förderung der Telefonseelsorge angepasst worden. Wir setzen damit weiter konsequent auf mehr Transparenz und mehr Steuerung in diesem wichtigen Bereich und haben klare Regelungen bis zum Inkrafttreten des Wohlfahrtsgesetzes geschaffen.

Mit der Neufassung der Richtlinien werden Aspekte aufgegriffen, die auf Erkenntnissen des Sozialministeriums und auf Feststellungen des Landesrechnungshofs beruhen. Die Reaktion damals von der Linksfraktion: Das ist Aktionismus des Sozialministeriums. Ich fasse zusammen: Im Dezember konstatieren Sie Aktionismus im Bereich der sozialen Arbeit, im Januar beklagen Sie Handlungsbedarf im Bereich der sozialen Arbeit, und das alles vor dem Hintergrund des bereits von mir angekündigten Wohlfahrtsgesetzes. Ich frage deshalb also: Warum noch dieser Antrag?

Nein, meine Damen und Herren, es bedarf keines weiteren Antrags Ihrerseits. Es bedarf keines weiteren Antrags auch, weil die Landesregierung insgesamt und mein Ministerium im Speziellen immer wieder betont haben, die soziale Beratung als Kernaufgabe der freien Wohlfahrtspflege wird im neuen Wohlfahrtsgesetz als wichtiger Bestandteil enthalten sein.

Was ich hier an dieser Stelle ebenso nochmals klarstellen muss, da dies im vorliegenden Antrag völlig außer Acht gelassen wird, ist: Soziale Beratung ist eine Aufgabe im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge. Die Sozialgesetzbücher II, VIII und XII weisen die Zuständigkeit und Verantwortung für die Beratung Ratsuchender eindeutig den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtlich zuständige Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger zu. Gleichwohl, und das sage ich ganz deutlich, hat das Land ein Interesse an der Wahrnehmung dieser Aufgabe im öffentlichen Wirkungskreis und stärkt darum mit seiner Mitfinanzierung die örtliche Ebene. Dieser rechtliche Hinweis sei mir angesichts einiger Formulierungen in Ihrem Antrag nach dem Motto „Schuld hat immer das Land, solange die Linksfraktion in der Opposition ist“ gestattet.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, im neuen Wohlfahrtsgesetz wird das Land sich zu seinen ihm aus Artikel 19 Absatz 2 der Landesverfassung und dem verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaatsprinzip obliegenden Verpflichtungen zur Sicherstellung sozialer und gemeinwohlorientierter Aufgaben bekennen. Im neuen Wohlfahrtsgesetz wird das Land seine Partnerschaft gegenüber den Spitzenverbänden und Trägern der freien Wohlfahrtspflege angemessen zum Ausdruck bringen sowie sein Interesse an der Erfüllung dieser Aufgaben unterstreichen und im neuen Wohlfahrtsgesetz wird das Land als Fördermittler Sorge tragen für einen wirtschaftlichen, sparsamen und vor allem zweckentsprechenden Einsatz öffentlicher Finanzmittel. Ich frage deshalb also: Warum dieser Antrag? – Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrte Abgeordnete! Wertes Präsidium!

Also ich hoffe mal, Herr Koplin, Sie haben diesen Antrag nicht geschrieben. Sie haben zumindest in der Einbringungsrede ungefähr gesagt, was Sie überhaupt wollen, das passt nämlich alles gar nicht zum Antrag, den Sie hier vorgelegt haben,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Doch!)

der übrigens ohne Begründung,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Jaja!)

ohne Begründung gekommen ist – also quasi den Vorwurf, den Sie uns gemacht haben, den gebe ich jetzt gerne zurück.

Beim Lesen Ihres Antrags brauchte man schon eine gehörige Portion Fantasie. Da geht es mir jetzt genauso, wie Frau Bernhardt vorhin behauptet hat, fälschlicherweise allerdings. Wir befassen uns hier mit einem völlig undifferenzierten Antrag der LINKEN, der ohne Begründung einflattert.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wie gesagt, ich glaube nicht, dass Herr Koplin hier federführend war.

Die letzte Berichterstattung seitens der Opferambulanzen im Sozialausschuss hat zum Beispiel eine chronische Unterfinanzierung dieser sehr wichtigen Arbeit aufgrund gestiegener Fallzahlen und schwieriger Zusammenarbeit mit den Jugendämtern durch eventuell anfallende Kosten für gerichts feste Rechtsgutachten ergeben. Einen Antrag für diesen Bereich hätten wir gerne unterstützt, das ging aber jetzt aus diesem Papier nicht hervor. Also meinen Sie wohl eine andere Problematik.

Man muss irgendwie zwischen den Zeilen lesen, was Sie eigentlich wollen. Wohlfahrt, soziale Beratung, Träger der Sozialarbeit, gute Arbeit, schützen, fördern, wichtige Arbeit, auskömmlich et cetera – da muss man sagen, Ihre Phrasensatzbaumaschine ist wohl nach dem letzten Onlineangriff auf Ihre Fraktion defekt und Simone Oldenburg musste selbst übernehmen,

(Patrick Dahlemann, SPD: Simone?)

mit dem Ergebnis des vorliegenden Papiers, das wirklich unterirdisch ist, meine Damen und Herren.

In Punkt I.4 haut DIE LINKE ein Pauschalurteil über alle Bereiche der Sozialarbeit und deren Träger raus, dass einem die Ohren schlackern, meine Damen und Herren.

(Thomas Krüger, SPD:
Das sehe ich ja gar nicht!)

Ich übersetze mal Ihr Urteil: Die Landesregierung vergibt alle sozialen Beratungsleistungen, aber sabotiert durch absichtliche Unterfinanzierung deren Arbeit. Wenn dem so wäre, frage ich mich: Warum klagen Sie

noch nicht vor dem Verfassungsgericht? Sie sind doch sonst so schnell mit Rücktrittsforderungen und Klageandrohungen! Aber da hat DIE LINKE mittlerweile die Arbeitsweise der Landesregierung angenommen und bleibt bei einer bloßen Ankündigungspolitik, meine Damen und Herren.

Unter Ziffer II gehen Sie auf einen imaginären Gesetzentwurf ein, ohne zu wissen, wie dieser aussieht. Das nenne ich mal eine Vorverurteilung sondergleichen! Ja, wir wissen alle, wie diese Landesregierung arbeitet.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Hervorragend! Hervorragend!)

Wir beobachten das zumindest. Ob das immer hervorragend ist, das würde ich nicht so nennen, da gibt es viele Kritikpunkte, viele berechnete Kritikpunkte, aber in dem Ausmaß, wie DIE LINKE das hier heute getan hat, da will ich mich nicht unbedingt anschließen.

Aber warten Sie doch, was die Regierung uns vorlegt.

Ach, nee, Moment mal! DIE LINKE ist es doch gewesen, die letztes Jahr vor der Sommerpause verkündet hat, wir bringen einen Gesetzentwurf zum Wohlfahrtsfördergesetz.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Da haben Sie ja recht.)

Das haben Sie noch vor der Sommerpause verkündet, ganz großspurig über die Presse, dass Sie noch in der Sommerpause dieses Gesetz bringen. Und was ist passiert?

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das war der Jahrhundertssommer!)

Nichts! Wieder nichts! Also irgendwoher kennen wir doch diese Ankündigungspolitik.

Im Übrigen hat DIE LINKE unseren Antrag zum Wohlfahrtsfördergesetz, den wir gestellt haben, der durchaus sinnvoll gewesen wäre, wo Sie noch die Möglichkeit gehabt hätten, in einer Expertengruppe mitzuwirken, diesen Antrag haben Sie abgelehnt, liebe Linksfraktion.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD,
und Holger Arppe, fraktionslos)

Sie hätten schon damals Ihre Vorstellungen, die Sie hier heute vorgetragen haben – leider nicht schriftlich, sondern nur mündlich – mit in diesen Entwurf einarbeiten können. Abgelehnt haben das die LINKEN mit diesem Antrag und Ihrem Verhalten die Bürger von Mecklenburg-Vorpommern. Wir lehnen diesen unbegründeten und fachlich und sachlich minderwertigen Antrag von Simone Oldenburg und Linksfraktion ab, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE versucht sich mit dem vorliegenden Antrag ebenso wie mit dem Antrag auf der Drucksache 7/3057 von gestern, der das Hilfesystem zum Thema hatte, im Bereich der sozialen Beratungsleistungen mit Maximalforderungen zu profilieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben Profile. Sie reden dummes Zeug hier! Wir müssen uns nicht profilieren.)

Den erhobenen Zeigefinger oder Ihren Theorieteil nehmen wir zur Kenntnis.

In ihrer Pressemitteilung kritisiert die Fraktion DIE LINKE, dass die Fachkräfte im Hilfesystem unterbezahlt seien.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sind! „Sind“ ist nicht „seien“!)

Mit dem vorliegenden Antrag soll nun der Landtag feststellen, dass die Landesregierung gesetzliche Beratungsleistungen an Träger der Sozialarbeit übertragen hat, ohne diese auskömmlich zu finanzieren. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass zumindest im Titel 684.51 – Zuschüsse an Verbände und Vereine der freien Wohlfahrtspflege für allgemeine soziale Beratung – der Haushaltsansatz in den letzten Jahren nie zur Gänze ausgeschöpft wurde. Zum anderen wurde hier über Anpassungen und Neufassungen von Richtlinien eben schon gesprochen.

Meine sehr verehrten Kollegen von der Linksfraktion, der vorliegende Antrag verdient nun wirklich die Note „ungenügend“.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Holger Arppe, fraktionslos)

Selbstverständlichkeiten, indirekte Unterstellungen sowie widersprüchliche und undifferenzierte Behauptungen – normalerweise weisen Ihre Anträge mehr Qualität auf.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine neue Ausrede, die Sie jetzt erfunden haben!)

Meine Damen und Herren, bei der Beratung des geplanten Wohlfahrtsgesetzes oder, besser gesagt, Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern und bei der Aufstellung des Haushaltsansatzes 2020/2021 wird die Koalition ganz selbstverständlich darauf schauen, dass die Haushaltsansätze entsprechend auskömmliche Löhne und eine ausreichende Mitfinanzierung sozialer Beratungsleistungen ermöglichen. Die erhobenen Forderungen werden insoweit durch die Koalition erfüllt, ohne dass es dafür diesen Antrag braucht. Wir werden ihn daher ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich würde das ganze Thema mal etwas differenzierter betrachten. Ich muss Ihnen sagen, dass ich als Sozialpolitiker, solange ich im Landtag bin, das ist seit 2002, mit der Art und Weise, wie wir

das Thema Freie Wohlfahrtspflege finanzieren, nie so richtig glücklich war.

Wir haben auf der einen Seite eine Situation, die den Trägern bestimmte Pflichten und Regeln überträgt. Sie brauchen Fachpersonal, müssen feste Räume haben und so weiter und so fort. Damit sind eine ganze Reihe von Verpflichtungen verbunden.

Auf der anderen Seite haben wir diese Träger immer im Rahmen von Projektförderungen finanziert, auch über die unterschiedlichsten politischen Konstellationen. Das ist keine Geschichte, die zustande gekommen ist unter Koalitionen von SPD und CDU. Ich kann mich daran erinnern, in zwei Legislaturperioden hat DIE LINKE das zuständige Ministerium besetzt, da war das nicht anders als heute. Aber die Kritik aus dem Bereich der Sozialpolitik war immer vorhanden, weil, wie gesagt, auf der einen Seite tragen die Träger die Risiken und auf der anderen Seite hat man ihnen gesagt, wir fördern euch nach Maßgabe des Haushaltes auf der Grundlage von Freiwilligkeit.

Das ist rechtlich zumindest kritisch zu betrachten. Es gibt dazu eine Stellungnahme des Landesrechnungshofs, der sagt, wenn eine kontinuierliche Arbeit betrieben wird und man will die unterstützen, dann geht das nicht über diese sogenannte Projektförderung, sondern da muss man institutionelle Förderung betreiben und sagen, wir bekennen uns dazu und wir geben euch verbindlich die erforderlichen Mittel dafür.

Deswegen ist meine Fraktion sehr froh darüber, dass wir heute den Punkt erreicht haben, wo wir sagen, wir machen ein Wohlfahrtsgesetz. Das ist eine verbindliche Regelung zu diesem Thema, die von unserer Seite aus sehr stark unterstützt wird. Wir sind da im Schulterschluss mit unserer Ministerin und wir wollen die Dinge, die jetzt erforderlich sind, in dem Gesetz regeln. Das heißt, wir wollen sagen, welche Aufgaben wir sehen, wir wollen sagen, welche Träger wir sehen, wir wollen sagen, welche qualitativen Standards wir damit letztlich in Verbindung bringen. Das heißt, alles wird jetzt in diesem Gesetzentwurf abgehandelt.

Die Ministerin hat natürlich zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass das Thema nicht nur eine Aufgabe des Landes ist, denn im Wesentlichen sind ebenso die Kommunen Träger der Daseinsvorsorge. Und natürlich ist das Thema „Soziale Beratung“ ein wesentliches Element der sozialen Daseinsvorsorge, das heißt, auch jede Gemeinde, jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt muss ein Interesse daran haben, dass ein entsprechendes Angebot in hinreichendem Umfang bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Insofern würde ich mich jetzt einer Richtung verweigern, die so aussieht, dass man sagt, das macht ausschließlich das Land.

Auf der anderen Seite ist das Thema Trägerbeteiligung angesprochen worden. Herr Koplin, natürlich ist das Thema „Leistungsfähigkeit von Trägern“ da auch eine Geschichte, aber wenn Sie sich ansehen, welche Zwecke sich die Träger in die Satzungen geschrieben haben, die sind gemeinwohlorientiert. Dort steht drin, dass es ihre Aufgabe ist, Schwächeren in der Gesellschaft Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen. Da ist es natürlich legitim, darüber zu sprechen, wie dann gegebenenfalls ein Eigenanteil aussieht. Das, finde ich, kann man nicht so von der Hand weisen und sagen, das, was da

gefordert wird, ist den Trägern auch eins zu eins zur Verfügung zu stellen.

Ihre Interpretation des Subsidiaritätsprinzips, ich gehe mal davon aus, kommt aus Wikipedia.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Nee, die kommt aus dem SGB I.)

Oder aus dem SGB I,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist fast das Gleiche.)

das ist ungefähr das Gleiche, was sich letztlich in Wikipedia wiederfindet.

Selbstverständlich ist es unter Subsidiaritätsgesichtspunkten legitim, so was wie Kostenbetrachtungen durchzuführen. Wenn der Staat die Wahl hat, die Frage zu beantworten, lasse ich eine Aufgabe durchführen oder führe ich diese Aufgabe selbst durch, ist natürlich im Rahmen der Gesamtwürdigung auch zu gucken, wie das Ganze finanziell abgebildet ist und wo die Aufgabe am effizientesten und wirtschaftlichsten erledigt werden kann.

Wenn man Ihren Ausführungen folgt, dann bedeutet das letztlich, dass alles, was im Bereich der sozialen Beratung erfolgen soll, auf der Grundlage von TVL in vollem Umfang finanziert werden soll. Auch das finde ich schwierig, weil es im Ergebnis einen Eingriff in die Tarifautonomie darstellt. Auch die Träger, die solche Leistungen erbringen beziehungsweise erbringen wollen, sind gegebenenfalls intern in der Situation, auf der einen Seite in diesem Bereich nach TVL bezahlen zu müssen und auf der anderen Seite eigene Tarifverträge zu haben, sodass sie innerhalb ihrer eigenen Organisation gegebenenfalls zwei unterschiedliche Vergütungsregelungen haben, was mit Sicherheit für den Betriebsfrieden nicht förderlich ist, wenn ich über gesetzliche Regelungen jetzt Verbindlichkeiten hinsichtlich der Bezahlung reinbringe, die in anderen Bereichen so nicht da sind. Ich finde, das kann man nicht machen, und dem würden wir auch nicht folgen.

Ich will zum Ende kommen. Unsere Haltung ist ganz klar. Wir befinden uns jetzt in dem Verfahren, wo dieses Wohlfahrtsgesetz erarbeitet wird. Das Ministerium hat gezeigt, in welche Richtung das an der Stelle gehen soll. Ich finde nicht, dass man diesem Prozess vorgreifen sollte, indem man jetzt bestimmte Sachen vor die Klammer zieht, sondern das, was Sie hier inhaltlich auf den Tisch gelegt haben, wird meines Erachtens zu besprechen sein, wenn wir in der Erörterung des Gesetzesvorhabens sind. Es macht keinen Sinn, das jetzt vorzuziehen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich möchte an dieser Stelle Schülerinnen und Schüler der Don-Bosco-Schule aus Rostock ganz herzlich auf unserer Besuchertribüne begrüßen und rufe auf für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Erst mal, Herr Heydorn, für manche Ausführungen durchaus danke. Man merkt, dass Sie tatsächlich aus diesem Fachgebiet kommen. Aber ein Gesetzentwurf für ein Wohlfahrtsgesetz heißt ja noch lange nicht, dass dann auch die Finanzierung der sozialen Beratungsleistung stimmt.

Mein Kollege Torsten Koplin hat unseren Antrag ausführlich begründet, der die Arbeit der Träger und der Beratungsstellen würdigt. Der Kollege Koplin hat am Beispiel der Perspektive e. V. auf die prekäre Situation der Träger aufmerksam gemacht. Und ja, als Schlussfolgerung fordern wir eine auskömmliche Finanzierung der sozialen Beratung in Mecklenburg-Vorpommern.

(Tilo Gundlack, SPD:
Was heißt denn „auskömmlich“?)

Frau Drese, haben wir Sie richtig verstanden, dass in den neuen Richtlinien, die jetzt gelten, und auch im zukünftigen Wohlfahrtsgesetz auskömmlich finanziert wird, also zu 100 Prozent, was ja im Umkehrschluss heißen würde, jetzt ist es gerade nicht auskömmlich? Also so haben wir das verstanden.

Der Verein Perspektive e. V. bietet seit 1991 in der Müritzregion Hilfe- und Unterstützungsangebote für Familien sowie behinderte und benachteiligte Menschen an. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Lebenshilfeverein und betreibt neben der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung ein Heim für Wohnungslose sowie Angebote der Familienhilfe und der Demenzbegleitung. Und nein, das sind alles nicht Aufgaben der kommunalen Familie. Die Insolvenzberatung zum Beispiel ist originär eine Landesaufgabe. Die Projekte werden getragen über Hauptamtlichkeit und ein großes Engagement ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer. Die Angebote des Vereins sind alles Leistungen, für deren Bereitstellung oder Erbringung qualifiziertes Personal, also ausgebildete Fachkräfte benötigt werden. Für die Beratungsleistungen nach den Förderrichtlinien des Landes fordert dieses Land das sogar.

Sie, meine Damen und Herren, können sich aber wahrscheinlich in keinster Weise vorstellen, was es für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet, über Jahre, eventuell Jahrzehnte hinweg, ausschließlich mit Jahresarbeitsverträgen leben zu müssen, zwischen Weihnachten und Neujahr noch nicht zu wissen, wie es im Januar weitergeht. Sie, meine Damen und Herren, können es sich wahrscheinlich nicht vorstellen, was es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet, über Jahre und Jahrzehnte hinweg keine Gehaltserhöhung zu bekommen.

Nehmen wir zum Beispiel die Schutzeinrichtungen. Sie fragen sich vielleicht: Warum machen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das überhaupt? Hinter diesem jahrelangen Engagement in Zeitverträgen und Unwissenheit und ohne ausreichende monetäre Anerkennung der Leistungen steckt eine unwahrscheinlich große Identifizierung

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

mit der eigenen Arbeit, mit den Menschen, denen man Hilfe anbietet, und mit dem Arbeitgeber, also mit den Vereinen, Verbänden, Initiativen und Gruppen.

Kollege Koplin ist auch auf die prekäre Situation der Träger und Beschäftigten eingegangen und hat den Vorsitzenden des Paritätischen zitiert, der die nicht adäquate Förderung durch das Land kritisiert hat. Und, meine Damen und Herren, da hilft es auch nicht, auf andere Bundesländer zu zeigen mit dem Hinweis, dass es dort noch viel schlechtere Bedingungen gäbe. Ich denke, wir sind das Land Mecklenburg-Vorpommern und wollen stolz und Vorbild sein. Für die Träger bedeutet dies eine große Verantwortung, die im Fall eines kleinen Vereines zudem noch ein ehrenamtlicher Vorstand im wahrsten Sinne des Wortes zu schultern hat.

Zu den nicht anerkannten Kosten, darauf wurde schon hingewiesen, kommen die ganz normalen Kostensteigerungen hinzu. Und dann ist da noch die Unwissenheit beim Antrags- und Bewilligungsverfahren. Die Anträge können und werden teilweise erst im September oder Oktober des Vorjahres gestellt. Dann – zum Beispiel im Falle der Schuldner- und Insolvenzberatung – kommt im Januar die Korrekturaufgabe vom Landkreis, weil sich beispielsweise die Einwohnerzahl geändert hat und nach der Richtlinie zum Beispiel einfach mal 0,8 Stellen weniger gefördert werden. Das wird dann auf den Träger umgelegt und der muss mit seinen Beschäftigten über die Änderungen des Arbeitsvertrages eine kürzere Arbeitszeit vereinbaren, und das im laufenden Geschäftsjahr, ohne Einhaltung von Kündigungsfristen, denn auch eine Änderungskündigung ist eine Kündigung. Machen die Beschäftigten nicht mit, dann endet dies vor dem Arbeitsgericht oder der Träger muss die Differenz irgendwie anders finanzieren.

Die Bewilligungsbescheide sind das nächste Problem. Das Antragsverfahren läuft seit Herbst des Vorjahres. Die Bewilligungsbescheide kommen aber mit Glück erst im April, Mai oder Juni. Im Falle der Drogen- und Suchtberatung wurde es auch schon mal September, wie wir in einem Expertengespräch hier im Landtag erfahren durften. Wenn die Landkreise keine Abschlüsse zahlen, dann muss der Träger vollständig in Vorleistung gehen, und auch mit Abschlüssen handelt es sich nicht um Peanuts, wenn drei oder mehr Beschäftigte über Monate vorfinanziert werden müssen. Wenn man mehrere Beratungsprojekte hat, dann kommen da schon mal ein paar 10.000 Euro zusammen. Das wiederum könnte im Zweifel sogar einen Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung darstellen, denn wenn ein Projekt auch ohne Förderung so lange betrieben werden kann, stellt sich die grundsätzliche Frage des Förderbedarfes.

Und wenn mal endlich alles mit der Finanzierung läuft, dann müssen die Träger ihre Eigenanteile zusammenbetiteln. Auch das hat Kollege Koplin dargestellt. Da werden Bettelbriefe geschrieben und Spendenaktionen gestartet und es wird gehofft, dass das nötige Geld zusammenkommt. Da spenden dann nicht selten auch die Beschäftigten etwas von ihrem sauer verdienten Lohn, nur um ihre eigene Arbeit finanziert zu bekommen, die sie für das Land oder für die Kommunen erbringen.

Doch das ist noch nicht das Ende der Odyssee, denn ganz zum Schluss stehen ja noch die Abrechnungen des Projektes und die Verwendungsnachweisprüfung durch den Fördermittelgeber. Damit die Spannung nicht nachlässt, behält der Fördermittelgeber von vornherein fünf Prozent der Fördersumme ein. Das heißt, das Geld ist zwar schon ausgegeben, aber der Träger muss auch diese fünf Prozent erst mal wieder vorschießen.

Wissen Sie, was dann das Sahnehäubchen ist? Ich verrate es Ihnen. Wenn einem Träger bestimmte Kosten, die er geltend gemacht und aus den Fördermitteln bezahlt hat, die ihm aber dann irgendwie im Nachhinein, also nach einem, nach zwei, manchmal auch nach drei Jahren doch nicht anerkannt werden, dann muss er sie zurückzahlen, und zwar mit Zinsen. Wissen Sie, wie viel Zinsen die Träger bekommen, wenn sie monatelang keine Fördermittel vom Land erhalten und in Vorleistung gehen? Keinen müden Cent! Auch die Mahnkosten oder etwaige Gerichtskosten, weil Krankenkassen ständig Insolvenzverfahren beantragen, nichts erstattet das Land.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen „Beratungsleistungen“ sind wichtig für unser Land, für die Menschen, die hier leben. Teilweise handelt es sich um gesetzliche Leistungen. Sie und ich sollten dafür Sorge tragen, dass die Frauen und Männer, die diese Leistungen zum Teil schon seit 20 Jahren oder mehr in unserem Auftrag erbringen, endlich ordentlich bezahlt werden können, und dies endlich auch als dauerhafte Leistung anerkannt und nicht noch weitere 20 Jahre als jährlich zu beantragende Projekte mit ungewisser Finanzierung und Zukunft behandelt wird. Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag heute zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Mord...,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist gut, wir fangen jetzt nicht wieder an, irgendetwas zu definieren. Es sind Wortmeldungen, die mir nicht vorliegen, zumindest höre ich das nicht. Von daher schließe ich die Aussprache.

(Tilo Gundlack, SPD:
Der Innenminister telefoniert gleich.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3056. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3056 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Professor Dr. Weber hat angezeigt, dass er eine persönliche Bemerkung nach Paragraph 88 machen möchte. Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Wertes Präsidium! Werte Kollegen! Frau Bernhardt hatte mich vorhin hier im Plenarsaal der Lüge bezichtigt, weil ich behauptet habe, dass die AfD die kostenfreie Kita schon im Wahlprogramm für die Landtagswahl gefordert hat. Dafür ist sie wegen der Wortwahl gerügt worden vom Landtagspräsidium.

Ich möchte nun darlegen, dass es nicht nur eine unparlamentarische Wortwahl, sondern eine schlichte Unwahrheit war, die hier geäußert wurde. Ich möchte zitieren aus unserem Wahlprogramm, der Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern, Landtagswahl 2016, beschlossen in Schwerin am 26. September 2015: „Die Betreuung und Erziehung im Kindergarten bildet eine Aufgabe des

Landes und soll für alle Familien kostenfrei sein.“ Kostenfreie Kita.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Kindergarten ist drei bis sechs!)

Frau Bernhardt, so ist das eben mit unbedachten Äußerungen, die kommen wie ein Bumerang auf den Täter zurück. Eigentlich hätte ich von Ihnen eine Entschuldigung erwartet. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Die Fraktion DIE LINKE hat eine Auszeit von zehn Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten bis 11.44 Uhr, dann haben wir zehn Minuten voll.

Unterbrechung: 11.34 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung
wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 11.50 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Teure Strompreise: „Nein danke!“ – Entlastung für einkommensschwache Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 7/3043.

Antrag der Fraktion der AfD
Teure Strompreise: „Nein danke!“ –
Entlastung für einkommensschwache
Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/3043 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Ja, guten Tag,

(Torsten Renz, CDU: Guten Tag!)

sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Tag, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Ich grüße auch die Gäste!

(Philipp da Cunha, SPD: Guten Tag! –
Thomas Krüger, SPD: Guten Tag, Herr Grimm!)

Wir haben diesen Antrag ins Plenum eingebracht, weil wir die unsoziale Ausrichtung der Energiepolitik in Mecklenburg-Vorpommern eindämmen möchten. Die Politik der Landesregierung unterstützt ja bekanntlich die sogenannte Energiewende mit eigenen Zielen, die in der Energiestrategie 2020 niedergelegt sind. Darin heißt es: „Das Gesamtkonzept muss eine langfristig stabile Energieversorgung zu günstigen Preisen für Bürger und Unternehmen sichern sowie den Klimaschutzziele gerecht werden. ... ein tragfähiger Energiemix aus konventionellen und erneuerbaren Energien (soll) entwickelt werden.“ So weit also das sich wohlwollend anhörende Lippenbekenntnis.

Die Realität aber, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Die unrentable, nicht wettbewerbsfähige

Stromerzeugung aus Wind, Sonne sowie Biomasse wird privilegiert. Konventionelle Stromerzeugung wird dementsprechend durch Markteingriffe verteuert und damit unrentabel.

(Thomas Krüger, SPD: Ich bin
jetzt aber auf Ihr Konzept gespannt.)

Darunter leiden gerade die Menschen in unserem Land erheblich. Sie wissen, dass wir das Bundesland mit den geringsten Einkommen sind.

Laut einer Kleinen Anfrage der Kollegin Weißig, Drucksache 7/2824, zum Thema „Zwangsabschaltung ... in Privathaushalten“ bleibt folgendes erschreckendes Bild. Zwangsabschaltungen: 2016 2.051 Haushalte abgeschaltet, 2017 waren es schon 2.107 und 2018 ist diese Zahl noch mal gestiegen. Wir können es aber leider nicht genau beziffern, weil die Daten fehlen. Es wurden aber mehr Haushalte abgeschaltet insgesamt.

Zum Verständnis für Sie: Diese betroffenen Menschen – darunter Familien, Kinder und Ältere – hatten keinen Strom zur Verfügung. Das heißt also, kein funktionierender Kühlschrank, kein Licht in der Wohnung und so weiter. Dagegen ist für Großkunden und Industrie Mecklenburg-Vorpommern dank der Landesregierung ein Schlaraffenland. Ich zitiere aus der SVZ wie folgt: „Öko-Stromrabatte für Großfirmen zu Lasten privater Verbraucher und kleiner Firmen: In MV haben sich im vergangenen Jahr mindestens 40 Unternehmen aus der Finanzierung der Energiewende verabschiedet und sich von der Erneuerbaren-Energien-Umlage zu großen Teilen befreien lassen, geht aus der Subventionsliste des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) hervor.“

Deutschlands Verbraucher müssen die Ausnameregulung mit zusätzlichen Milliarden bezahlen. Die Rabatte für die Industrie bei den Stromnetzentgelten steigen 2017 erstmals auf über 1 Milliarde Euro. Seit 2012 haben diese Subventionen die Verbraucher 4,5 Milliarden Euro gekostet. Typischerweise musste Vatten..., Entschuldigung, tragischerweise musste Vattenfall die Gewerbesteuer-vorauszahlungen zurückverlangen und das modernste Gaskraftwerk in Irsching musste stillgelegt werden.

Doch es regt sich Widerstand. Auch aus anderen Bundesländern hört man Kritik zum EEG.

(Thomas Krüger, SPD:
Aber wo ist Ihr Konzept?)

So sprach unter anderem der Ministerpräsident von Brandenburg mehrfach davon, dass das EEG keine internationale Erfolgsgeschichte ist.

(Thomas Krüger, SPD: Kritisieren
ist ja gut, aber was wollen Sie? –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Kommen wir wieder zurück zur Auswirkung der energiepolitischen Eingriffe in den Markt der Stromerzeugung. Die Strompreise in diesem Bundesland – ich hatte es Ihnen bereits im letzten Jahr erstmalig mitgeteilt –

(Thomas Krüger, SPD:
Das haben wir verstanden. Wir haben
nur nicht gewusst, was Sie wollen.)

sind die höchsten weltweit. Es beruht darauf, dass bisher der Spitzenreiter in Europa Dänemark war. 2017 haben wir Dänemark überholt. Da sich innerhalb Europas also keiner findet, der höhere Preise hat, habe ich mal weltweit versucht, das zu vergleichen, und festgestellt, dass wir da tatsächlich an der Spitze sind. Das hat sich nun bestätigt. Damals war es nur eine Recherche von mir allein, inzwischen schreibt auch die OECD in einer entsprechenden Statistik, die International Energy Agency (IEA) sowie Statista davon, dass für eine Kilowattstunde in Deutschland mit 0,33 Dollar-Cent, US-Dollar-Cent, pro Kilowattstunde weltweit die höchsten Strompreise hier bezahlt werden.

(Tomas Krüger, SPD:
So, und nun Ihre Alternative!)

Aktuell im Vergleich mit anderen Bundesländern

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

sind wir jetzt auf Platz zwei gerückt. Schleswig-Holstein sind die Einzigen, die noch vor uns liegen.

Ich komme gleich zu Ihnen, Herr Krüger. Sie behaupten ja wiederholt, und das leider wahrheitswidrig, dass wir als Alternative für Deutschland den Klimawandel leugnen. Das ist nicht so. Ich sage es Ihnen jetzt noch einmal zum Mitschreiben,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Aber nicht schnell.)

der Klimawandel wird von uns nicht geleugnet. Es ist völlig klar, dass das Klima auf diesem Globus sich ändert, seit es eine Atmosphäre gibt,

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist menschengemacht.)

da wollen wir gar nicht dran rühren. Wir sagen, der menschengemachte Klimawandel ist nicht bewiesen.

(Thomas Krüger, SPD: Und weil er nicht
bewiesen ist, produzieren wir weiter.)

Die Tatsache, die behauptet wird, CO₂ würde die Erde erwärmen, wird von uns in Zweifel gezogen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Und wenn Sie damit noch mal kommen, Herr Krüger, dann werde ich leider annehmen müssen, dass das nicht nur uncharmant und unsorgfältig von Ihnen ist, sondern das ist auch noch unredlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Echt?)

Nehmen Sie das zur Kenntnis!

(Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh! –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

So, jetzt mache ich mal etwas. Ich unterstelle Ihnen, dass Sie mit Ihrer These doch recht haben. Ich tue also etwas Gutes für Sie. Ich glaube daran – tue mal so –, dass CO₂

tatsächlich die Erde erwärmt. Dann gucken wir mal, wie viel CO₂ ist in der Atmosphäre? 0,038 Prozent, Sie kennen die Zahl hoffentlich. Davon stammen aus der Natur 96 Prozent, das heißt, vom Menschen lediglich ganze 4 Prozent. 4 Prozent von 0,038 sind 0,00152. Der Anteil Deutschlands daran aber, an dem menschengemachten CO₂, beträgt nur 3,1 Prozent. 3,1 Prozent von 0,00152 sind 0,0004712.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wir sind also schon im Bereich vier Stellen hinter dem Komma.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Patrick Dahlemann, SPD: Wie viel?
Können Sie es noch mal wiederholen?)

Wenn wir dann betrachten, wer sind denn die größten Emittenten? Jetzt stellen Sie sich mal vor, ich darf ja hier nichts hochhalten, aber so einen hohen Balken ungefähr, das ist China mit 23,71 Prozent. Es folgt die USA mit 17,91 Prozent. Dann kommt Indien mit 5,47,

(Thomas Krüger, SPD: Und dann die EU.)

dann kommen Russland, Japan, und Deutschland kommt am Ende mit 2,59 Prozent.

(Thomas Krüger, SPD:
Aber auf Platz 4 liegt die EU.)

Das ist also gerade mal einen Finger breit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und da meinen Sie, wenn wir anfangen, uns hier einzuschränken, Sie können das Atmen einstellen, alle Autos stilllegen und die Fabriken auch noch,

(Thomas Krüger, SPD: Jeder
Einzelne wird etwas tun müssen.)

dann sind es ganze 2,59 Prozent

(Patrick Dahlemann, SPD:
Es geht doch darum, mit positivem
Beispiel voranzugehen.)

des menschengemachten CO₂, was eingespart wird. Also da sehen Sie, wo Sie stehen.

Und dann möchte ich Ihnen etwas sagen: Sie denken an das Ende der Welt. Unsere Menschen da draußen, die sozial Schwachen vor allem, die denken an das Ende des Monats. Verstehen Sie das bitte!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Martina Tegtmeier, SPD: Denken
Sie mal an die Jugendlichen!)

Ich möchte appellieren an Ihr soziales Gewissen,

(Thomas Krüger, SPD: Und das heißt,
Sie setzen auf Kohle und Atom?!)

das Sie hoffentlich noch haben –

(Glocke der Vizepräsidentin)

denn dann würden Sie mir noch mal ein bisschen zuhören, lieber Herr Krüger –, an Ihr soziales Gewissen möchte ich appellieren.

(Thomas Krüger, SPD: Kohle und Atom?! –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn Sie hier unseren Antrag heute ablehnen,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

dann ist doch die Frage, liegt es an Ihrer Bunkermentalität oder ist das Ignoranz? Aber irgendwas,

(Thomas Krüger, SPD:
Kohle und Atom, korrekt.)

eines von beidem oder beides, muss es dann doch wohl sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und ich kann mir schon denken, Sie werden wahrscheinlich, wie ich Sie kenne, irgendwie etwas, ein Haar in der Suppe finden. Aber Sie gucken ja immer nur darauf, von wem kommen hier die Anträge, wo ist die Quelle? Ach, AfD? Ja, das müssen wir wieder ablehnen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Das sieht
man schon an der Überschrift.)

So funktioniert das hier leider, das haben wir gestern erlebt in einer ganzen Kette von Vorgängen,

(Torsten Renz, CDU: Nennen
Sie mal konkrete Beispiele!)

heute werden wir es wieder über uns ergehen lassen müssen. Es gab lange Diskussionen über meine Behauptung, es gab einen freundlichen Austausch zwischen dem Herrn Energieminister und mir über die Quellen. Ich habe ihm meine Quellen dargelegt. Hier gab es auch mal so was wie, Sie behaupten das einfach und sagen, das haben Sie bisher nicht widerlegt, deshalb bin ich Superwoman. Sie werden sich erinnern. Also jetzt habe ich Ihnen die Quellen vorgelegt, meine Recherche ist richtig. Ich halte sie für nicht widerleglich.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Deshalb sollten Sie darüber ...

Ja, da lachen Sie! Da lachen Sie jetzt! Dann kommen Sie doch mal mit Ihren Zahlen!

(Thomas Krüger, SPD:
In der Welt haben jetzt alle
unrecht, weil Sie es sagen?!)

Statista, UNHCR, also was wollen Sie dann bitte noch? OECD, Entschuldigung, OECD. Also bitte!

(Patrick Dahlemann, SPD:
Alter Zahlenfuchs!)

Ich bitte Sie, stimmen Sie für unseren Antrag, denken Sie an die Menschen in unserem Land! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht, um mal ein Missverständnis aufzulösen: Die letzten Zahlen, die angesprochen waren, sind mir als Grafik übergeben, da ging es um die Strompreise. Es ging nicht um die Frage des CO₂, sondern um die Strompreise, um das zu trennen, damit wir uns an der Stelle zumindest nicht erzürnen.

Ich würde den Antrag von oben nach unten einmal durchschauen. Mich treibt hier immer die Frage, was treibt jemanden an. Das Verhältnis zwischen Strompreis und sozusagen der grundsätzlichen Frage „Energiewende und Klimawandel“, das Sie in Ihren Reden ja häufiger zum Zentrum machen, zeigt ein bisschen, was sozusagen der Treiber für diese Punkte ist – mit manchem rhetorisch ja ganz galanten Mittel, das gestehe ich freimütig ein.

Aber wir schauen mal drauf, was ist der Ruf. Ich bin ja dankbar, dass Sie in Ihrem Eingangstext selbst eingestehen, der Landtag möge feststellen, die EEG-Umlage sinkt, wenn bisher auch auf sehr kleinem Niveau, und das wird in den nächsten Jahren Stück für Stück zunehmen. Trotzdem ist das nichts, was innerhalb weniger Monate zur Lösung führt, Herr Borschke.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Das kann man rechnerisch relativ gut vorhersehen.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Ich weiß, dass Sie an der Stelle ein tiefes Bauchgefühl haben. Sie darf für Sie gar nicht sinken. Also wenn Sie die festlegen dürften, sie dürfte für Sie gar nicht sinken.

Zweitens, da fehlt ein Punkt, und der ist mir wesentlich. Gleichermäßen haben wir im vergangenen Jahr in diesem Bundesland – da gibt es bundesweit unterschiedliche Entwicklungen, die waren auch gewollt, und im Übrigen viele Jahre auch in diesem Landtag –, in diesem Bundesland sind auch die Übertragungsnetzentgelte deutlich gesunken. Warum? Wegen der lange hier im Hause zu Recht als sehr ungerecht empfundenen Frage, dass das, was man für die Ausbaukosten von Stromnetzen braucht, jeweils nur in dem Bereich auf die Strompreise umgelegt wurde, in dem das Unternehmen tätig ist – ein bisschen salopp formuliert –, das diese Stromnetze als Eigentümer hat. Stromnetze sind in Deutschland sehr weit verteilt. Wir haben zwischenzeitlich die Übertragungsnetze in einer bundesweiten Wälzung. Zu gut Deutsch, wenn in Mecklenburg-Vorpommern 50Hertz,

der Übertragungsnetzbetreiber, mehrere Millionen Euro investieren müsste, würde dieses Geld bundesweit auf die Stromkosten umgelegt und nicht mehr wie bisher nur in den ostdeutschen Bundesländern.

Das hat dazu geführt, dass bereits jetzt, noch mal, die Übertragungsnetzentgelte – im vergangenen Jahr, im November mitgeteilt – deutlich in diesem Bereich gesunken sind, und den Prozess werden Sie in den kommenden Jahren Stück für Stück sich fortsetzend sehen. Warum? Weil die bundesweite Wälzung, noch mal, vom bisherigen System (innerhalb der Regionen gewälzt) auf bundesweite Wälzung für diese Stromnetzkosten, die eben auch bundesweite Stromautobahnen betreffen, in Stufen erfolgt, damit es nicht von jetzt auf gleich passiert. Um hier ein Beispiel zu nehmen, dass Sie sagen, es gibt eine höhere Befreiung von Großindustrie, die beruht unter anderem in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg auch darauf, dass für die die Netzentgelte deutlich gestiegen sind. Warum? Weil wir innerhalb der Bundesrepublik Deutschland umverteilen, und zwar aus Sicht des Ostens und des Nordens deutlich gerechter als bislang.

Dieser Prozess setzt sich fort aufgrund des Stufenplanes, mit dem diese Stück für Stück erfolgende bundesweit gleichmäßige Wälzung erfolgen soll. Diese Herstellung von Gerechtigkeit erfolgt aber in mehreren Stufen. Von daher, im Eingangstext der zweite Teil spielt ebenfalls eine Rolle: leicht gesunkene EEG-Umlage, diese Tendenz wird sich fortsetzen, gesunkene Übertragungsnetzentgelte, auch diese Tendenz wird weitergehen.

Dann ist der Wunsch, den Sie haben oder sagen, die Stromkosten sind hoch. Das ist völlig unbestritten. Die Stromkosten sind verhältnismäßig hoch.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Die Lösung, die Sie daran festmachen, ist, dass Sie sagen, lass uns doch einfach ein Landeskonzzept machen. Und an der Stelle habe ich gezuckt, weil ich mir sicher war, dass ein nicht unwesentlicher Teil dieses Antrages aus Ihrer Feder stammt, zumindest von Ihnen mit motiviert und initiiert ist. Dann habe ich den Unterrichtskanon, das Curriculum, wie es neudeutsch heißt, also den Inhalt des Studiums eines Juristen, vor Augen und denke, Mensch, Staatsorganisationslehre haben wir beide genossen und darunter gelitten. Das dürfen Sie formulieren, wie Sie möchten, ich fand das sehr angenehm. Und wir wissen beide, dass es in dieser Bundesrepublik Deutschland Dinge gibt, die der Bundestag entscheidet, und leider weniger Dinge gibt, die Landtage entscheiden. Und wenn ich das zur Grundlage mache, muss ich mal gucken, was von den Wünschen, die Sie anmelden, eigentlich realistisch auf Landesebene entschieden wird. Und dann würden wir mit so einer Liste durchgehen – Minuszeichen, Minuszeichen, Minuszeichen, Minuszeichen, und ich bin überzeugt, dass Sie das wissen. Dann treibt einen die Frage um: Warum stellen Sie den Antrag, obwohl Sie das wissen?

Also das, was ernsthaft Strompreise beeinflusst, sind nahezu ausschließlich bundesgesetzliche Regelungen. Egal, welches Konzept Sie hier machen, egal, welches Konzept in diesem Hause beschlossen würde, diese Regierung machte und versuchte umzusetzen, es sind bundesgesetzgeberische Maßnahmen, von daher an dieser Stelle voraussehbar ohne Erfolg.

Dann gibt es eine Ziffer 3, die sagt, ihr müsst im Übrigen die Klimaschutzziele des Landes Mecklenburg-Vorpommern abändern.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Herr Borschke, Sie haben nachher noch ganz viel Zeit. Ich habe Sie jetzt nicht,

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Ja, die habe ich nicht. Ich habe
nur eine begrenzte Redezeit.)

ich habe Sie nicht verstanden,

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

deswegen kann ich leider nicht erwidern, aber machen Sie nachher in aller Ruhe, das ist für alle besser verständlich als jetzt. Man hört Sie sonst nicht. Dafür wiederum plärre ich dann zu laut, fürchte ich.

Drittens, Klimaschutzziele des Landes anpassen, da habe ich einen Moment lang gezuckt. Viele der Klimaschutzziele, zum Beispiel Renaturierung von Mooren, findet sich nach all dem, was ich in der Stromrechnung kenne, nicht wieder. Die MoorFutures, das bewusste Pflegen, zum Teil auch Wiederaufforsten von Wäldern, hat mit der Stromrechnung nichts zu tun. Also vieles von dem, was in den Klimaschutzzielen dieses Landes steht, ist mit Strompreisen nicht in Zusammenhang zu bringen.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Richtig!)

Sie meinen vermutlich auch hier die Klimaschutzziele der Bundesrepublik Deutschland, die in der Tat einen größeren Anteil in der Energieerzeugung sehen. Wenn ich diesen spezifischen Zuordnungsgegenstand Bund auf die Energie bezogen ansehe, dann sind wir wieder bei der Bundeskompetenz. Ergebnis: nicht im Land. Erneut die Frage: Warum wird es hier beantragt? Ich bin fest überzeugt, Sie kennen diese Kompetenzaufteilung in der Bundesrepublik Deutschland.

Vierte Zeile. Wir sollen langfristig, nein, „dauerhaft“ sollen wir die Endverbraucher von der Finanzierung der Energiewende ausnehmen. Ich kann mich an so einen Hinweis schon mal erinnern, ich glaube, der war schon mal im Antrag drin. Dann stellt sich aber die Frage, wo geht denn dann die Kostenlast hin. Dazu haben wir jetzt eben nichts gehört, vielleicht erwähnen Sie das nachher noch. Es gibt jetzt zwei große Wege. Der eine Weg ist, zu sagen, Sauerei, dass zum Teil Großabnehmer entlastet werden. Die werden im Übrigen nicht befreit, sondern nur noch entlastet. Dann kann man gern über die großen industriellen Unternehmen, die zum Teil Entlastungen erfahren, diskutieren. Das haben wir hier im Landtag wiederholt getan, da kann man über jedes einzelne streiten. Das wird man vor Augen haben müssen, und dann kommt das Problem, was Sie beschrieben haben, unsere Strompreise sind im Weltmarkt durchaus im oberen Bereich. Wenn ich das zur Grundlage mache und weiß, dass es Unternehmen gibt, die nahezu nur für einen Markt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland produzieren – das hat was mit den Anlagenkomponenten oder mit den Produkten zu tun, die die herstellen –, dann stehen die ja im enormen internationalen Wettbewerb. Ein Beispiel hier im Lande, um nur eines zu nehmen, sind die Schiffschraubenherstellenden aus Waren. Die Produkte

gehen nahezu ausschließlich außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in den Export. Für die sind Energiekosten ein erheblicher Aufwand. Wenn ich denen die Entlastungen wegnehme, kann ich das Tor dort zuschließen.

Und genau in diesem Abwägungsprozess haben wir uns immer bewegt. Es hat Zeiten gegeben, ich weiß, dass immer noch der Golfplatz rumgeistert, ich habe den nie gefunden, aber ich weiß, dass er immer noch als Gerücht rumgeistert, alles, was ich seit 2014 an Streichprozessen bei den befreiten oder entlasteten, nicht befreiten, sondern entlasteten Unternehmen begleitet habe, da sind genau solche Fälle Stück für Stück rausgekanzt worden. Es wird immer noch welche geben. Dann können wir gern hier mal eine Liste diskutieren, was wir denn glauben, wer richtig oder falsch ist. Und dann werden wir auf einmal lauter Wahlkreise haben, die sagen, uppsala, ich habe hier auch eine Molkerei, uppsala, ich habe hier auch ein metallverarbeitendes Unternehmen, das davon profitiert. Aber noch mal, das sind im Industriebereich diejenigen, die dann tragen müssten. Ich glaube, dass wir das beide nicht ernsthaft wollen. Die Alternative ist die Steuerfinanzierung.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Grimm?

Minister Christian Pegel: Nur zu!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrter Herr Minister, wenn ich Ihnen vorhalte, ...

Minister Christian Pegel: Wenn Sie mir eine Frage stellen würden?

Christoph Grimm, AfD: ... der Quelle ...

Ja, es ist eine Frage. Der Satz wird mit einem Fragezeichen enden.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also, meine sehr geehrten Herren, es ist richtig, es wird eine Frage gestellt. Die Frage ist nicht zu kommentieren, Bemerkungen sind nicht zu kommentieren, es ist nur eine Frage zu stellen. Ich bitte, das zu beachten. Und wenn es denn keine Frage wird, habe ich das zu kommentieren.

Christoph Grimm, AfD: Versuchen wir es noch mal: Sehr geehrter Herr Minister, wenn ich Ihnen vorhalte, dass die Netznutzungsentgelte für Strom in Mecklenburg-Vorpommern laut der Quelle CHECK24 vom Jahr 2018 auf 2019 um neun Prozent gestiegen sind, halten Sie dann Ihre Aussage aufrecht, dass die Netzentgelte gesunken sind?

Minister Christian Pegel: Ja, weil Sie in einzelne Bereiche gucken müssen.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Du musst doch zuhören!)

Auch in Mecklenburg-Vorpommern finden Sie unterschiedliche Bereiche. Sie haben auch hier bisher in den Stadtwerken durchaus davon profitiert, dass Teile regional und dann typischerweise im ländlichen Raum gewälzt

werden. Und Sie werden die Übertragungsnetzentgelte – aber Sie müssen sie schon auseinandernehmen –, die Übertragungsnetzentgelte als gesunkene Entgelte in der Pressemitteilung finden. Ich gehe davon aus, ich habe geantwortet.

(Der Abgeordnete Christoph Grimm
bittet um das Wort für eine weitere Anfrage.)

Nein, nein, jetzt wird die Redezeit langsam knapp. Stehen Sie wieder auf, ich stehe auch wieder auf. Sie wissen, dass ich da auch diskussionsfreudig bin, ich würde auch wieder marschieren gehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Sie haben gar keine Redezeit. Sie können so lange reden, wie Sie wollen.)

Ich verlängere Ihre Redezeit, wenn ich meine überschreite. Deshalb muss ich ein bisschen achtgeben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und Freie Wähler/BMV –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Sehr richtig! Sehr richtig!)

Wir wissen beide, dass das Folgen hat.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Wir können nicht
verlängern, Sie können. Also wollen Sie nicht. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Lassen Sie sich mal nicht ablenken!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich würde vorschlagen, diese Diskussion, die können wir an anderer Stelle führen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Bitte fahren Sie fort, Herr Minister. Oder gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schneider? Offensichtlich nicht, mit Hinweis auf die ...

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das geht schnell. Das geht schnell.)

Minister Christian Pegel: Lassen Sie! Er ist schnell, sagt er.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das geht schnell.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Schneider.

(Heiterkeit bei Sandro Hersel, AfD)

Jens-Holger Schneider, AfD: Danke schön.

Sehr geehrter Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass das Mitglied Ihrer Partei Woidke heute gesagt hat, das Thema Braunkohleausstieg in Sachsen-Anhalt und Brandenburg wird auch die Strompreise erheblich in die Höhe treiben?

Minister Christian Pegel: Nein, Herr Woidke und ich haben uns heute noch nicht getroffen.

Jens-Holger Schneider, AfD: Heute, Aussage im NDR.

(Andreas Butzki, SPD:
Das war eine geschlossene
Frage, Ja oder Nein war das.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Nur Fragen stellen, keine Kommentare! Das ist in der Geschäftsordnung ...

Jens-Holger Schneider, AfD: Ist Ihnen nicht bekannt?

Minister Christian Pegel: Nein, ich habe ihn heute noch nicht getroffen.

(Beifall und Heiterkeit
bei Thomas Krüger, SPD)

Meine Damen und Herren ...

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich muss jetzt noch mal was klarstellen, meine sehr geehrten Herren.

Minister Christian Pegel: Dann müssen wir die Uhr stoppen.

(Minister Dr. Backhaus: Dann muss er
sich aber erst mal wieder hinstellen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wir stoppen die Uhr. Jaja, wir stoppen die Uhr. Wir stoppen die Uhr. Oder, ich sage mal, diese ganzen Diskussionen haben uns eine Minute gekostet, die ich Ihnen zurechnen wollen würde.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na so was!)

Dann können Sie jetzt also ganz beruhigt durchatmen, aber wie gesagt, unsere Fragerunde ist generell streng geregelt. Keine Kommentare, keine zweiten Fragen ohne die erneute Genehmigung des Redners. Und dieses ganze Verfahren, das hat hier vorne vom Präsidium aus geregelt zu werden und zugelassen zu werden. Ich bitte also wirklich, in Zukunft bei solchen Zwischenfragen auf die Regeln, die wir uns selbst gegeben haben, zu achten.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Minister, plus eine Minute.

Minister Christian Pegel: Vielen Dank.

Ich bin bei Ihrem vierten Punkt gewesen. Da waren wir eingestiegen, als Sie mir eine Frage gestellt haben, die Frage, wie sich von den Endverbrauchern dauerhaft eine Entlastung herstellen lässt. Wenn Sie entweder die Unternehmen ausschließlich belasten, haben Sie die Verbraucher befreit, das kann wirtschaftspolitisch keiner wollen. Oder aber, Sie holen es komplett in die Steuerfinanzierung. Das ist ein Modell, das man gern diskutieren kann, aber ich finde, dann müsste man es reinschreiben. Dann müsste man sagen, wir wollen Steuerfinanzierung, und nicht, die Landesregierung soll sich was überlegen.

Wenn man Steuerfinanzierung will, ist man quasi beim Kernkraftmodell: Wir bauen erst mal fleißig – im Übrigen in den 70er-/60er-Jahren weitgehend mit öffentlichem Geld –, kümmern uns um die Entsorgung erst mal nur so partiell und sagen den nächsten 140 Generationen nach uns, das bezahlt ihr. Das ist momentan das Modell und ich fürchte, dass im Übrigen die Strompreise, mit denen Sie weltweit gerne vergleichen und die auch hier in

Deutschland immer gerne als Vergleich herangezogen werden – ich bezahle momentan eben zur Entsorgung nur einen Bruchteil bei –, wenn Sie gucken, dass die Rückstellungen gerne übertragen worden sind auf die Bundesrepublik Deutschland, dass jeder weiß, die Entsorgungskosten sind höher als das, was rückgestellt wurde, kommt genau da ein erheblicher Teil Subvention her, im Übrigen weitgehend aus kommenden Generationen. Wenn ich mir das also angucke, was können wir tun, was haben wir getan, sind das alles bundesgesetzliche Maßnahmen, nicht in der Kompetenz dieses Bundeslandes.

Dann schaue ich mal, was haben wir getan? Vorhin haben wir mal kurz darüber gesprochen. Die EEG-Umlage hat man vor allen Dingen dadurch positiv zu beeinflussen versucht, indem man Ausschreibungen eingeführt hat seit 01.01.2017. Es gibt keine im Gesetz vorgeschriebenen Preise mehr, worauf sich jeder ausruhen kann, sondern es herrscht Wettbewerb. Das hat zu einem deutlichen Preiseinbruch geführt. Ein gutes Signal, es bildet sich heute in der EEG-Umlage ab, weil nicht mehr hochpreisige, sondern immer weiter sinkende neue Anlagen hinzukommen.

Wir haben die Netzentgelte bundesweit gewälzt, soweit es das Übertragungsnetz betrifft. Ich habe schon gesagt, in den Übertragungsnetzen werden Sie sehen, dass sie das erste Mal, übrigens seit vielen Jahren, hier im Bundesland sinken, woanders steigen sie, weil Sie den Kehrreffekt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben. Die Übertragungsnetzentgelte werden Sie klar in all diesen Preisen im Übrigen als gesunken vorfinden.

Wenn Sie noch schauen, was haben wir an Maßnahmen, dann bleibt die Stromsteuer, ein weiterer Bestandteil der Strompreise. Kein Einfluss dieses Bundeslandes, auch wenn ich mir da eine Senkung wünschen würde. Ich glaube, wenn du eine Lenkungssteuer Stromsteuer hast, die eigentlich genau die erneuerbaren Quellen befördern sollte, wirst du irgendwann, wenn ein Teilerfolg erzielt ist, auch eine Teilrücknahme des lenkenden Steueranteils brauchen.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Das ist aber zurzeit, weil es keine Ländersteuer ist, sondern eine reine Bundessteuer, aus Sicht unserer Finanzpolitiker wünschenswert, aus Sicht der Bundesfinanzpolitiker wird das anders betrachtet, was ich aus deren Sicht verstehen kann.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Letzter großer Punkt heißt Mehrwertsteuer. Entweder, welcher Mehrwertsteuersatz oder in welcher Weise gehen wir dann mit Mehrkosten um, die durch Mehrwertsteuer entstehen? Alles Bundespolitik. Und dann frage ich mich – weil ich sicher bin, Sie wissen das, alles Bundeskompetenz –, dann frage ich mich, was treibt Sie um? Und dann treibt Sie natürlich in erster Linie um zu sagen, schaut her, die Energiewende taugt nichts, lasst uns bei der Kernkraft bleiben, holla, die Waldfee, wir belasten weiter die nächsten Generationen. Dann gehört zur ehrlichen Antwort dazu: Wo landen die Endlager, die Sie dann brauchen? Und genau darauf hätte ich gern eine Antwort. Wenn ich die Vorschläge höre, finde ich, dann können wir auch einen öffentlichen Diskurs führen. Der ist kaum auszuhalten, so schwierig sind solche Debatten. Ich habe

der Endlagerkommission angehört, das war nicht vergütungssteuerpflichtig.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Meine Damen und Herren, Sie haben dann ...

Ein Endlager wird notwendig sein, Herr Dr. Jess, völlig unstrittig. Dazu stehe ich auch, weil den Abfall haben wir gemeinsam verursacht. Wenn Sie weitermachen an der Stelle, werden Sie deutlich größere Entsorgungskapazitäten brauchen, und zwar fortlaufend. Aber eines werden wir brauchen, völlig unstrittig. Der Prozess ist ergebnisoffen unterwegs, und der wird schon nicht leicht. Wenn Sie weiter produzieren wollen, werden Sie deutlich größere Endlagermöglichkeiten brauchen.

Meine Damen und Herren, wenn ich zugrunde lege, worum geht es, dann gucke ich auf den letzten Punkt, den ich mir aufgeschrieben habe, der Klimawandel. Die Diskussion gibt es, Menschenanteil am Klimawandel. Ja, ich weiß, dass Sie sagen, und dann streiten wir darüber, wer die ideologische Grundprägung hat.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich habe immer den Eindruck, bei Ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. Egal, in welchen seriösen Wissenschaftler Sie reinhoren, dass es einen erheblichen Menschenanteil an Klimawandel gibt, ist völlig unstrittig.

(Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Meine Damen und Herren, das Entscheidende ist nicht, welchen Anteil CO₂ ...

Ich unterbreche.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des ...?

Minister Christian Pegel: Jetzt bin ich so knapp. Sie haben noch Redezeit, ich habe noch anderthalb, eins zwanzig.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Demokratie lässt grüßen!)

Nein, nein, Demokratie lässt nicht grüßen. Sie haben Redezeit, Sie können sich hier hinstellen. Das ist Demokratie, Sie dürfen hier reden.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Frage ist nicht,

(Heiterkeit und Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

wie viel Anteil CO₂ an der gesamten Luft hat, sondern wie viel CO₂ Sie zusätzlich ins System bringen. Der CO₂-Anteil, den es weltweit gibt, ist seit Jahrmillionen erkennbar ein Kreislauf. Wir reichern seit Beginn der Industrialisierung deutlich diesen Kreislauf an. Und diese zusätzlichen CO₂-Mengen finden eben keinen Eingang in den Kreislauf, sondern bleiben als zusätzliche Belastung, und die bringen uns die Probleme. Wenn man das ernsthaft will, dann müsste man an Veranstaltungen teilneh-

men. Als wir durchaus bedeutende Klimawissenschaftler hier hatten, da waren aus einigen Fraktionen keine Beteiligten dabei, gerade erst im letzten Herbst. Wir haben entsprechende Studien machen lassen. Sie können sehr deutlich feststellen, es gibt einen entsprechenden Einfluss, und genau dem stellen wir uns, indem wir bewusst Energieerzeugung aus der Klimaschädlichkeit rausführen, indem wir das auch in der Mobilität wollen, und damit machen wir im Übrigen – und das ist für mich der wichtigste Punkt – langfristig für kommende Generationen den Strompreis verlässlich, die Energieversorgung verlässlich, die Energiepreise verlässlich. Das scheint mir deutlich mehr wert als der kurze Effekt jetzt. Ich verstehe Ihren Schmerz, den kriege ich aber nicht ganz so leicht gelöst, den werden wir über Sozialsysteme lösen müssen. Der Umbauprozess an sich ist der richtige Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich möchte an dieser Stelle eine zweite Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Don-Bosco-Schule in Rostock ganz herzlich auf der Besuchertribüne begrüßen.

Und ich rufe jetzt auf für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Sieht man die Überschrift allein, könnte meine Fraktion sagen, ja, das wollen wir auch und haben auch schon sehr oft – sehr oft, wirklich sehr oft – hier im Hause darüber geredet. Aber alles, was nach der Überschrift kommt, das ist zumindest zum größten Teil nach unserer Auffassung ziemlich unterirdisch.

(Thomas Krüger, SPD: Fake News.)

Es läuft ja, wenn man es zusammenfasst, auf zwei Behauptungen hinaus: Die Energiewende ist Mist und Klimaschutz ist nicht notwendig.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Gut erfasst.)

Und zweitens, wenn wir beides beenden, werden die Bürgerinnen und Bürger entlastet.

Ich frage mich, wie Sie eigentlich darauf kommen. Sie fordern, dass die Landesregierung Alternativen aufschreibt, wie Ihre Forderung aus der Überschrift umgesetzt werden kann. Eigene Ideen von Ihnen sind also Aufhören mit der Energiewende und mit Klimaschutz – abgesehen davon, dass ich das für ziemlichen Nonsens halte – und dass dann die Menschen finanziell entlastet würden. Aber finden Sie das nicht selber ein bisschen mager als sogenannte Alternative?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nö!)

Meine Fraktion hat einen umfangreichen Vorschlags- und Forderungskatalog, der die Verbraucherinnen und Verbraucher, insbesondere im ländlichen Raum, tatsächlich entlasten würde. Ich habe unsere Forderungen hier schon gefühlt 100-mal vorgetragen. Vielleicht nehmen Sie sich einen Zettel oder ich kann Ihnen das auch noch schriftlich geben, dann können Sie sich das mal mit-schreiben.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sehr wohl bewusst, dass das nicht alles Maßnahmen sind, die wir auf Landesebene hier durchsetzen können, aber es geht ja um Entlastung von Menschen und da müssen wir natürlich auch über den eigenen Landeshorizont hinausschauen.

Zunächst, der Minister ist schon auf die Stromsteuer eingegangen, wir meinen, dass die überhaupt keine Berechtigung mehr hat. Damit könnte ein Teil des Anstiegs der EEG-Umlage der letzten Jahre aufgefangen werden, denn die Stromsteuer, die ist mal eingeführt worden, wenn Sie sich daran erinnern,

(Dirk Lerche, AfD: Aha?! Von den GRÜNEN.)

um den Strompreis künstlich zu erhöhen, damit er nicht zu billig ist. Diese Zeiten, die sind nun wahrlich vorbei.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Dann müssen wir endlich diese ausufernden Industrierrabatte aufheben. Ich habe nie etwas gegen Ausnahmegenehmigungen gesagt, aber damit hat das nichts mehr zu tun.

Und auch, wenn Sie noch keinen Golfplatz gefunden haben, Herr Minister, wir sollten uns die Liste tatsächlich mal angucken, denn ich denke, auch Supermärkte sind von der Ausnahmeliste zu streichen. Das geht auf jeden Fall auch zulasten der Privatverbraucher und der kleinen Unternehmen.

Drittens sind wir als LINKE für eine Abwrackprämie, insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen,

(Heiterkeit und Zuruf
von Christoph Grimm, AfD)

wo nach wie vor der 20 Jahre alte Kühlschrank, die alte Waschmaschine oder andere Stromfresser stehen. Hier wollen wir den Kauf von energieeffizienten Neugeräten fördern.

Selbstverständlich halten wir Stromsperrungen für nicht akzeptabel, und auch das wollen wir nicht, aber da müssen wir natürlich auch dazu kommen zu sagen, wie wollen wir das verhindern. Wir wollen ein Preissystem, das zum Stromsparen animiert und Stromsparen belohnt und nicht, je höher mein Verbrauch, umso billiger wird die Kilowattstunde. Stattdessen ist es doch sinniger, dass wir ein kostenfreies Grundkontingent einführen, mit dem man bei sparsamem Umgang auch ein ganzes Stück weit kommt. Und Stromverbrauch, der darüber hinausgeht, der kann dann ruhig ein bisschen teurer sein. Es ist längst nachgewiesen, dass einkommensstarke Haushalte durchschnittlich deutlich mehr Strom verbrauchen als einkommensschwache.

Ein weiterer Vorschlag: Die Auflage eines steuerfinanzierten Energiewendefonds ist längst überfällig. Die hohen Anfangskosten der Energiewende von der Technologieentwicklung bis hin zur Marktreife sollten in einem Fonds ausgelagert werden, um die EEG-Umlage zu entlasten. Das haben wir bereits 2014 vorgeschlagen.

Nun das Dauerthema Netzentgelte: Ich habe auch schon vor Jahren hier im Plenum gesagt, dass die EEG-Umlage, auf die alle Welt geschimpft hat von dem Zeitpunkt an, als die erneuerbaren Energien ein relevanter

Faktor in der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik waren, letztlich nicht unser Problem ist. Es sind vor allem die Netzentgelte und es wird in Zukunft nicht besser werden. Bisher werden zwar auf Bundesebene die Netzentgelte für die Übertragungsnetze gewälzt, aber diese Entlastung wird auch in den kommenden Jahren nicht mehr als marginal für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Mecklenburg-Vorpommern sein.

Wir meinen, wir brauchen eine komplette Wälzung der Kosten, und das am besten seit gestern, denn ich habe die Befürchtung, dass die ganzen west- und süddeutschen Bundesländer, die sich aktuell einer solchen solidarischen Wälzung verweigern, in fünf bis zehn Jahren, wenn auch dort die Investitionskosten deutlich steigen, auf die Idee kommen und die Kosten wälzen wollen, und dann bezahlen wir den Netzausbau zweimal. Das muss auf jeden Fall verhindert werden. Leider sind im Moment auf Bundesebene dafür keine Mehrheiten in Sicht. Das bedeutet aber nicht, dass die Landesregierung die Hände in den Schoß legen kann und einfach nur auf besseres Wetter warten soll.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Nein, wir meinen – und auch dazu haben wir schon mal einen Vorschlag gemacht –,

(Zuruf von Ralf Borsche, Freie Wähler/BMV)

nein, auch eine Wälzung der Netzentgelte im Land wäre ein wichtiger Schritt für mehr Gerechtigkeit, denn im ländlichen Raum stehen nicht nur die Erzeugungsanlagen, nein, dort werden aufgrund der geringen Zahl der Endverbraucher auch die höchsten Netzentgelte bezahlt.

Ich habe mit den Netzbetreibern im Land einen runden Tisch zu dem Thema gemacht. Dort sagten mir alle, dass es zwar Hürden gebe, es aber möglich sei, die Netzentgelte im Bundesland zu wälzen. Es leuchtet ja auch überhaupt nicht ein, dass es auf Bundesebene möglich ist, ein solches Gesetz zu verabschieden, und auf Landesebene nicht.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Außerdem möchte ich nochmals auf eine unserer letzten Initiativen zum Thema „Ausbau und Nutzung der Sonnenenergie“ hinweisen. Wir wollten ein Förderprogramm für Speicherlösungen und die Förderung von Mieterstrommodellen, alles Maßnahmen, die gerade einkommensschwachen Haushalten auch ermöglichen sollen, die Vorteile der Energiewende zu nutzen. Das haben übrigens auch Sie abgelehnt.

Sie wissen, dass DIE LINKE nach wie vor vehement für die Abschaffung des Hartz-IV-Systems eintritt. Aber solange es existiert, muss der Hartz-IV-Satz mindestens so hoch sein, dass keiner den Strom abgeschaltet bekommt oder die Heizung abdrehen muss. Das ist auch eine Maßnahme dazu. Und dann haben wir ja noch unser Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz. Wenn es denn irgendwann mal funktioniert, haben hoffentlich auch die Betroffenen etwas von den Anlagen.

Ihre ganze Initiative, die Sie angeblich zum Wohle von einkommensschwachen Haushalten starten, ist mehr als scheinheilig. Vorschläge haben Sie nicht, zumindest bisher nicht gebracht.

Meine Damen und Herren, ein paar Sätze zu Punkt II.3. Ich weiß, für Sie ist der Klimawandel, zumindest der menschengemachte, Kokolores. Davon leiten Sie ab, man müsse auch nichts tun, um ihn wenigstens zu verzögern. Klimaschutz sei einfach nur Abzocke. Sie finden CO₂ offenbar total klasse, je mehr, desto besser.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Kollege Borschke hat mir ja mal indirekt vorgeworfen, ich hätte in der Schule nicht aufgepasst, weil wir ja zum Leben CO₂ brauchen. Vielleicht habe ich aber sogar besser aufgepasst, denn es geht nicht um CO₂ an sich, sondern – der Minister hat es schon gesagt –, es geht um den großen Überschuss, den wir produzieren und den wir nicht zum Leben brauchen, der sogar schädlich ist. Und dazu kommen ja weitere Treibhausgase.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Die Wahrheit ist, dass die Menschen den Planeten zugrunde richten. Ja, es gab schon immer Eiszeiten und es gab Zeiten, in denen sich das Klima erwärmte,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Zurück zu den Sauriern!)

aber, meine Damen und Herren, noch nie so rasant wie heute, noch nie so schnell wie in den letzten Jahren, sondern immer über Jahrhunderte. Wenn wir nicht endlich anfangen, den eingeschlagenen Weg zu verlassen, dann müssen wir uns schneller nach einem neuen Planeten umsehen, als uns lieb ist. Aus Sicht der Linksfraktion muss Mecklenburg-Vorpommern mehr für den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit machen. Ja, auch wir meinen, die Klimaschutzziele und -maßnahmen müssen kritisch überprüft werden, aber ganz anders als Sie, meine Herren, denn vieles ist uns zumindest zu unambitioniert und zu unverbindlich.

Zuletzt noch ein paar Worte ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Dr. Schwenke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grimm?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nein, danke, Herr Grimm.

(Christoph Grimm, AfD: Ach, wie schade!)

Zu guter Letzt noch ein paar Worte zu Punkt II.4 des vorliegenden Antrages. Sie wollen die Endverbraucher aus der Finanzierung der Energiewende raushalten. Die AfD macht Folgendes: Sie schauen sich die Stromrechnung von 1991 an und dann von heute und stellen fest, ja, das ist ziemlich teuer geworden. Wie kommt das denn? Die Schuldigen sind schnell ausgemacht – die erneuerbaren Energien.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD: Ja.)

Übrigens, Sie agieren,

(Glocke der Vizepräsidentin)

Sie agieren mit Ihrem Sturmloch gegen die Energiewende an der Mehrheit auch in Mecklenburg-Vorpommern vorbei. 80 Prozent, das hat die neueste Umfrage ergeben, halten die Energiewende für wichtig oder sehr wichtig.

Aber kommen wir zu den Kosten zurück. Mit dem EEG und der Einführung der EEG-Umlage wurde die Entscheidung getroffen, die wirklichen Kosten transparent darzustellen. Heute kann jeder auf seiner Rechnung sehen, was wie viel kostet. Das war davor anders. Die Milliardensubventionen für die Atom- und Kohlewirtschaft wurden steuerfinanziert aus dem allgemeinen Staatshaushalt. Das hat auf Deutsch gesagt keiner gemerkt und es hat auch niemanden so richtig interessiert.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es. –
Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Bezahlt haben wir es trotzdem. Oder was meinen Sie, wo das Geld herkommt?

(Thomas Krüger, SPD: So ist es. –
Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Die Kosten der Nutzung von Kohle- und Atomstrom sind heute bei der Berücksichtigung aller Kosten um ein Vielfaches höher als die der Nutzung erneuerbarer Energien. Würden wir die Energiewende abblasen und, wie die AfD es gerne hätte, unser Energiesystem komplett wieder auf Atom und Kohle umstellen, dann würden die Stromrechnungen durch die Decke gehen,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

vorausgesetzt, es würde bei der Systematik bleiben, dass alles auf der Stromrechnung auftaucht.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Oder man macht es wie vorher, hält die Strompreise für den Endverbraucher konstant und bezahlt die Milliardensubventionen für die Energieriesen dann aus dem Steu-erhaushalt. Dann sieht das wieder niemand auf der Stromrechnung, aber, wie gesagt, bezahlen müssen wir es trotzdem.

Eine radikale Lösung wäre, Energieerzeugung und -versorgung als unverzichtbares Lebensmittel dem Gewinnstreben zu entziehen und in die öffentliche Hand zu überführen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Kostendeckend müsste das System trotzdem sein und auch ein Spielraum für Ersatzinvestitionen beziehungsweise Innovationen bleibt notwendig, aber eine goldene Nase dürfte sich niemand verdienen.

Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei, allein die Überschrift liest sich oberflächlich betrachtet ganz gut, der Rest sind weder Alternativen, noch bringen sie irgendetwas, um einkommensschwache Haushalte wirklich zu entlasten. Unsere Vorschläge würden, wir haben das mal gerechnet, circa zehn bis zwölf Prozent pro Kilowattstunde an Entlastung bringen. Wir haben die richtigen Antworten. Wir denken an die Menschen im Land, aber vor allen Dingen auch an die zukünftigen Generationen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Werte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Oft haben wir uns mit der Entwicklung der Strompreise hier im Hause beschäftigt. Ein Antrag der AfD lautete beispielsweise im April 2017 „Strompreisbremse für Endverbraucher“, ein anderer, von der Fraktion DIE LINKE, „Strom muss bezahlbar bleiben“ im Mai 2017.

Heute nun ein neuer Versuch der AfD, energie- und rechtspolitische Geschichte in Deutschland zu schreiben. Oder vielleicht auch nur Unvermögen, denn anders als in Ihrem Antrag dargestellt, sind nicht die Strompreise für den Endverbraucher gestiegen, sondern vielmehr die zahlreichen Nebenkosten, insbesondere das Netzentgelt. Sie aber wollen, dass die Landesregierung individuelle Maßnahmen ergreift, um die Preisentwicklung zu stoppen. Dabei lassen Sie außer Acht, dass bundesgesetzliche Regelungen für diese Kosten maßgeblich sind. Beispielsweise Energiewirtschaftsgesetz, Erneuerbare-Energien-Gesetz, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, Netzentgeltmodernisierungsgesetz und zahlreiche Verordnungen für diesen Bereich liegen in der Hand des Bundes.

Angesichts der aktuellen Strompreisentwicklung und eines Strompreises von knapp 30 Cent je Kilowattstunde inklusive aller Nebenkosten für den Endverbraucher ist die Belastung, insbesondere derjenigen mit geringem Einkommen, sehr hoch. Das bestreitet hier im Hause, denke ich, auch niemand. Wer aber wie die Fraktion der AfD zu dem Fazit kommt, dass die Landesregierung ein Konzept zur Entlastung der Bürger in diesem Bereich umsetzen kann, der erkennt die Realität oder will hier wieder einmal mit populistischen Forderungen punkten.

Nur zur Erinnerung: Die Strompreise an der Leipziger Börse betrugen im Dezember des vergangenen Jahres 4,8 Cent je Kilowattstunde. Die EEG-Umlage beträgt derzeit 6,8 Cent, mit sinkender Tendenz. Hinzu kommen Kosten durch die Netzentgelte, welche etwa bei 7,5 Cent liegen. Die Netzentgeltkosten werden nach Einschätzung der Experten aber in Zukunft die Preistreiber im Bereich der Energieversorgung sein. Deshalb war es so wichtig, dass wir die einheitliche Wälzung der Netzentgelte auf dem gesamten Bundesgebiet durchgesetzt haben. Der Minister hat dazu schon ausgeführt. Dies, meine Damen und Herren, beruhte auf einer Initiative der Koalition und nicht auf der der AfD.

Die staatlich festgesetzten Abgaben und Umlagen auf Stromlieferungen in Deutschland machen derzeit bei Haushaltskunden circa 52 Prozent der Strompreise aus. Konzessionsabgabe, KWKG-Umlage, Offshore-Haftungsumlage, Umlage für abschaltbare Lasten, Netzentgelte und EEG-Umlage sind Bestandteil des Strompreises. Hinzu kommen Stromsteuer und Umsatzsteuer. Hier gibt es sicherlich eine Vielzahl von Möglichkeiten, um eine Entlastung aller Bürger und Unternehmen zu ermöglichen, aber hiervon verlieren Sie in Ihrem Antrag kein Wort.

Meine Fraktion hat sich immer für einen moderaten Ausbau der erneuerbaren Energien ausgesprochen. Wir wollen bezahlbare Strompreise für die Bürgerinnen und

Bürger, aber auch für die Unternehmen in unserem Land. Deshalb haben wir die Fortschreibung des EEG maßgeblich unterstützt und uns für ein Ausschreibungsmodell eingesetzt. Die sinkenden Vergütungen geben uns dabei recht.

Insgesamt ist der vorliegende Antrag handwerklich schlecht gemacht. Er zeigt aus unserer Sicht keinen Weg auf, um mittelfristig oder langfristig eine Absenkung des Strompreises herbeizuführen, und er soll uns und die Stromverbraucher offensichtlich hinters Licht führen. – Vielen Dank, wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Dr. Ralph Weber, AfD: Warum
wundert uns das nicht?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Na, wie viele Sekunden sind rum? –
Minister Dr. Till Backhaus:
Die Redezeit ist um.)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Immer noch null, wie es sich gehört, ne?!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrter
Herr Borschke! – Dr. Ralph Weber, AfD:
Sehr geehrtes Präsidium!)

Sehr geehrtes Präsidium!

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Lieber Ralf!)

Ganz kurz noch zu Frau Dr. Schwenke. Also Sie haben sich wieder mal nicht richtig informiert. Es gab früher den Kohlepfennig.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Mit diesem Antrag, meine Damen und Herren, rückt ein Problem in den Fokus, welches wie kein anderes Problem eine verfehlte, ideologisch bedingte und ausgerichtete Politik aufzeigt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Was will er jetzt damit sagen?)

Es ist das Problem einer sozialistisch geprägten Planwirtschaft. Um nichts anderes handelt es sich beim EEG.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD
und Freie Wähler/BMV)

Sie fällt letztendlich dem Bürger auf die Füße. Es ist bezeichnend, dass die Linkspartei

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Linksfraktion.)

der größte Befürworter und Fan des EEG ist,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wird hier doch einer ihrer Wünsche zur sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft durchgezogen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also ist es schon ziemlich scheinheilig, wenn Sie, meine Damen und Herren der LINKEN, hier gegen den hohen Strompreis zu Felde ziehen, an dem Sie durch Ihre eigene uneingeschränkte Unterstützung des EEG

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

einen erheblichen Anteil haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und Freie Wähler/BMV)

Das ist nur ein Deckmäntelchen, was Sie sich da umhängen, mit der sozialen Ader.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach so?!)

Dieser Antrag betrifft ein Thema, das mir besonders am Herzen liegt,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

nämlich die Entlastung unserer Bürger und eine zukunftssichere Energieversorgung auch in unserem Bundesland.

In diesem Antrag geht es um die Senkung des Strompreises. Der Strompreis setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen. Eine Komponente ist der reale börsenorientierte Preis für den erzeugten Strom in Deutschland. Im Dezember 2018 betrug der durchschnittlich gehandelte Preis für Strom im Marktgebiet Deutschland/Luxemburg an der EPEX-Strombörse rund 48,13 Euro pro Megawattstunde, pro Megawatt! Das sind 0,04813 Euro pro Kilowatt. Im Dezember 2017 lag der Strompreis hier bei rund 30,77 Euro pro Megawatt. Das ist also der gehandelte wirkliche Strompreis. Und an der Leipziger Strombörse lag der gehandelte Strompreis im Januar 2019, Stichtag 14.01., bei 42,24 Euro pro Megawatt, also bei 0,0422 Euro pro Kilowatt.

(Dr. Ralph Weber, AfD: 4 Cent.)

Das ist also der marktwirtschaftlich erzeugte Strompreis. Der Rest der fast 30 Cent pro Kilowatt sind also Mehrwertsteuer und staatliche Umlagen und Abgaben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Christian Brade, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Wenn im Antrag steht: „Aufgrund parallel ansteigender Börsenstrompreise gibt es 2019 trotz abermals sinkender EEG-Umlage auf 6,405 Cent/kWh keine merkbare Entlastung im Geldbeutel der Bürger“, dann suggeriert das, der Marktpreis würde einen sinkenden Strompreis verhindern. Da, meine Damen und Herren, gehe ich nicht mit, denn nicht der gehandelte Strompreis ist das Problem, sondern die staatlichen Preisaufschläge sind das Problem, und da müssen wir ran.

Dann steht im Antrag, einkommensschwache Haushalte in M-V entlasten. Richtig müsste es heißen, alle Stromkunden entlasten. Alle!

(Beifall Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV)

Und natürlich sind große Industrieunternehmen privilegiert und von der Ökoulage befreit, sonst wären sie nicht mehr konkurrenzfähig. Das Gleiche gilt für die energieintensiven Unternehmen, also auch für Mittelständler. Wenn man nun unserer Wirtschaft noch den letzten Rest geben will, dann kann man auch fordern, die Befreiung von der Ökosteuer zu beenden. Das wäre eine weitere sozialistische Wirtschaftsmaßnahme.

Aber in einem Punkt stimme ich zu. Wie immer trifft es die, für die man vorgibt, sich einzusetzen, nämlich die einkommensschwachen Haushalte. Aber welche sozialistische Maßnahme war denn schon mal Segen bringend für die armen Leute?! Gebracht hat es immer nur der eigenen Lobby etwas, heute wie früher. Klimaziele lassen sich mit dem EEG nicht erreichen. Länder wie die USA und Frankreich können uns zeigen, wie man Klima- und Umweltbelastungen reduziert. Dieses EEG verschlimmert alles.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Daher kann der richtige Antrag nur lauten: Das Land Mecklenburg-Vorpommern setzt sich im Bund für die Abschaffung des EEG ein.

(Beifall Horst Förster, AfD)

An irgendwelchen sowieso nicht zu erreichenden Klimazielen herumzudoktern, bringt überhaupt nichts. Es ändert nichts am Grundproblem einer vollkommen entgleisten, unrealistischen und vom Wesen her zerstörerischen Energiepolitik. Am ineffizienten Klimaschutz haben viel zu viele Lobbygruppen ein finanzielles Interesse.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Wenn hier nichts geändert wird, sage ich Ihnen Energiepreise von über einem Euro pro Kilowatt voraus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und das wurde heute Morgen im Frühstücksfernsehen von dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben so früh schon Zeit, Fernsehen zu gucken?)

Herrn Woidke, bestätigt. Der hatte nämlich gesagt, es wird Steigerungen von über 50 Cent pro Kilowattstunde mindestens geben.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Den der Minister nicht getroffen hat.)

Aufgrund komplexer und unvorhersehbarer Wetterlagen mussten letztes Jahr mehrfach die Anlagen in der Schwerindustrie runtergefahren werden, um einen Blackout zu verhindern. Nicht umsonst erarbeitet das Land jetzt ein Konzept für einen möglichen Blackout.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Man weiß genau, was auf uns zukommt, aber dann hat Mecklenburg-Vorpommern endlich eine Vorreiterrolle in Deutschland, nämlich bei der Industriestruktur. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

(Thomas Krüger, SPD:
Der wird das richten jetzt.)

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ob ich es richten werde, weiß ich nicht. Wenn man sich einige Reden anhört, sieht es ja doch wieder mehr nach Spaßveranstaltung aus

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein, nein!)

und dass Sie Ihre populistischen Sachen jedes Mal wieder aufwerfen. Aber darauf möchte ich gar nicht eingehen, denn das Thema Strompreis ist ein sehr wichtiges Thema, was die Menschen im Land bewegt, denn natürlich haben wir, auch gerade was Umlagen angeht, gerade was Steuerfinanzierung angeht, ziemlich hohe Strompreise. Ich finde sie auch zu hoch, aber der Strom muss ja zu den Menschen kommen. Wir haben da verschiedene, und das haben wir eben schon gehört, bundesrechtliche Vorgaben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Unser Ziel ist es, und das ist auch Ziel der Energiewende, dass wir eine verlässliche, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland haben, und das brauchen wir auch.

(Zurufe von Dr. Ralph Weber, AfD,
und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Wir sind der festen Überzeugung, dass die solare Energie auf Dauer günstiger ist. Das sagen uns auch 97 Prozent der Wissenschaftler.

Dann würde ich ganz gerne darauf eingehen, der Einbringer, Herr Kollege Grimm, hat eben unterschiedliche Thesen gerade angemahnt, was auch CO₂ angeht. Ich habe vor Kurzem einen Brief von dem Herrn Kollegen Grimm bekommen. Da hat er mir, es war ein 7-seitiges Dokument, einen Artikel ausgedruckt: „Das Politikum CO₂“. Ich habe mal versucht, ein bisschen durchzulesen, was da drinsteht. Es sind verschiedene Punkte aufgeworfen worden. Ich war schon ganz fasziniert. Unter anderem wurde ein Kapitel überschrieben mit – in Anführungszeichen – „Kohlendioxid ist Pflanzendünger und kein Gift“ und auch dieser ganze Absatz war komplett nur in Anführungszeichen gehalten. Ich glaube, selbst der Autor an der Stelle hat sich gar nicht getraut,

(Torsten Renz, CDU: Herr Grimm,
was schreiben Sie denn für Briefe?)

diese These, dass Kohlendioxid wirklich ein Pflanzendünger ist, so aufzugreifen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das bestreiten Sie jetzt?!)

Aber viel mehr fasziniert hat mich noch unter einer Überschrift, da geht es darum, genau diese 97 Prozent, da steht nämlich drüber als Überschrift: „Nicht Mehrheiten entscheiden über richtig und falsch“ – da gebe ich Ihnen natürlich recht –,

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

und dann ein Satz, den möchte ich jetzt gerne zitieren: „Im Übrigen kommt es überhaupt nicht darauf an, wieviele Wissenschaftler etwas für richtig oder falsch halten, entscheidend ist, was sich als zutreffend herausstellt – entweder als bewiesen oder als besonders plausibel belegt. Dafür genügt ein einziger Wissenschaftler oder ein sonstiger Mensch.“

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Das heißt, wenn ich jetzt die These aufstelle, dass die Welt eine Scheibe ist, dann ist sie eine Scheibe.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sie sind ja gut, Sie machen das.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage ist ja eigentlich, was kann M-V an der Stelle tun? Wir haben eben schon gehört, wie sich die Zusammensetzung des Strompreises aufschlüsselt. Vielen Dank an die Vorredner an der Stelle! Wir haben eigentlich ganz wenige Möglichkeiten. Eine der Möglichkeiten, die wir haben, ist, in die Regulierung einzugreifen. Das haben wir in der vergangenen Sitzung gemacht, wir haben über die Landesregulierungskammer gesprochen. Das heißt, wir haben da unsere Hausaufgaben erfüllt.

Dann wurden jetzt verschiedene Punkte angesprochen, die gar nicht unser Beritt sind. Wir haben über die Stromsteuer gesprochen, wo wir auch dafür sind, dass man bei der Stromsteuer unbedingt was anpacken müsste, denn wir finden sie auch nicht mehr zeitgemäß. Es ging um die Netzentgelte, Ausgleichszahlungen. Wenn man sich die Netzentgelte anguckt, sehen wir, dass wir auf einem guten Weg sind, was die bundesweite Wälzung angeht, die teilweise jetzt in Kraft tritt. Wenn man Ausgleichszahlungen anguckt, was wir hier in dem 50Hertz-Bereich – wir sind im Bereich Ostdeutschland, Berlin und Hamburg sind da im selben Übertragungsnetzbereich –, da wurde unter anderem die Thüringer Strombrücke fertiggestellt in den Jahren 2017 und 2018, die zur Entlastung über 100 und mehrere 100 Millionen geführt hat. Es wird an Interkonnektoren gebaut, Interkonnektoren beispielsweise nach Dänemark und Schweden. Da ist nur zu nennen die Hansa PowerBridge, ein Projekt über mehrere 100 Millionen Euro, wo Strom zwischen Mecklenburg-Vorpommern, genauer Güstrow, und Schweden ausgetauscht werden kann, sodass, wenn einer zu viel hat oder einer zu wenig hat, Strom über diese Brücke geführt werden kann. Wir können an der Stelle auch die Speicher, die wir in Skandinavien haben, beispielsweise Pumpspeicherkraftwerke, einsetzen. Das sind verschiedene Projekte, die alle gerade laufen. Wir haben unterschiedliche Sachen, wir sind dabei.

Die Frage ist, die ich dann der AfD auch stelle, wenn Sie das alles beschleunigen wollen, wenn Sie meinen, das muss alles jetzt auf Schlag sein, sollen wir bei den ganzen Bürgerbeteiligungen, gerade bei diesen ganzen Projekten wäre eine der wenigen Möglichkeiten, die wir haben, zu sagen, wir machen jetzt von oben herab

sagen, es wird jetzt durchgeplant und wir fangen morgen an zu bauen.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Das heißt, das Einzige, was noch groß bleibt, ist dann eigentlich, dass wir die komplette Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner auslassen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Aber die Aussage Ihres Antrages ist ja dann mehr oder weniger auch, dass das Teuerste eigentlich die erneuerbaren Energien sind. Das heißt, die erneuerbaren Energien sind unbezahlbar und das kann sich ja keiner leisten. Ich habe mir – ich glaube, das habe ich jetzt auch schon zweimal gebracht oder so in den letzten Reden, die wir zu ähnlichen Themen hatten – auch noch mal rausgesucht: Was kosten uns eigentlich fossile, was kosten uns fossile Energieträger? Da haben verschiedene Institutionen, unter anderem, da verlasse ich mich dann auf Greenpeace an der Stelle, eine Untersuchung,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ui!)

die haben ausgerechnet, dass wir 40,5 Milliarden Euro an Subventionen für fossile Energieträger pro Jahr ausgeben. Alleine für die Preisvergünstigungen im Strombereich haben wir 8,8 Milliarden, Preisvergünstigungen für fossile Energien 18,9 Milliarden, Produktion 2,2 Milliarden. Das sind Milliardenbeträge, die wir dafür ausgeben, dass die fossilen einigermaßen bezahlbar bleiben. Denn wenn man sich anguckt, wie auch gerade die Energieträger, die fossilen Energieträger, in den vergangenen Jahren teurer geworden sind, dann kann man sich Erdgas angucken, das ist in den letzten drei Jahren um 40 Prozent gestiegen, in den letzten 20 Jahren sogar um 75 Prozent. Wenn wir uns Erdöl angucken, in den vergangenen drei Jahren eine Steigerung um 105 Prozent. Im Zeitraum von 20 Jahren waren das 450 Prozent. Das heißt, fossile Energieträger sind nicht das, was Sie sagen, dass die all unsere Probleme lösen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das sagen wir auch gar nicht.)

Wenn man sich jetzt beim Weltwirtschaftsforum in Davos anguckt – die veröffentlichen jährlich ihren Risikobericht –, was sind eigentlich die größten Bedrohungen für unseren Wohlstand:

(Jens-Holger Schneider, AfD: Die,
die mit den Privatjets dahin fliegen. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Unsere Regierung.)

Auf Platz eins sind das Extremwetterereignisse, auf Platz zwei sehen Sie aktuell das Versagen bei der Vermeidung und der Anpassung an den Klimawandel und auf Platz drei Naturkatastrophen. Zumindest ist das Weltwirtschaftsforum in Davos nicht als irgendeine Ökospinnerei bisher bekannt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was Sie verfolgen, das würde ich gerne auch mit den Worten vom Kollegen Gundlack von gestern ausdrücken. Sie verfolgen das Ansinnen von Robin Hood, nur andersherum.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir haben im Land mittlerweile über 13.000 Arbeitsplätze, darüber haben wir auch schon mehrmals gesprochen, die im Bereich der erneuerbaren Energien sind. Wir haben Milliardenumsätze. Wenn ich mir angucke, der Bundesverband WindEnergie hat für 2015 veröffentlicht, dass von der EEG-Umlage über 1 Milliarde Euro an Mecklenburg-Vorpommern zurückgeflossen ist. Was der Schweiz ihre Banken und Uhren, was den Saudis ihr Öl, das ist unserem Land Sonne, Wind und Biomasse.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr da Cunha, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Borschke?

Philipp da Cunha, SPD: Gern, ich bin gerade, so mitreißend war es anscheinend gerade nicht, Sie können gerne unterbrechen, vielleicht geht es danach dann ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nee, war ganz toll.)

Ja, vielen Dank.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Herr da Cunha, über die Hälfte unseres Strombedarfs wird heute durch Braunkohle, Steinkohle und Atomkraft gedeckt.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wie wollen Sie beim Abschalten dieser Energieträger das ersetzen? Wodurch wollen Sie diesen Anteil ersetzen?

(Dirk Lerche, AfD:
Zuzüglich der Elektromobilität.)

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrter Kollege Borschke, ich glaube, das Thema hatten wir mehrmals, auch gerade die Zahlen, was die ...

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Na dann sag, mach doch ...

Philipp da Cunha, SPD: ... an Gesamtenergieverbrauch haben ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also jetzt ist mal Stopp!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also ich glaube, ich habe gerade – es war dieser Tagesordnungspunkt – ganz klar gemacht, dass wir eine Geschäftsordnung haben und diese Geschäftsordnung auch einzuhalten ist. Über die Frage hinaus werden hier keine Kommentare zugelassen, sonst lasse ich die Frage einfach nicht zu. Also ich bitte um etwas mehr Disziplin.

Jetzt können Sie antworten, Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrter Herr Kollege Borschke, einer der großen Ansätze ist natürlich die Frage, wie können wir Flexibilität ermöglichen am Energiemarkt und wie können wir speichern. Beim Speichern sind wir noch ganz am Anfang. Wir haben aber noch nicht mal die gesetzlichen Möglichkeiten und die regulatorischen Möglichkeiten, um Speicher ordentlich zu betreiben. Da ist gerade ein riesiges Hemmnis, was wir unter anderem von Bundesebene noch haben, wie wir

diese einsetzen können, um den Energiemarkt zu stabilisieren, um Energie dann zu speichern, wenn wir sie nicht benötigen. Vieles lohnt sich an der Stelle nicht und deswegen wird es auch nicht umgesetzt. Das heißt, das ist einer der Punkte. Da gibt es Berechnungen, die sagen, das ist nur ein ganz kleiner Anteil, der dafür sorgt, dafür lange die Regelenergie nicht.

Dann wurde eben von Ihnen auch zitiert, es gab gerade auch in der Schwerindustrie das Blackoutrisiko. Gerade dieses Problem, was wir haben in der Vorhersage, da muss es besser werden. Und wir haben eines der Probleme, wenn wir von der Schwerindustrie, Aluminiumwerken und so sprechen, die relativ viel Strom verbrauchen, dass sie mit den kurzfristigen Abschaltungen nicht klar kommen, und das ist ein großes Problem. Sie kommen mit langfristigen oder mit vorangekündigten Abschaltungen klar. Es gibt Aluminiumwerke, es gibt andere Bereiche, die sehr viel Energie erzeugen, Energie verbrauchen. Die können planen, die können ihre Produktion um 25 Prozent nach oben oder unten regulieren. Das heißt, wir sind gar nicht mehr auf diese Grundenergie, auf die Grundversorgung, auf die Grundlast angewiesen an der Stelle, von der wir früher gesprochen haben, weil einfach Kohlekraftwerke und andere Kraftwerke mit fossilen Energien gar nicht so flexibel sind.

Und wenn wir diese Ergänzung machen, wenn wir diese verschiedenen Projekte, die auch immer noch über Pilotprojekte erforscht werden müssen, weiter umsetzen, dann wird da sehr viel Potenzial dazu führen, dass wir den kompletten Bereich der Energien – da sprechen wir nicht nur über Strom, wir sprechen da ganz groß auch darüber, wie wir andere Bereiche, wie wir die Wärme, wie wir den Verkehr mit erneuerbaren, mit solarer Energie versorgen –, wie wir den versorgen können, und dann ergibt sich auch das gesamte Portfolio. Aber das ist kein Prozess. Deswegen sind wir auch schon seit mehreren Jahren, Jahrzehnten dabei, diese Umstellung zu machen. Wir können nicht von heute auf morgen Kohlekraftwerke und ähnliche abschalten. Deswegen gibt es auch die Kommission. Deswegen hat diese Kommission auch einen langfristigen Plan vorzulegen. Heute ist einer der Tage, wo die Kohlekommission tagt und wo sie auch über die nächsten Schritte informiert.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Noch eine Nachfrage?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Borschke?

(Der Abgeordnete Philipp da Cunha wendet sich an das Präsidium.)

Nein, er hat keine Redezeit mehr.

Philipp da Cunha, SPD: Bitte schön.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Wir haben in Deutschland zurzeit circa 30.000 Windräder. Wie wollen Sie denn nach dem Abschalten der Kohleindustrie, wie viele Windräder müssten wir dann aufstellen Ihrer Meinung nach? Oder wollen Sie einfach den fehlenden Bedarf durch Atomstrom aus Frankreich und Kohlestrom aus Polen ersetzen?

(Andreas Butzki, SPD: Die Windräder drehen sich schneller.)

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrter Kollege Borschke, nicht nur, dass sie schneller drehen, wir haben mittlerweile, ich habe mir Zahlen angeguckt, gerade heute, da ging es auch darum, wie viel EEG-Umlage wir in Mecklenburg-Vorpommern bekommen, wie effizient die Windenergieanlagen sind. Beispielsweise Brandenburg hat, ich glaube, doppelt so viele Windenergieanlagen wie wir, hat aber gar nicht die doppelt so hohe Produktions..., sozusagen das maximal, was gerade produziert wird.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wir reden davon, dass wir neue Energieanlagen, dass wir andere Möglichkeiten brauchen. Beispielsweise Offshore ist ja auch ein großer Bereich inzwischen. Wir brauchen die, wir brauchen weitere Windenergieanlagen. Ich persönlich glaube aber auch nicht, dass wir in mehreren Jahrzehnten die Windmühlen, von denen wir heute sprechen, noch stehen haben, sondern dass es andere Formen geben wird – es gibt immer noch Forschungen in dem Bereich –, die auch möglicherweise anders aussehen,

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

die dann vielleicht auch vor Ort eine größere Akzeptanz haben.

Der ganz große Vorteil von Windenergieanlagen ist einfach, dass wir sie auf 20 Jahre hinstellen und dann zurückbauen können oder sie ein paar Jahre länger da stehen bleiben. Aber das ist nicht das Problem, was wir mit dem Rückbau von Atomkraftwerken haben, es ist nicht das Problem, was wir haben, wenn wir einen Braunkohleabbau machen und ganze Landstriche kaputt machen. Deswegen glaube ich, dass es eine der verträglichsten Formen ist, die wir haben, wenn wir auf die erneuerbaren Energien setzen, denn das werden uns unsere Kinder und Enkel in Zukunft danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das war an der Stelle ein relativ guter Schluss, deswegen möchte ich noch mal für uns als Regierungskoalition klarstellen, dass wir diesen Antrag aus voller Überzeugung ablehnen werden. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus, als immer nur Luftschlösser aus Seifenblasen zu bauen. Verantwortungsvolle Politik gefährdet auch nicht sehenden Auges Zehntausende Arbeitsplätze in unserem Bundesland – oder 13.000, es sind nicht 10.000, sondern mehr als 13.000 –, das mit Industriearbeitsplätzen ohnehin nicht reichlich gesegnet ist. Verantwortungsvolle Politik hat das Morgen und das Wohl der Menschen immer im Blick und verteidigt auch unpopuläre Maßnahmen, wenn dieses Wohl anderenfalls gefährdet wäre. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Es hat ja schon in der Geschichte Revolutionen gegeben wegen zu hoher Brotpreise, und es ist nicht ausgeschlossen, dass es künftighin auch mal Revolutionen geben wird, die sich an

zu hohen Strompreisen entzündet, zumal, das wurde schon gesagt, Deutschland die weltweit höchsten Strompreise aufzuweisen hat.

(Thomas Krüger, SPD:
Sie träumen von der Revolution?)

Und nicht nur das,

(Thomas Krüger, SPD: Immer noch?!)

in anderen Ländern schaut man doch auch mit einigem Befremden darauf, mit welcher fanatischen Verbissenheit Deutschland wieder einmal darangeht, seine eigenen wirtschaftlichen Grundlagen, die Grundlagen des eigenen Wohlstandes, zu zerstören.

(Christoph Grimm, AfD: Sehr richtig!)

Das ist nicht nur diese Energiewende, die sogenannte, das ist zum Beispiel auch die Zerstörung der Automobilindustrie als eine der letzten verbliebenen Schlüsselindustrien, die wir hier in Deutschland überhaupt noch haben. Richard Wagner hat mal gesagt, deutsch sein bedeute, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun. Genau das trifft auch auf die Energiewende zu, die nämlich – der Bundesrechnungshof hat es nachgewiesen – überhaupt gar nichts gebracht hat. Die Klimaziele wurden nicht erreicht, es wurde nicht weniger CO₂ ausgestoßen, es wurde kein geringerer Verbrauch zustande gebracht und auch keine ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Arppe!

Stoppen Sie bitte die Uhr!

Ich möchte doch in den Reihen der CDU-Fraktion dafür werben, dass jetzt hier der Redner nicht durch erhebliche Unruhe und das Nichtsitzen auf den Plätzen weiter gestört wird.

Holger Arppe, fraktionslos: Oh nein, ich rede ja sowieso zu den Bürgern und nicht zu diesen Leuten da.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das tut mir leid, dass ich jetzt Ihnen sagen muss, dass Sie meine Äußerungen nicht zu kommentieren haben.

Holger Arppe, fraktionslos: Bitte, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also das ...

Holger Arppe, fraktionslos: ... bitte um Entschuldigung.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... können Sie den Leuten dann nachher selber sagen.

Holger Arppe, fraktionslos: Ich bitte um Entschuldigung.

Also, keine höhere Energieproduktivität. Das ist ohnehin auch nicht weiter schlimm eigentlich, denn – das wurde auch schon gesagt – bei einem Anteil von 2,2/2,4 Pro-

zent weltweit des CO₂-Ausstoßes interessiert es das Weltklima, das sogenannte, einen feuchten Kehrriech, was hier in Deutschland passiert.

Trotz alledem, dass das ja alles eigentlich nichts gebracht hat, außer dass sich ein paar Ökoideologen wohler fühlen, hat der ganze Spaß bis dato 240 Milliarden Euro gekostet und wird auch fürderhin 25 Milliarden Euro jährlich verschlingen. Und das wird dabei nicht bleiben. Der Kohleausstieg ist ja das Nächste, was wir zu erwarten haben. Deutschland selbst generiert mehr als 25 Prozent seiner Energie aus Kohle, in NRW sind es sogar 70 Prozent und man mag sich gar nicht ausmalen, wohin die Strompreise steigen, wenn bis 2030 dann der Kohleausstieg vollzogen sein wird.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Also wenn wir hier über soziale Probleme reden, die zu Adipositas und Schulschwänzerei und sonstigen Dingen führen, dann müssen wir natürlich auch berücksichtigen, dass daran auch die sozialen Verwerfungen schuld sind, die durch zu hohe Strompreise erzeugt werden. Deswegen sollte die Landesregierung sich gegen den Kohleausstieg aussprechen. Ich persönlich hätte auch nichts gegen eine maßvolle Beibehaltung der Atomenergie. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Ober-einer.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur spezifisch auf Mecklenburg-Vorpommern eingehen, nicht auf die Bundesebene. Was kann man hier tun, um einem weiteren Strompreisanstieg vorzubeugen? Was können wir in eigener Regie machen? Der Minister hat schon gesagt, die Masse der Regelungskompetenz liegt beim Bund. Dazu wurde auch vieles gesagt. Das Thema, denke ich, ist durch.

Momentan haben wir in Mecklenburg-Vorpommern, ich will nicht sagen Zäsur, aber wir haben jetzt einen Punkt, wo die Förderung für ältere Windenergieanlagen ausläuft. Es ist in der Rede, dass dort Repowering stattfindet. Einige können auch nicht erneuert werden, weil sie nicht mehr in den Windeignungsgebieten liegen, die entfallen dann. Stattdessen haben wir jetzt neu – nicht ganz neu, aber noch relativ neu – den Ausbau auf See, die Offshorewindparks. Und da müsste man jetzt mal schauen, wie man das System weiterentwickelt, ohne dass die Kosten ständig weiter steigen. Wir brauchen einerseits Versorgungssicherheit, wir brauchen sichere Bezugsquellen, wo die Energie herkommt. Nicht heute, aber bei einer vergangenen Debatte sagte Herr da Cunha mal, dass ihm auch regionale Wertschöpfung, dezentrale Energieerzeugung am Herzen liegen, sicherlich ein sinnvolles Ziel. Dagegen kann man gar nichts sagen, aber eben auch der Preis spielt eine Rolle. Und ich wollte jetzt mal ein paar Ideen darstellen, wo man da tatsächlich auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern eventuell doch was machen könnte, damit Herr Krüger zufrieden ist und nicht wieder sagt, wir haben keine Konzepte.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Einiges wurde bereits genannt. Frau Dr. Schwenke – jetzt sitzt sie hinter mir – erwähnte ja schon die Freistellung von Unternehmen oder teilweise Befreiung von den Umlagen. Der Minister hat das auch gesagt, Unternehmen, die im weltweiten Wettbewerb stehen, die kann man damit natürlich nicht belasten, völlig klar. Aber man müsste doch mal kritisch schauen, ob jetzt wirklich Unternehmen, die nur lokal agieren, die ihren Markt hier haben, deren Wettbewerber auch hier lokal agieren und die genauso belastet sind, ob man die auch befreien muss. Herr Pegel sagte ja auch, dass man da durchaus kritisch hinschaut. Das wäre vielleicht eine kleine Stellschraube. Das sind jetzt alles keine Milliardenbeträge, um die es hier geht, aber Mecklenburg-Vorpommern ist ja auch nicht die Bundesrepublik.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herr Rehberg hat ja vor einiger Zeit mal gesagt, die genaue Formulierung weiß ich nicht, aber er äußerte sich so, ein Moratorium für den Windkraftausbau für eine begrenzte Zeit, mit dem Hintergrund, wir können natürlich die erneuerbaren Energien, die Erzeugungskapazitäten, immer weiter ausbauen, aber wenn wir die Netze nicht haben, um die Energie abzutransportieren, ...

(Thomas Krüger, SPD: Deswegen ist das doch gestoppt worden. Das ist doch bei Weitem nicht mehr so.)

Komme ich gleich drauf, komme ich gleich drauf.

... dann ist das natürlich so, dass wir dann Regeleingriffe haben, Netzeingriffe, die bekommen dann ihr Geld trotzdem. Da ist ein gewisses Einsparpotenzial. Ich unterstelle Ihnen auch gar nicht, Herr Krüger, dass Sie das überhaupt nicht im Auge haben und nicht tun. Bitte nicht falsch verstehen! Ich denke nur, man könnte es noch etwas besser machen.

Das Nächste ist, Ausschreibungen. Wir haben jetzt den Ausschreibungsmarkt, ein aus meiner Sicht klarer Vorteil gegenüber der vorherigen Situation, aber ein echter Markt ist das ja auch nicht. Im Grunde genommen sagt der Staat ja, wir wollen soundso viel Windkraftkapazität jährlich zubauen, daraus errechnen sich x Windräder, und die werden dann gebaut, unabhängig davon, wie hoch die Angebote bei den Ausschreibungen sind. Wir haben jetzt innerhalb dieses Deckels einen Wettbewerb, das ist ja auch in Ordnung, aber letzten Endes gibt der Staat immer noch den Kapazitätsausbau vor. Und das, was der Herr Rehberg dort sagte, das halte ich eigentlich für eine sehr gute Idee.

Herr da Cunha sprach auch den Aufbau der Konnektoren, der Übertragungsnetze an und so weiter. Wenn man da vielleicht mal ein bisschen einen Schritt zurück macht, einen Augenblick wartet, bis die Übertragungsnetze, gegebenenfalls in geringerem Umfang auch Speicherkapazitäten, geschaffen sind, dann hat man halt diesen hohen finanziellen Aufwand für das Redispatch nicht. Da ist auch etwas einzusparen. Auch dort könnte das Land durchaus tätig werden, genauso wie bei der Befreiung von der EEG-Umlage und so weiter. Das sind alles kleinere Posten, ist klar, aber dort ist überall etwas möglich. Das sind kleine Stellschrauben, an denen man drehen kann. Man kann nicht immer nur sagen, der Bund soll dies und jenes tun, wir sind ja hier im Landtag und nicht im Bundestag.

Aufbau von Smart-Grid ist vielleicht auch noch ein Thema, das man auf Landesebene befördern könnte, sodass man, wenn man jetzt die Windräder hat, dann auch diese Verbindung Erzeugung/Verbrauch, dass man das besser koppelt,

(Thomas Krüger, SPD:
Das haben wir ja auch gesagt.)

dass man da vielleicht Kosteneinsparungen hat. In der letzten Debatte haben Sie es auf alle Fälle gesagt, ich sage es mal so. Das sind eben so kleine Stellschrauben, an denen man drehen kann, wenn man sich jetzt in dem Zielbereich bewegt, dass die Landesregierung sagt, okay, wir wollen die CO₂-Emissionen tendenziell senken auf längere Sicht. Nur innerhalb dieses Rahmens habe ich mich jetzt bewegt, ich habe hier weder von Klimawandel noch von sonst was gesprochen, sondern nur über Landesthemen.

Einen Punkt möchte ich allerdings noch hinzufügen, der jetzt nicht nur in Landeskompetenz liegt. Wir geben – man kann sich darüber streiten, je nachdem, wie man die Kosten abgrenzt – 30/40 Milliarden jährlich für die Energiewende aus. Der eine sagt, das ist 1 Milliarde mehr oder weniger. Das ist eine Abgrenzungsfrage. Aber was für einen Nutzen bei der Senkung der Treibhausgasemissionen haben wir denn davon? Es wäre doch eigentlich zielführender, dieses Geld zu nehmen, es nach Brasilien, Südafrika oder Indien zu schicken, dort in Energieeinsparungen zu investieren, dann würden Sie ja einen viel größeren Rückgang bei den CO₂-Emissionen erreichen, als wenn Sie das hier machen.

(Thomas Krüger, SPD: Das heißt, sie dürfen sich nicht entwickeln.)

Energieeinsparungen, Herr Krüger, zum Beispiel. Man kann alte Kraftwerke durch neue ersetzen, man kann in Energiesparmaßnahmen investieren. Dort wäre der Grenznutzen dieser 30 bis 40 Milliarden doch viel größer, als wenn man das in Deutschland macht, wo ohnehin alles relativ modern ist, oder in Europa macht. Da stellt sich bei mir so die Frage ...

(Horst Förster, AfD:
Was man wirklich will, ja.)

Das ist so ein bisschen unglaublich. Sie müssten doch eigentlich versuchen, mit möglichst wenig Ressourcen einen möglichst großen Effekt auf die Senkung der Treibhausgasemissionen zu erzielen. Jetzt versuchen Sie das aber ausgerechnet in Deutschland.

(Thomas Krüger, SPD: Das heißt, die AfD empfiehlt uns, dass wir die Millionen ins Ausland transferieren?)

Wenn man ...

Sie sagen, Sie wollen Treibhausgasemissionen weltweit senken, weil das sonst negative Auswirkungen auf das Klima hat, auf die Menschen, auf die Wirtschaft, auf alles Mögliche. Wenn das Ihr Ansinnen ist, dann müssten Sie doch selbst auf diese Idee kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich habe Ihnen das nur als Anregung gegeben, das ist doch jetzt gar nicht böse gemeint.

(Thomas Krüger, SPD: Ich bin nicht böse.)

Nee, aber das ist eben so. Wenn Sie Ihre eigenen Ziele so sehen,

(Thomas Krüger, SPD: Ich will das nur verstehen.)

dann müssten Sie das zumindest in Erwägung ziehen und darüber mal nachdenken, ob Sie das vielleicht so machen wollen in Zukunft, ob wir jetzt die zwei Prozent, den zweiprozentigen Anteil Deutschlands an den Treibhausgasemissionen senken oder ob vielleicht der Grenznutzen von derartigen Investitionen anderenorts viel größer ist. Das würde doch Ihrer Argumentation wesentlich mehr Glaubwürdigkeit verleihen, wenn Sie so verfahren würden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich habe Ihnen nur,

(Thomas Krüger, SPD: Ich verstehe Sie doch.)

im Rahmen Ihrer postulierten Ziele Ihrer Fraktion

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

habe ich Ihnen nur erzählt, was ich an Ihrer Stelle, wenn ich so agieren will, für sinnvoll halten würde, aus Ihrer Sicht.

(Thomas Krüger, SPD: Jaja, ich höre es doch!)

Kann man mal machen.

Also gut, wir haben jetzt hier ein paar Punkte, also die Befreiung von den Umlagen bei einigen Unternehmen, die nur lokal agieren, vielleicht aufheben – hat der Minister ja auch selbst gesagt, dass er darüber nachdenkt –, dann eben schauen, ein Moratorium für den Windausbau, bis wir beim Netzausbau und bei den Speicherkapazitäten weiter sind, und gegebenenfalls mal schauen, ob man mehr in Smart-Grid investiert. Das ist vielleicht dann, da kann das Land nur einen Anstoß geben, es soll nicht selbst investieren, das wäre ja Quatsch, aber man kann natürlich dort Anstöße geben, weil nicht, dass wieder einer sagt, wir machen hier keine Vorschläge für Mecklenburg-Vorpommern. Ich denke, das ist ja alles lokal regelbar, die von mir genannten Punkte. Deshalb verstehe ich auch die Aufgeregtheit der Diskussion nicht so ganz. Man kann sich doch mal ganz neutral über so was unterhalten.

Im Übrigen beantrage ich namentliche Abstimmung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3043. Die Fraktion der AfD hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag „Teure Strompreise: ‚Nein danke!‘ – Entlastung für einkommensschwache Haushalte in Meck-

lenburg-Vorpommern“ auf Drucksache 7/3043 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben, und ich bitte auch darum, keine weitere Bemerkung hinzuzufügen. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer oder die Schriftführerin, die Namen aufzurufen. Bitte.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat und das noch tun möchte?

(Die Abgeordneten Manfred Dachner und
Patrick Dahlemann werden nachträglich
zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Weitere Begehrlichkeiten sehe ich nicht. Dann schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 13.14 Uhr

Wiederbeginn: 13.16 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und gebe das Abstimmungsverhalten bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 58 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 12 Abgeordnete, mit Nein stimmten 42 Abgeordnete, 4 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3043 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kinder- und Jugendförderungsgesetz umgehend novellieren, auf Drucksache 7/3054.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Kinder- und Jugendförderungsgesetz
umgehend novellieren
– Drucksache 7/3054 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Bernhardt.

(Die Abgeordnete Jacqueline Bernhardt
spricht bei abgeschaltetem Mikrophon.)

Oh, Entschuldigung! Entschuldigung, Frau Abgeordnete. Jetzt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Gestatten Sie mir vorab eine Bemerkung, bevor wir zu dem Antrag kommen.

Professor Dr. Weber unterstellte mir eine Lüge. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Mein Zwischenruf vorhin bezog sich auf Ihre Aussage, Herr Weber – jetzt ist er nicht da –, dass die AfD in ihrem Wahlprogramm die kostenfreie Kita gefordert hätte. „Kita“ ist die Abkürzung für „Kindertagesstätten“ und bedeutet nach unserem KiföG die Altersgruppe Krippe/Kindergarten/Hort. In Ihrem Wahlprogramm fordern Sie lediglich den kostenfreien Kindergarten. Insofern ist es keine Lüge, die ich hier dargestellt habe, sondern es ist eine Richtigstellung.

(Jörg Kröger, AfD:
Das ist eine dogmatische Debatte,
wie es so schön neudeutsch heißt.)

Es ist keine dogmatische Debatte.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Herr Professor Weber ist Jurist und müsste das selber konkret wissen. Ich werde diesen Vorgang prüfen lassen.

Doch nun zum Antrag. Kinder und Jugendliche sollen gesund und chancengleich aufwachsen, sie sollen umfassend gefördert und auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben bestmöglich unterstützt werden, damit sie zu mündigen Erwachsenen werden. Zur vorprofessionellen Begleitung und Unterstützung der Heranwachsenden gibt es die Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit, kurzum, die Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendhilfe im Land. Engagierte Fachkräfte kümmern sich im schulischen, im außerschulischen Bereich in frei zugänglichen Räumen für Kinder und Jugendliche um ihre Belange und unterstützen sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Ich denke, da sind wir uns alle einig, dass die soziale Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unerlässlich ist. Sie sollte präventiv, niederschwellig, wohnortnah und bedarfsgerecht sein.

Problemlagen, Kosten, Bedarfe und Strukturen im Land haben sich in den letzten Jahren verändert und sind komplexer geworden, nicht jedoch die gesetzliche Grundlage und die Landesförderung, das Kinder- und Jugendförderungsgesetz vom 7. Juli 1997, welches definiert, was bei Kinder- und Jugendarbeit konkretisiert wird, und die Aufgaben. Es beschreibt nicht nur die Aufgaben, sondern es sieht daneben auch in Paragraph 6 den Umfang der Förderung aus Landesmitteln vor, und hier, muss man einfach feststellen, ist Stagnation seit 21 Jahren eingetreten. Seit über 20 Jahren wurde das Kinder- und Jugendförderungsgesetz nicht angepasst.

Die dazugehörige Jugendförderungsverordnung regelt die Landesförderung, welche dann durch kommunale Mittel ergänzt wurde. Bis heute wurde die Höhe der Landesförderung pro Jugendlichen nicht an die Preissteigerungsrate der letzten zwei Jahrzehnte angepasst. Die kommunalen Mittel steigen um ein Vielfaches an. Es ist den Mitgliedern in den Kreistagen und in den Stadtparlamenten zu danken, dass sie den Willen haben, die Kinder- und Jugendarbeit in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern und nicht wie das Land in Stagnation zu verharren. Im Land ist es lediglich gelungen, eine Umstellung der D-Mark auf den Euro im Jahr 2002 hinzubekommen. Damit hat faktisch eine Verringerung der Landesförderung stattgefunden.

Die mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 eingeführte Dynamisierung von 2,3 Prozent hilft da wenig, um die so

entstandene Lücke aufzufangen. Welche Auswirkungen das hat, stellten uns gerade in dieser Woche die Vertreter der Landkreise, des Landkreistages, des Kommunalen Sozialverbandes und die LIGA der freien Träger dar. Ihr Fazit war: Es erfolgt keine Kinder- und Jugendarbeit nach dem Bedarf, sondern allein nach Kassenlage. Und dass die Kassenlage der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern schief ist, das wissen wir alle.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Deshalb fordern wir abermals die Novellierung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes, die Anpassung der Verordnung, und mit ihr die Erhöhung der Landesförderung. Die Fraktion DIE LINKE thematisiert das seit Jahren hier im Landtag. 2012 stellten wir den Antrag, die Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig zu sichern. Die Fraktionen SPD und CDU haben diesen Antrag abgelehnt, weil sie keinen Bedarf sahen und, so damals die Argumentation, dies ein Vorgriff auf die Haushaltsverhandlungen sein könnte.

In den Haushaltsberatungen der darauffolgenden Jahre ist dann aber nichts passiert, weder, dass die Koalitionäre eigene Ideen einbrachten, noch, dass sie den Anträgen der LINKEN zu den Haushaltsgesetzesentwürfen diesbezüglich zustimmten, nichts als Ablehnungen. SPD und CDU haben die Erhöhung der Fördermittel für die Haushalte 2014/2015, 2016/2017 und 2018/2019, auch diverse Anträge der Linksfraktion abgelehnt. Abgelehnt wurden auch alle weiteren Anträge zur Verbesserung der Kinder- und Jugendarbeit und Novellierung des KJfG im Landtag, unter anderem im April 2013 und zuletzt im Mai 2018.

Wir fordern heute erneut die Anhebung der Landesförderung, und zwar mit Blick auf den Doppelhaushalt 2020/2021, der gerade in Erarbeitung ist. Lassen Sie mich raten: Sie lehnen heute wieder ab, diesmal mit der Begründung, wir machen schon. Das wissen Sie seit 2016 und passiert ist trotzdem nichts. Wir wissen ganz konkret, was wir wollen, was notwendig ist und wie viel es kostet, und es muss jetzt der politische Wille darüber gefasst werden und entsprechende Maßnahmen müssen eingeleitet werden.

Die Förderung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen des Landesjugendhilfeplans muss mindestens an die Inflationsrate der letzten 20 Jahre angepasst werden. Von bislang 10,22 Euro pro Kopf wollen wir die Erhöhung auf 15 Euro. Insgesamt sind dafür laut Haushaltstitel im Einzelplan 10 für das Jahr 2019 2,28 Millionen Euro eingestellt. Wir fordern eine Anhebung der Mittel auf 3,3 Millionen Euro. Die zusätzliche Förderung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe muss verdoppelt werden. Nur so kann die auskömmliche Finanzierung erreicht und können strukturschwache Regionen mit verlässlichen Angeboten versorgt werden. Von den bislang 5,11 Euro pro Kopf soll die Landesförderung auf mindestens 10,22 Euro pro Kopf angehoben werden. Insbesondere sind in diesem Haushaltstitel für das Jahr 2019 1,14 Millionen Euro eingestellt. Wir fordern eine Verdopplung der Mittel auf insgesamt 2,28 Millionen Euro. Die Dynamisierung muss realistisch an die jährliche Preissteigerungsrate angepasst werden. Erhöht sich die Inflationsrate, muss sich auch die Dynamisierung entsprechend erhöhen.

Zudem entspricht die im Kinder- und Jugendförderungsgesetz zugrunde gelegte Personengruppe der 10- bis 26-Jährigen längst nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Es

ist eben nicht mehr so, dass alle Kinder bis 10 Jahre den Hort besuchen und erst danach in die Jugendklubs gehen, sondern häufig gehen Geschwisterkinder mit den älteren Kindern mit und auch Kinder im Grundschulalter nehmen regelmäßig Angebote nach dem KJfG wahr. Deshalb, sagen wir, muss die Altersgruppe angepasst werden auf 6- bis 26-Jährige. In Mecklenburg-Vorpommern leben derzeit 56.000 Kinder zwischen 6 und 10 Jahren. Werden sie vollumfänglich bei der Landesförderung nach dem KJfG mitberücksichtigt, fallen jährlich zusätzliche Kosten in Höhe von circa 1,4 Millionen Euro für die zuvor genannten Haushaltstitel an. Alles zusammen, die Erhöhung der Pauschalen und die Erweiterung der Altersgruppe, kostet nach unseren Berechnungen 3,7 Millionen Euro mehr. Das muss sich aus unserer Sicht im nächsten Doppelhaushalt widerspiegeln, doch zuvor ist erst mal die Anpassung des Gesetzes notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Antwort auf meine Kleine Anfrage „Kinder- und Jugendförderung in Mecklenburg-Vorpommern“ vom 15. Februar 2018 hieß es von der Landesregierung, dass das Land die Landkreise und kreisfreien Städte in der Wahrnehmung der Aufgabe der Prüfung und Evaluierung der Kosten „durch die Bereitstellung von Finanzmitteln und durch einen regelmäßigen fachlichen Austausch“ unterstütze. „Gegenstand dieses Austausches ist auch die Auskömmlichkeit der Finanzmittel beziehungsweise deren bedarfsgerechter Mitteleinsatz“, so heißt es in den Antworten der Landesregierung.

Problem erkannt, Problem gebannt? – Leider nein. Die Auskömmlichkeit ist nach wie vor nicht gegeben. Das zeigen die Beschlüsse der verschiedenen kommunalen Körperschaften der Landkreise und kreisfreien Städte. Das zeigt aber auch das bereits erwähnte Treffen diese Woche mit Vertretern der Landesinitiative zur Perspektive der Jugend- und Schulsozialarbeit. Dies macht deutlich, dass Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit derzeit nicht bedarfsgerecht gefördert werden, sondern nach Kassenlage der Kommunen. Kreisfreie Städte, Landkreistag und Landesinitiativen machen auf notwendige Verbesserungen der Landesförderung aufmerksam.

Sehr geehrte Damen und Herren von SPD und CDU, die Jugend- und Schulsozialarbeit muss auch strategisch gesichert werden, vor allem mit dem Auslaufen der EU-Fördermittel nach dem Ende der aktuellen Förderperiode 2014 bis 2020, aber auch mit dem nächsten Doppelhaushalt. Die öffentlichen und freien Träger haben sich in einer Landesinitiative aufgemacht und haben uns ihre Vorstellungen diese Woche mitgeteilt, Forderungen, die wir als LINKE unterstützen. Die gesetzliche Verankerung der Schulsozialarbeit, unbefristete Verträge für die Mitarbeiter mit tariflicher Anbindung – die kommunale Familie ist schon auf dem Weg, gemeinsam könnten wir schnellstmöglich zu einer Einigung kommen, um die Missstände endlich zu beenden. Insofern, packen wir das Problem an, stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Frau Drese, bitte schön.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe ist ein wichtiges Thema für mein Ministerium in diesem Jahr. Deshalb ist es gut, dass wir auf Antrag der Linksfraktion heute hier über dieses Thema debattieren. Wir haben als Land ein hohes Interesse an der Jugendarbeit und wollen die Kommunen, insbesondere die Jugendämter, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, was ist die Ausgangslage? In der Vergangenheit ging es vornehmlich darum, die Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit trotz der teilweise dramatischen Einbrüche durch den Geburtenknick nach der Wende, soweit es möglich und finanziell darstellbar war, aufrechtzuerhalten. Jetzt, auch vor dem Hintergrund erfreulicherweise wieder steigender Geburtenzahlen, geht es mir um die qualitative und quantitative Verbesserung in der Kinder- und Jugendhilfe. Erste Pflöcke wurden dazu mit dem Landesdoppelhaushalt 2018/2019 eingeschlagen, zum Beispiel mit der Dynamisierung der Sätze nach der Jugendförderungsverordnung. Übrigens, mit unserer kompletten Kitabetragsfreiheit werden wir demnächst gerade für junge Familien noch attraktiver. Das ist ein echter Standortvorteil, und auch deshalb sollten wir in unseren Planungen davon ausgehen, dass künftig mehr Kinder und Jugendliche gemeinsam mit ihren Eltern ihren Wohnsitz in unserem wunderschönen Bundesland nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist richtig, dass das Kinder- und Jugendförderungsgesetz in die Jahre gekommen ist. Ich sehe hier Handlungsbedarf. Selbst gesteckte Ziele gilt es immer wieder zu betrachten, und natürlich ist zu hinterfragen, ob der einmal festgelegte Weg noch zeitgemäß ist. Die Lebensbedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, unterliegen ständigen gesellschaftlichen Veränderungen. Deshalb wollen und werden wir das Gesetz und die dazugehörige Verordnung novellieren.

Die signalisierte Unterstützung aus den Reihen der Opposition sehe ich dabei positiv. Ich finde es wichtig, dass ein breites Bündnis auch hier im Landtag hinter der Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe steht. Neben der Förderung der freien Jugendhilfe unterstützt das Land die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, um sie in ihren Aktivitäten zur Anregung und Förderung der freiwilligen Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe zu begleiten.

Und da sind wir natürlich schnell bei der Landesförderung pro Kopf. Ich sage hier ganz deutlich, dass ich die Fördersätze des Landes in Höhe von 5,11 Euro beziehungsweise 10,22 Euro für die öffentlichen und privaten Träger anheben möchte, denn natürlich sind die Personalkosten ebenso kontinuierlich gestiegen wie die Komplexität der Jugendarbeit.

(Patrick Dahleemann, SPD: Sehr richtig!)

Hierzu möchte ich beispielsweise auf die Veränderung im Bereich der Medien, die hohe Bedeutung sozialer Netzwerke und die dafür erforderliche Medienkompetenz, die Fachkräfte haben müssen, hinweisen. Hinzu kommt,

familiäre Problemlagen spielen immer häufiger auch in der Jugendarbeit eine Rolle. Kinderarmut und die Folgen hinsichtlich gesellschaftlicher Teilnahme und Teilhabe ist eine dauerhafte Herausforderung für alle im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Akteure.

Gerade an diesem Punkt wird deutlich, Kinder- und Jugendarbeit hat natürlich auch viel mit sozialen Wohnmilieus zu tun. Die soziale Segregation hat in unseren beiden Großstädten des Landes seit der Wende immer weiter zugenommen, mit Folgewirkungen für die Jugendarbeit vor Ort. Da geht es dann oft auch um ganz praktische Probleme, etwa um gute Träger, die sich diesen sozialen Problemen in geeigneter Weise stellen können und stellen wollen. Auch die kulturellen Herausforderungen in einigen Kommunen im Zusammenhang mit erhöhter Zuwanderung sind vielerorts neue, nicht selten kostenintensive Arbeiten in der Jugendarbeit, die sie nach sich ziehen. Ländlich geprägte Regionen mit wenigen Kindern und Jugendlichen haben wiederum ganz andere Herausforderungen zu bewältigen.

Sie sehen bereits an dieser unvollständigen Aufzählung, das Aufgabenspektrum ist groß. Das haben wir im Blick, wir wollen uns der Verantwortung stellen, zum Beispiel mit der Erhöhung der Landesförderung. Allerdings ist es aus meiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt wenig sachgerecht, über Beträge zu sprechen. Dafür ist es noch zu früh. Dafür sollten die bevorstehenden Beratungen zum neuen Doppelhaushalt des Landes genutzt werden. Und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich werden hierzu weiterhin die Gespräche auch mit den Landkreisen und kreisfreien Städten suchen, bevor es zu Festlegungen kommt. Denn, und das blendet der Antrag völlig aus, eine erhöhte Landesförderung führt zu einer angemessenen Erhöhung des kommunalen Eigenanteils für die Kinder- und Jugendarbeit. Wir sind darüber im Dialog und werden das nicht von oben herab bestimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein novelliertes Kinder- und Jugendförderungsgesetz und eine neue Jugendförderungsverordnung werden aber selbstverständlich nicht nur finanzielle Aspekte umfassen. Wir werden das KJfG auch inhaltlich novellieren, das heißt, wir machen das Gesetz fit für die Zukunft, indem wir die Kinder- und Jugendarbeit aus der Bedarfsperspektive des Landes für das Jahr 2020 betrachten. Natürlich wird deshalb das Thema Medienkompetenz, aber auch Mediensicherheit darin enthalten sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ebenso wird es Regelungen zum heutigen erzieherischen Kinder- und Jugendschutz enthalten sowie zu modernen Möglichkeiten einer möglichst breiten Jugendbeteiligung. Auch hier muss meiner festen Überzeugung nach die Digitalisierung Einzug halten. Gerade im Bereich der Jugendbeteiligung liegen in digitalen Tools sehr große Chancen für die Teilnahme und Teilhabe junger Menschen.

Vielleicht das Wichtigste wird aber die Fachkräftesicherung beziehungsweise Fachkräftegewinnung sein, um mit attraktiven Arbeitsbedingungen Menschen in unserem Land zu ermutigen, sich weiterhin dieser bedeutsamen Aufgabe zu stellen, denn ohne qualifiziertes und motiviertes Personal nutzen die besten Pläne nichts. Auch deshalb hat mein Ministerium beschlossen, in diesem Jahr in Kooperation mit unserem hoch angesehenen Zentrum für

Praxis und Theorie der Jugendhilfe e. V. Schabernack Ende August einen großen Kinder- und Jugendhilfekongress zu veranstalten. Auch das, meine Damen und Herren, ist ein deutliches Signal, die Kinder- und Jugendhilfe im Land gemeinsam mit den Kommunen, Trägern und Fachkräften weiterzuentwickeln.

Deshalb lehne ich den Antrag der Linksfraktion nicht in der Sache ab. Ich habe aber begründet, warum ich das darin vorgeschlagene Verfahren und die bereits festgelegten Beträge der Landesförderung nicht zielführend finde. Ich möchte gern die Novellierung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes mit den Beratungen zum neuen Doppelhaushalt verzahnen. In diesem Rahmen werden wir noch ausreichend Gelegenheit haben, viele Gespräche und Diskussionen auch in diesem Hause dazu zu führen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Landsleute und Gäste! Die Fraktion DIE LINKE hat erneut einen Antrag ins Plenum eingebracht, der bereits letztes Jahr Gegenstand der parlamentarischen Debatte war. Grundlegend ist festzuhalten, das Kinder- und Jugendförderungsgesetz ist tatsächlich schon aus dem Jugendalter herausgekommen und wurde vor über 20 Jahren überarbeitet. Das sieht nach einem Bedarf aus.

Schauen wir aber nun auf die Forderungen der Fraktion DIE LINKE. Sie behaupten per se, die Beteiligung des Landes decke weder die Bedarfe an der Kinder- und Jugendarbeit, noch stelle sie eine auskömmliche Finanzierung dieser in Mecklenburg-Vorpommern dar. Sie haben dazu auch einen konkreten Forderungskatalog im Antrag präsentiert, genau wie letztes Jahr in der Debatte.

Doch, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, so gut gemeint diese Forderungen auch sein mögen, wiederholen Sie lediglich die Forderungen aus dem letzten Jahr. Wir können ja gerne über eine Erhöhung der einzelnen Pro-Kopf-Beiträge für die Förderung der Jugendhilfe freier Träger, resultierend auch aus Preissteigerungen, sprechen. Das Kriterium, welches an dieser Stelle anzulegen ist, ist, es ist nicht nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren, sondern eher zielgerichtet.

Sie sprechen abstrakt von gesteigerten Bedarfen, die, so klingt es Ihrer Logik entsprechend, finanziert werden müssten. Außerdem erweitern Sie in Ihrem Antrag die Zielgruppe auch auf bis zu 26-Jährige. Wie definieren Sie eigentlich Jugendliche?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist schon jetzt drin. Da müssen
Sie mal reingucken!)

Und Sie schrauben diese von den 10-Jährigen auf die 6-Jährigen herunter.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das
entspricht dem SGB VIII, Bundesgesetz.)

Frau Bernhardt sprach letztes Jahr davon, dass Kinder auch Angebote für Jugendliche nutzten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Mann, muss ich hier noch eine
Rechtskundestunde machen?!)

Das mag da und dort den bestimmten Umständen geschuldet sein.

Schauen wir noch mal auf die Debatte des letzten Jahres und sehen uns die Rolle der Eltern an. Frau Friemann-Jennert sprach letztes Jahr zu diesem Punkt von der Hauptverantwortung der Eltern und einer Stärkung der Elternkompetenz, die in der Koalitionsvereinbarung verabredet wurde und eine dauerhafte Aufgabe in dieser Legislaturperiode sei. Das ist zumindest ein begrüßenswerter Ansatz und das unterstützen wir.

Wir sehen natürlich auch die besonderen Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum. Sicher handelt es sich hier stellenweise um strukturschwache Regionen, aber die jeweiligen Kommunen wissen doch am besten, welcher Bedarf vor Ort bei den Kindern und Jugendlichen besteht. Frau Drese betonte letztes Jahr zu diesem Punkt die Pflege eines engen Kontakts – wie eben auch in ihren Ausführungen – mit den zuständigen Stellen auf kommunaler Ebene. Gleiches gelte für den Landesjugendplan. Gerne hören wir dazu auch mal konkretere Ergebnisse.

Insofern, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, wir stimmen mit Ihnen überein, dass es an der Zeit ist, einem über 20 Jahre alten Gesetz neuen Schwung zu verleihen, aber dieser Schwung ist eher nicht erkennbar, Sie wiederholen lediglich Ihre Forderungen. Das kann von keinem Erfolg gekrönt sein. Auch wenn die Ministerin signalisiert hat, dass sie da auch, ich sage mal, Überschneidungen sieht, hat sie ja im Ergebnis gesagt, dass Ihr Antrag so nicht zustimmungsfähig ist. Und Sie haben auch eher noch nicht gefragt, welche Positionen die anderen Fraktionen hier im Hause haben, und kehren in sich, suchen nach inhaltlichen Überschneidungen und kommen für sich zu einem Ergebnis. Diese Chance haben Sie wieder nicht genutzt. Deshalb können Sie auch eher nicht auf die Stimmen anderer Fraktionen bauen und laufen womöglich wieder gegen eine Wand.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die AfD verfolgt einen ganz anderen Ansatz. Für uns ist die Familie mit Vater, Mutter, Kindern und der älteren Generation das Fundament unserer Gesellschaft.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

In ihr werden Werte und kulturelle Identität, Heimatliebe, Gemeinschaftssinn und Solidarität gestiftet. Aus ihr erwächst die Kraft, für die eigene Zukunft und die des ganzen Landes zu sorgen. Erst nachdem es nicht gelungen ist, starke Familien, starke Kinder und Jugendliche heranzubilden, aus denen starke Bürger in starken Kommunen werden, dienen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Ergänzung und Hilfe. Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! DIE LINKE stellt hier zum wiederholten Male einen Antrag zur Kinder- und Jugendförderung im Landtag. Das letzte Mal haben Sie das im Mai 2018 getan. Uns allen sind die Probleme bekannt, die Sie in diesem Bereich sehen, die Sie, zum Teil auch wir sehen, und deshalb wird doch auch demnächst mit der Überarbeitung des Gesetzes begonnen.

Wir wissen auch, was in gewisser Weise drängt. Sie wissen, dass Ende dieses Jahres eine Überarbeitung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes ansteht. Vor diesem Hintergrund wird Ihr Antrag eigentlich nur noch unverständlicher, denn, Frau Bernhardt, Sie und auch natürlich Herr Koplin waren in der letzten Woche im Sozialausschuss doch zugegen, als Frau Ministerin Drese die aktuellen Vorhaben für das laufende Jahr vorgestellt hat.

Und vielleicht können Sie mir auf die Sprünge helfen. Am Mittwoch waren wir zu einer Veranstaltung geladen, wo die Jugendförderung auf der Tagesordnung stand. Habe ich mich da auf einer Veranstaltung der LINKEN befunden? Da waren wir doch alle zusammen. Ja.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, natürlich, habe ich doch gesagt.)

Nein, das habe ich so verstanden,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nein!)

als wenn das Ihre Veranstaltung gewesen wäre.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Aber gut, okay.

Also eine besondere Aufforderung hier in Form eines Antrages von Ihrer Seite stellt sich nicht als notwendig dar. Die Neuerung des KJfG wird kommen und Aktionismus ist nicht angebracht, wenn an komplexen Strukturen gearbeitet werden soll, um diese fit für die Zukunft zu machen. Wir wissen doch, dass die Überarbeitung der Aufgaben, die das Land nach dem VIII. Sozialgesetzbuch erfüllt, eine komplexe Herausforderung darstellt. Insofern bin ich auch auf den angekündigten Kongress gespannt.

Dann fordern Sie einen Zeithorizont für die Vorlage eines Entwurfes bis zum 31. Juli. Ich sehe das als unrealistisch an, und wenn Sie dann mal auf das Pensum schauen, das wir zu beackern haben, auch im Sozialausschuss,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wir arbeiten uns noch mal tot hier.)

selbst, wenn wir uns auf absolut Wesentliches konzentrieren würden, ist das doch schon anspruchsvoll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, dafür sind wir
auch hier, um anspruchsvoll zu arbeiten.)

Die Kinder- und Jugendförderung ist ein zentrales und breit gefächertes Steuerungsinstrument des deutschen Sozialstaates. Die Leistungen des VIII. Sozialgesetzbuches umfassen die gesamte Spannweite der in Deutschland lebenden Kinder bis ins junge Erwachsenenalter. Genauso breit ist ja dann auch die Forderungspalette

Ihrerseits von der geringen landesseitigen Förderung nach Jugendförderungsverordnung über die Kinder- und Jugendarbeit in strukturschwachen Regionen oder auch das allseits bekannte Problem der Projektfinanzierung vor allem in der Jugend- und Schulsozialarbeit.

Es ist selbstverständlich, dass wir als CDU-Fraktion unsere Möglichkeiten nutzen und uns im Rahmen der kommenden Neufassung des KJfG als auch im Rahmen der Haushaltsverhandlungen je nach finanziellen Möglichkeiten für den nächsten Doppelhaushalt für Verbesserungen einsetzen werden. Ja, auch wir würden am liebsten das Füllhorn ausschütten. Einige Wünsche werden ja in Erfüllung gehen, haben wir gehört, alles aber keineswegs. Und in Sachen Haushaltsdisziplin unterscheiden wir uns, haben wir gestern auch schon festgestellt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja!)

Wir können, ja, wir müssen zur Kenntnis nehmen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bla, bla, bla!)

dass Bedingungen, mit denen zum Beispiel ESF ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bla, bla, bla!)

Also wenn das für Sie Blabla ist, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, natürlich!)

dann muss ich das hier ja mal ganz deutlich so sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, sagen Sie das ganz deutlich!)

Für Sie ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich meine, es ist jedes Mal die gleiche Leier, die Sie haben!)

Ja, Ihre gleiche Leier wiederhole ich jetzt mal!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Keine Argumente!
Keine Argumente! Immer nur das Gleiche zum Ablehnen und bla, bla, jedes Mal dasselbe!
Wir wollen immer nur das Geld ausgeben.)

Ja, Ihr Blabla hören wir uns auch manchmal

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, schlimm! Schlimm!)

stundenlang an.

(Glocke der Vizepräsidentin –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Schlimm!
Schlimm! Ja, schlimm!)

Also,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

um noch mal auf die ESF-Mittel ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Maika Friemann-Jennert, CDU: ... zu kommen ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment! Einen Moment, Frau Friemann-Jennert!

Ich bitte jetzt auch den Kollegen Ritter, sich etwas zu mäßigen. Jetzt hat das Wort die Abgeordnete.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Bitte, Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Also wir können und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Bedingungen, mit denen zum Beispiel ESF-Mittel vergeben werden, projektgebunden sind. Kann unser Land aber auf diese Mittel verzichten? Nein, das kann es nicht. Bis ins Jahr 2020 beispielsweise ist die Jugend- und Schulsozialarbeit durch die Mittel der Europäischen Union gesichert. Ja, und in diesem Punkt geben wir Ihnen recht, es bedarf einer Einigung über die Finanzierung nach der aktuellen ESF-Förderperiode

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wie auch eines schlüssigen Gesamtkonzeptes für die Schulsozialarbeit in unserem Bundesland. Was macht die Jugend- und Schulsozialarbeit eigentlich, wo werden diese institutionell angesiedelt? Direkt an den Schulen, innerhalb des Einflussbereichs des Bildungsministeriums, oder unabhängig außerhalb? Dazu erwarten wir auch in Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner Vorschläge, mit welchen dieser Problematik Abhilfe geschaffen werden kann. Die Gelder von der EU gilt es weiter zu nutzen. Dass wir sozialpolitische Maßnahmen wie auch andere, beispielsweise für die ländlichen Räume, komplett und dauerhaft aus dem Landeshaushalt aus eigener Kraft finanzieren werden, das bezweifle ich. Im letzten Haushalt 2018/2019 wurden dauerhaft Zuschüsse für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe erhöht. Andere Schritte können mit dem nächsten Haushalt folgen, wie die Erhöhung der Landesförderung von 5,11 Euro auf einen höheren Betrag.

Liebe Kollegen der Linksfraktion, mit diesem Antrag versuchen Sie, der Novellierung des KJfG vorzugreifen. Das können wir nicht mittragen. Wir lehnen diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD, Thomas Krüger, SPD,
und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV –
Peter Ritter, DIE LINKE: Oh mein Gott,
mein Gott, mein Gott!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gestatten Sie mir, dass ich zunächst auf die Ausführungen des Abgeordneten Schneider von der AfD eingehe.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja?)

Also ich möchte nicht mit Ihnen Ihr Familienbild diskutieren, was ich für antiquiert und überholt halte.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Das können Sie gerne so sehen. Das sehen wir anders.)

Ja, das glaube ich Ihnen, sonst hätten Sie das ja hier nicht vorgetragen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Eben.)

Aber was Sie,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

was Sie hier vorzutragen unterlassen haben,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

ist natürlich, was Vater, Mutter, Kind

(Jens-Holger Schneider, AfD: Kinder!)

und eine Familie in dieser Konstellation

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Möglichst Kinder!)

mit Angeboten der Jugendhilfe zu tun haben. Also auch Kinder, die jetzt in solchen Familien großwerden, und gerade, wenn sie im ländlichen Raum leben, brauchen ja in irgendeiner Form eine Infrastruktur, in der sie Freizeit, Geselligkeit, Bildung und dergleichen nachgehen können.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Jugendfeuerwehr zum Beispiel.)

Das machen wir unter anderem hier mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ja, Jugendfeuerwehr zum Beispiel,
Sportverein, Feuerwehr.)

Also insofern war das inhaltlich nicht wirklich zielführend,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Geschenk.)

was Sie uns hier erklärt haben.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Geschenk.)

Jetzt zum Antrag der LINKEN: Also, das kann man heute hier klar sagen, wir haben da Handlungsbedarf. Die Ministerin hat es gesagt und auch von unserer Seite, also vonseiten der SPD-Fraktion, wird das nicht anders gesehen. Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz ist 20 Jahre alt, letztendlich sind die Beträge auch noch nie angepasst worden, sondern man hat sie mal auf Euro umgerudelt, und natürlich muss man hier was machen und man wird das auch nicht mehr auf die lange Bank schieben können.

Wir haben unseren beschlossenen Doppelhaushalt. Ich sage Ihnen, ich sehe es nicht als realistisch an, dass wir im Rahmen dieses Doppelhaushaltes da zu Veränderungen kommen werden, aber es muss unser gemeinsames Ziel sein für den nächsten Doppelhaushalt, hier auf der einen Seite die Zuweisungsbeträge, die wir landesseitig zur Verfügung stellen, zu erhöhen. Ob man jetzt Ihrem Vorschlag folgt und die gleich verdoppelt, das halte ich zumindest für diskussionsbedürftig, weil natürlich ist es

so, dass die kommunale Ebene als Träger der Jugendhilfe – als der Träger der Jugendhilfe! – hier eine maßgebliche Rolle spielen muss, nicht nur inhaltlich, sondern natürlich auch finanziell.

Dann sind wir beim Verfahren. Bei der Verfahrensfrage folgen wir einfach dem, was durch die Sozialministerin hier vorgeschlagen wurde, dass wir gucken, dass wir jetzt einen Schritt nach dem anderen machen, und der nächste Schritt heißt einfach Überarbeitung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes, sowohl inhaltlich als auch das Thema Förderhöhe. Da sind wir im Diskurs mit unterschiedlichen Akteuren, deswegen werden wir heute Ihrem Antrag hier an dieser Stelle nicht zustimmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat noch einmal ums Wort gebeten der Abgeordnete Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Landsleute!

Noch mal kurz zur Erwiderung: Frau Bernhardt, ich habe eben noch mal ins SGB VIII geguckt. Paragraph 7 Absatz 1 Satz 2 definiert, wer Jugendlicher ist. Damit habe ich nichts irgendwie Unklares gesagt, sondern deutlich, was es ist. Jugendlicher ist, „wer 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist“. Deswegen die Frage an Sie, wie Sie das definieren.

Und wo ist Herr Heydorn? Da steht er. Wir setzen da auf Selbstorganisation, in Jugendfeuerwehren zum Beispiel, in Sportvereinen,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Die brauchen auch Geld.)

in Heimatvereinen ...

Ja, das ist völlig richtig, aber wir sehen eher staatliche Intervention nur dort als geboten an, wo sie wirklich das letzte Mittel sein soll.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Was heißt hier „staatliche Intervention“?)

In erster Linie geht es uns darum, dass Leute ihre Angelegenheiten selbst organisieren sollen. Wir sind eine Partei, die sich für bürgerliche Freiheiten starkmacht.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Null Ahnung!)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort die Abgeordnete Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Wissen Sie, sehr geehrte Herren von der AfD, ich bin es langsam leid, Sie heute ständig über Gesetzlichkeiten aufklären zu müssen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja!)

erst über das KiföG, was Kindertagesstätten sind,

(Christoph Grimm, AfD: Was hat das mit dem Gesetz zu tun?)

jetzt zum SGB VIII, Herr Schneider.

(Christoph Grimm, AfD: Das ist nur Semantik. – Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Sie müssten schon mal ein bisschen weiterlesen. In Paragraf 7 Absatz 1 Nummer 4 ist beschrieben, was ein „junger Mensch“ ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Davon war ja nicht die Rede.)

Das ist, wer das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Dann schauen wir ins KJfG und von welcher Personen-
gruppe dort die Rede ist,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und das sind „junge Menschen“ und nicht „Jugendliche“.

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

Das könnten Sie sich vielleicht mal untereinander vorher erklären

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und hier fachlich versiert auftreten

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sagen Sie doch einfach mal, Sie haben was Falsches gesagt, dann ist es ja gut.)

und nicht so etwas hier erzählen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Fragen Sie mich bitte nicht, wo die Altersgrenzen her-
kommen, lesen Sie die Gesetze!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD
und Torsten Renz, CDU)

Das wäre schon ein wichtiger Fortschritt für uns hier im
Landtag.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Was ich ebenfalls nicht verstehen kann, Herr Schneider,
den Ansatz, der hier immer wieder vertreten wird, wir
müssten vorher auf Sie zugehen.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Christoph Grimm, AfD)

Wissen Sie, Ihre Rede war so inhaltsleer und ohne Lö-
sungsansätze, dass es sich aus unserer Sicht überhaupt
nicht lohnt, auf Sie zuzugehen, weil Sie sowieso nicht
wissen, was Sie bei dem Thema wollen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ach so?! Habe ich Ihnen doch erklärt.)

Insofern, wieso sollten wir jetzt auf Sie zu gehen? Außer-
dem ist das hier der Ort der Debatte, die Landtagssit-
zung, beziehungsweise sind es die Ausschüsse,

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

wo wir das gerne diskutieren können, aber nicht, dass wir
schon vorher auf Sie zugehen müssen oder auf andere
Kollegen, sondern hier findet die Debatte statt, wo es
öffentlich für die Menschen ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD: War ja nur ein kleiner Hinweis.)

Insofern möchte ich den Antrag zurückweisen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, tun Sie das.)

ich müsse Sie vorher fragen. Nein, das ist nicht so!

(Peter Ritter, DIE LINKE: So weit kommts
noch! – Jens-Holger Schneider, AfD: Nicht zugehört, Frau Bernhardt.)

Dann sagten Sie, wir haben da sowieso keinen Erfolg.
Ich muss Ihnen sagen, doch, unser jahrelanges Drängen,
gemeinsam mit den Akteuren vor Ort, bringt etwas. Wir
haben heute von Frau Drese gehört – und da freue ich
mich –, dass wir uns auf den Weg machen, das KJfG
endlich zu novellieren,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Das haben wir auch letztes Jahr
schon gehört und vorletztes Jahr!)

nach über 20 Jahren, und das werde ich als Erfolg

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

auch von meiner Fraktion,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

dass wir hier ständig auf dieses Thema hinweisen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

gemeinsam mit den Akteuren vor Ort.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dann, um mich ein bisschen wieder runterzufahren, zu
Frau Drese,

(Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese)

wie gesagt, in der Sache finde ich gut, dass Sie sozusagen
qualitativ und quantitativ die Kinder- und Jugendar-
beit in Mecklenburg-Vorpommern voranbringen wollen
und dass Sie sozusagen das KJfG überarbeiten. Sie
hatten gesagt, Sie sind mit unseren Vorschlägen nicht
ganz einverstanden. Man kann immer unterschiedlicher
Meinung sein, deshalb würde ich beantragen, für meine
Fraktion, dass wir unseren Antrag in den Sozialaus-
schuss überweisen, um dann gemeinsam die Forderun-

gen, die wir gegenseitig haben, besprechen zu können und auch gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen, denn ich sehe die Gefahr, dass es sonst nicht vorangeht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich glaube, das wird nichts mit der Überweisung.)

Nachdem die Landesregierung in den vergangenen Jahren, konkret beispielsweise 2017 schon bei Schabernack, angekündigt hatte, das KJfG zu novellieren, kam jahrelang nichts, weshalb wir uns dann in der Pflicht sahen, am 9. Januar 2019 erneut diesen Antrag einzubringen.

Und, Frau Friemann, insofern stimmt es einfach nicht, was Sie hier darstellen, dass wir es schon im Sozialausschuss letzte Woche gewusst hatten. Am 16.01. fand der Sozialausschuss statt, wo Frau Ministerin uns den Gesetzgebungsplan vorgestellt hat. Der Antragsschluss war am 9. Januar, woraufhin wir unseren Antrag eingegeben hatten, und auch erst danach war, nach Antragseinreichung,

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Das ist eine Ausschussdrucksache.)

in der Presse zu lesen

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

vonseiten des Sozialministeriums ...

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Das stimmt nicht, was Sie gerade behaupten.)

Frau Friemann-Jennert, Sie können gern noch mal hier vorkommen, dann kann ich ja noch mal darauf eingehen.

(Heiterkeit bei Maika Friemann-Jennert, CDU:
Nein, das muss ich jetzt einfach mal direkt so sagen.)

Doch, es stimmt.

Seit Mitte Januar hieß es dann vonseiten des Sozialministeriums im Sozialausschuss, in der Presse und auch heute hier, dass Frau Drese zum Ende des Jahres 2019 das KJfG novellieren möchte. Späte Einsicht, aber endlich wird das KJfG angepasst. Das ist sozusagen unser Wunsch gewesen, das, was wir seit Jahren gefordert haben. Aber ich wurde heute auch gleich wieder in der Diskussion sozusagen in meiner Euphorie gebremst durch den Redebeitrag von Herrn Heydorn, der in Aussicht gestellt hat, dass es nicht zum Doppelhaushalt 2020/2021 wird, was ich einfach nur schade finde, weil jetzt vor Ort in den Kommunen, in den Landkreisen, in den kreisfreien Städten die Probleme bei der Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit da sind. Das jetzt noch weiter zu verschieben auf 2022, ist einfach unverantwortlich, wie ich finde.

Und ich möchte das auch belegen. Wir finden, dass Sie sich nicht weiter verschließen können gegenüber dem Druck aus den Landkreisen und kreisfreien Städten, unter anderem von Schwerin oder dem Landkreis Ludwigslust-Parchim, wo entsprechende Beschlüsse mehrheitlich gefasst wurden. Darin wird das Sozialministerium gebeten, die Landeszuschüsse gemäß Paragraph 6 KJfG in Verbindung mit der Kinder- und Jugendförderungsver-

ordnung zu überprüfen. Ziel ist es einfach, die Fördersummen zu erhöhen.

Beispielsweise im Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, UB in der Stadtvertretung Schwerin im Oktober 2018 wird die Forderung unter anderem damit begründet, dass der kommunale Zuschuss bereits jetzt bei deutlich mehr als 60 Euro liegt. Ich zitiere aus der Antragsbegründung: „Das belegt ebenfalls, dass die Landesförderung in keiner Weise mehr als sachgerecht einzustufen ist. Das gilt auch für Schwerin, wo die Entwicklung der vergangenen Jahre im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit besorgniserregende Züge angenommen hat.“ Zitatende. Schon jetzt also besorgniserregende Zustände, was uns aus den Stadtvertretungen, aus den Landkreisen heraus gespiegelt wird, und Sie wollen sozusagen weiterhin warten bis 2022?! Das halte ich einfach für unverantwortlich. Wir sollten jetzt für den nächsten Doppelhaushalt die Zeichen setzen und entsprechend das KJfG anpassen.

Insofern appelliere ich noch mal an Sie, stimmen Sie dem Antrag zu beziehungsweise auch der Überweisung in den Ausschuss, wo wir uns noch mal verständigen könnten zu den konkreten Forderungen, zu einer Einigung kommen könnten und schon im Doppelhaushalt 2020/2021 entsprechende Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendhilfe schaffen könnten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3054 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der AfD, ansonsten Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3054. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. Dem Antrag zustimmen? –

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der
SPD und AfD – Torsten Renz, CDU:
Zustimmen! Zustimmung! –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD –
Jens-Holger Schneider, AfD: Meine Herren! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Gegenprobe. –

(Torsten Renz, CDU:
Seid ihr nun dafür oder nicht?)

Danke schön.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Stimmenthaltungen? –

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3054 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Gegenstimmen aller anderen Fraktionen im Hause abgelehnt.

Vereinbarungsgemäß, meine sehr geehrten Damen und Herren, rufe ich den **Zusatztagesordnungspunkt** auf: Aussprache gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Aufklärung über gewinnorientierte Sondervergütungen von Vorstandsmitgliedern der Universitätsmedizin Rostock“, auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

**Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT
zum Thema
Aufklärung über gewinnorientierte
Sondervergütungen von Vorstandsmitgliedern
der Universitätsmedizin Rostock**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Es ist eben gesagt worden, dieser Tagesordnungspunkt ist aufgesetzt worden im Wege der Dringlichkeit. Die Mehrheit des Hauses hat auf Dringlichkeit plädiert und dennoch gibt es sehr unterschiedliche Motivationen, diese Debatte hier durchzuführen. Wir als Linksfraktion wollen Aufklärung über gewinnorientierte Sondervergütungen für Vorstandsmitglieder der Universitätsmedizin Rostock. Eine solche ist wichtig, denn es muss ausgeschlossen sein, dass klingende Münzen in den Geldbeuteln verantwortlicher Krankenhauschefs die medizinische Behandlung vertrauensvoller Patientinnen und Patienten beeinträchtigen. Es muss klar sein, Gesundheit darf keine Ware sein.

Die SPD meint, in dem Thema heute und den seit einem Jahr debattierten Geschehnissen um die Unimedizin Rostock – zumindest klang es bei Herrn Schulte am Mittwoch dieser Woche so an – Missverständnisse zu sehen. Es ist nur konsequent, diese dann ausräumen zu wollen. Insofern ist es gut, dass Sie hier auch auf Dringlichkeit votiert hatten. Für die AfD ist es kein dringliches Thema, wie wir erfuhren. Sie folgt nur widerstrebend dieser Debatte, was nicht wundert, interessiert sie sich doch für die Belange großer Kapitalgesellschaften mehr als für die Nöte und Sorgen der einfachen Menschen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist doch albern.)

Aber in der Tat, vielleicht sehe ich das falsch

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sehr!)

und die Diskussion wird etwas anderes zeigen, denn ich habe mich vorhin sehr gewundert, um nicht zu sagen, mich trat ein Pferd: Während wir noch zu einem anderen Tagesordnungspunkt diskutierten – wir sehen ja in diesem Rund immer ganz gut, wer was macht, wer mit wem

redet –, sehe ich Frau Ministerin Hesse hier hinten rum zu Herrn Dr. Jess gehen und ...

(Andreas Butzki, SPD:
Aber der war auch bei Ihnen.)

Ja, ja klar. Selbstverständlich will man miteinander reden.

... sie übergibt ihm eine Rede. Ich denke, das kann doch nicht wahr sein, gehe also zu Herrn Dr. Jess und frage, Herr Dr. Jess, ist das die Rede der Ministerin für nachher, und er sagt Ja. Da bin ich doch sehr verwundert,

(Jochen Schulte, SPD: Die hätten
Sie auch haben können.)

weil ich mich frage, was werden wir denn nachher hören. Hören wir von der AfD die Position der Ministerin oder von der Ministerin die Position der AfD?

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist unglaublich.)

Und wie steht es eigentlich mit Loyalität?

(Jochen Schulte, SPD: Jetzt
sagen Sie uns mal Ihre Position,
die wir jetzt gern hören würden!)

Also es ist ganz interessant, was hier so abläuft. Ich halte das für hanebüchen, muss ich mal so sagen.

Aber um beim Text zu bleiben,

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Ja, guter Vorschlag! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

es geht letztendlich um dieses Thema. Sie haben ja schon vorgelegt und haben gesagt, eigentlich sind gewinnorientierte Sondervergütungen von der PDS schon 2001 mit dem Landshaushaltsgesetz eingefädelt worden. Dazu muss ich Ihnen Folgendes sagen: Also 2001, wenn es um die Wirtschaftlichkeit ging, ist nur nachvollzogen worden, was seit 1972 zu Brandts Zeiten, als das Krankenhausfinanzierungsgesetz des Bundes eingeführt oder beschlossen wurde, festgeschrieben wurde.

(Jochen Schulte, SPD: Ich hätte
jetzt mit 1880 angefangen.)

Wir haben damals nachvollzogen, und Wirtschaftlichkeit ist im Übrigen nicht die Aufforderung, Gewinn zu machen, Wirtschaftlichkeit ist die Aufforderung, keine Verluste zuzulassen.

Angesichts der von einem Vorstandsmitglied zur Verfügung gestellten Zielvereinbarung, aus der hervorgeht, dass ab Erreichen eines in Geldeinheiten definierten wirtschaftlichen Ziels zusätzliches Geld winkt, ist es gerechtfertigt, bestimmte Praktiken der Vergütung an der Unimedizin Rostock genauer zu hinterfragen. Die erste Frage ist ganz einfach: Gab es bei Erreichen eines finanziellen Ziels für die Vorstandsmitglieder mehr Geld oder nicht? Die Antwort lautet Ja.

Die zweite Frage lautet: Ist es berechtigt, wenn die Linksfraktion von Sondervergütungen spricht oder handelt es sich um den von der Landesregierung gebrauchten Be-

griff der variablen Gehaltsbestandteile? Die Antwort lautet: Die Linksfraktion hat recht, denn reguläre variable Gehaltsbestandteile werden von vornherein in die Personalkosten der Jahresplanung eingepreist, denn sie können ja fällig werden, die hier in Rede stehenden Zahlungen jedoch nicht.

Das beweist allein schon die Aussage des Staatssekretärs Schröder in der heutigen „Ostsee-Zeitung“, in der er ausführt: „2017 war die Erwartung zu dem Zeitpunkt bereits erfüllt, als die Vereinbarung geschlossen wurde. Hätten wir wieder 240.000 Euro genommen, wäre kein Anreiz da gewesen, das Ergebnis zu halten.“ Zitatende. Einmal abgesehen davon, dass es nicht um 240.000 Euro, sondern final um ein Plus von 3,6 Millionen eingepreister Summe ging, Millionen ging, wird deutlich, dass es sich um eine zuvor nicht eingepreiste Summe, also um zusätzliche Zahlungen nach gesonderten Kriterien ging. Was ist das anderes als eine Sondervergütung, sehr geehrte Damen und Herren?

Die dritte Frage lautet: Ist es korrekt, von Gewinnorientierung zu sprechen, wo es doch um Jahresüberschüsse gehen müsse? Darauf werde ich noch eingehen, denn der Begriff „Jahresüberschuss“ ist aus der Buchhaltung und streng normiert, während der Begriff „Gewinn“ vom jeweiligen Definitionszweck abhängt.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist richtig.)

All das zeigt, wie komplex und brisant zugleich die Geschehnisse an der Universitätsmedizin Rostock geworden sind. Vor einem Jahr beschäftigte den Landtag die schlichte Frage nach einzelnen Nebentätigkeiten von einzelnen Vorständen an der Universitätsmedizin Rostock. Heute geht es um das Handeln von Vorständen in einem System von Gewinnorientierung an der UMR und die Rolle des Aufsichtsrates und der Landesregierung hierbei. Von einem System darf mit Fug und Recht gesprochen werden, weil die Universitätsmedizin Rostock systematisch auf Gewinn gebürstet wurde.

Ursächlich hierfür sind verschiedene Faktoren: eine allgemeine Ökonomisierung des Gesundheitswesens, schwierige Rahmenbedingungen für Unikliniken – da werden wir, denke ich mal, von der Terpe-Kommission noch einiges auf den Tisch bekommen –, individuelle, finanzielle Anreize für Vorstände und weitere Beschäftigte, die vordringlich auf Wirtschaftsdaten, insbesondere Jahresüberschüsse und letztlich auf Gewinne abzielen, und nicht zuletzt eine mangelnde Investitionsfinanzierung der Landesregierung für Krankenhäuser, die es allen Kliniken schwer macht, zumindest eine schwarze Null zu erwirtschaften. Diese Einsicht hat ja jüngst Gesundheitsminister Glawe an dieser Stelle vorgetragen.

Gewinnorientierung, sehr geehrte Damen und Herren, ist nicht per se etwas Schlechtes. Gewinnorientierung im Gesundheitswesen kollidiert jedoch früher oder später mit dem Anspruch, der Patient steht im Mittelpunkt, ein Anspruch, den die Bildungsministerin im August vergangenen Jahres postulierte und den wir immer unterstützt haben. Wenn von Gewinnorientierung die Rede ist, müssen Erlöse von Erträgen, müssen Erträge von Jahresüberschüssen und Jahresüberschüsse von Gewinnen einerseits begrifflich unterschieden und andererseits in einen Zusammenhang gestellt werden.

Erlöse sind Geldbeträge, die im Ergebnis des Erbringens von Produkten und Dienstleistungen eingenommen werden. Erträge sind die Summe aller wirtschaftlichen Leistungen. Jahresüberschüsse sind die sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergebende positive Differenz aus Erträgen und Aufwendungen in einer Rechnungsperiode. Gewinn ist das ausgewiesene Ergebnis des Überschusses der Erträge über die Aufwendungen und Erträge. Sie lassen sich vor beziehungsweise nach Steuern ermitteln. Im Übrigen – weil das ja immer so in Abrede gestellt wurde – weist die Bilanz der Universitätsmedizin Rostock selbst den Posten Gewinnrücklagen aus. Wenn behauptet würde, da ginge es nicht um Gewinn, dann könnten ja auch keine Gewinnrücklagen entstanden sein.

Weil Jahresüberschüsse der betriebswirtschaftliche Ausweis von Gewinnen sind, stimmt es nicht, dass es an der UMR mit den besagten Zielvereinbarungen lediglich um eine Ertragsorientierung, sondern vielmehr eindeutig um eine Gewinnorientierung ging und geht. Von einer nachhaltigen Gewinnorientierung ist aufgrund der bekannt gewordenen Zielvereinbarung an der UMR auch deshalb zu sprechen, weil mit eben diesen Zielvereinbarungen ein Mechanismus in Gang gesetzt wurde, der auf immer neue und immer höhere Zuschüsse zielt. Nun war heute zwar zu lesen, dass dies nur für 2017 gegolten hat, den Beweis, dass es 2018 aber nicht so war, haben wir nicht vorliegen.

Ich will kurz erklären, warum ich oder warum wir zu dieser Aussage, dass es ein Mechanismus ist, der in Gang gesetzt wurde, kommen. Der Durchschnitt des Jahresüberschusses der vergangenen vier Jahre und der geplanten zwei Folgejahre wird zur Basis für die wirtschaftliche Zielstellung mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern genommen. Die Zielstellung gilt dann als erfüllt, wenn der so ermittelte Jahresüberschuss um mindestens 240.101 Euro bis maximal 3.619.127 Euro überboten wird. Wird die Zielstellung erfüllt, gibt es 50 bis 100 Prozent einer in Aussicht gestellten Sondervergütung. Dass die betreffenden Vorstandsmitglieder ehrgeizig alles daransetzen, das Ziel zu erreichen, liegt in der Natur der Sache. Mit jeder Zielerfüllung steigt so der Durchschnittswert, der wiederum die Basis für die nächste Zielvereinbarung darstellt.

Was ist das anderes als ein Mechanismus der Gewinnmaximierung? Eben das wurde in Interviews bestritten durch die Ministerin im August 2018 und durch den Staatssekretär im Juli 2018 im Fernsehen. Eine Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage vom 17. August 2018 offenbart die mit der veröffentlichten Zielvereinbarung bekannt gewordene Praxis gewinnorientierter Sondervergütungen nicht, weil immer so getan wird, dann hätten wir ja alles wissen müssen. Sie räumen neben der Tatsache, dass es funktional inhaltliche Zielstellungen gab, auch ein, dass es wirtschaftliche Zielstellungen gab. Es wird aber nicht näher definiert, welche.

Dieser Zielstellung im Kontext der Antwort auf die Kleine Anfrage ist zu entnehmen, dass die Zielstellung allein nicht darin bestand, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Dass im Nachgang, was uns jetzt hier zusammenführt zu diesem Tagesordnungspunkt, aber ein ganz anderes Prozedere in Gang gesetzt war, war damals schon bekannt, denn ausweislich dieser Veröffentlichung ist die Unterschrift am 31.03.2017 gesetzt worden. Noch im August 2018 liest sich das aber – Sie können es alles

nachlesen – in der Antwort der Kleinen Anfrage von der Landesregierung ganz anders.

Sehr geehrte Damen und Herren, alle vor uns liegenden Erkenntnisse offenbaren, dass es an der Spitze der Universitätsmedizin Rostock hinsichtlich der Wirtschaftsergebnisse immer und vordergründig um die Erhöhung des sogenannten Case Mix ging, also letzten Endes um eine Fallzahlsteigerung, ohne die Personalkapazitäten anzupassen, weil dann der Gewinn steigt – Erlös steigt, Kosten bleiben gleich. Folgerichtig wurde auf die Erhöhung der einträglichen Fälle bei gleichzeitigem Abbau der Personalkosten und der Personalkostenquote gedrungen.

Unsere Erkenntnisse weisen auch darauf hin, dass es sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universitätsmedizin Rostock Kritik am Fehlen eines schlüssigen, außer tariflichen Vergütungskonzeptes gab. Weiterhin ist für uns erkennbar, dass in den Jahresplänen jeweils eine schwarze Null ausgewiesen wurde, wohl wissend, dass die Jahresergebnisse über die Jahre hinweg jeweils ein Plus von 1,5 Millionen bis über 8 Millionen Euro auswiesen. Unrealistische Planungen sind somit Methode geworden, um nicht offiziell gegen die Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Universitäten zu verstoßen.

Während Vorstände gewinnorientierte Sondervergütungen erhalten, beklagen Beschäftigte aus dem Forschungsbereich uns gegenüber den Entzug von Laborräumen, sodass biomedizinische Biotechnologie seit zwei Jahren nicht mehr ausgebildet wird. Während Vorstände gewinnorientierte Sondervergütungen erhalten, wendet sich eine bundesweite Koryphäe der Augenheilkunde von der Universitätsmedizin Rostock ab, weil sie die erforderliche Reinvestition für ihre Instrumente nicht bezahlt bekommt.

Das unterscheidet den Auftrag eines Universitätsklinikums im Übrigen entschieden von einer Privatklinik, die eben keine wissenschaftliche Leuchtturmfunktion hat, sondern die Finanzinteressen ihrer Stakeholder bedienen muss. Es fehlt offenbar an einem Zielsystem für die Universitätskliniken in Mecklenburg-Vorpommern. Für uns haben Krankenversorgung, Lehre und Forschung, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten einen höheren Stellenwert als Gewinn jenseits der schwarzen Null. Zielvereinbarungen der Universitäten müssen diese Parameter sehr viel stärker berücksichtigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, keine Übersicht über Nebentätigkeiten von Vorständen, Vertuschungen hinsichtlich der Sondervergütungen, der Bevölkerung erklären, Patienten stünden im Mittelpunkt, jedoch Gewinnorientierung zur wirtschaftlichen Zielstellung erheben, dubiose Heuschreckenfirmen an die Universitätsmedizin holen und erforderliche Reinvestitionen unterlassen – die Liste des Versagens ist lang. Und weil es aus unserer Sicht in erster Linie auch ein Versagen der Aufsichtsrats-tätigkeit ist, verlangen wir erstens, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Staatssekretär Schröder, von seiner Funktion entbunden wird,

(Thomas Krüger, SPD: Oh, bitte!)

zweitens, dass sich die Ministerin – das ist ja angekündigt – heute und hier erklärt, welche Konsequenzen sie aus den Geschehnissen an der Universitätsmedizin Rostock zieht.

(Thomas Krüger, SPD: Oh, Kinder!)

Drittens erwarten wir eine Stellungnahme der Ministerpräsidentin, dass klargestellt wird, dass eine Gewinnorientierung im Gesundheitsbereich an den Einrichtungen unseres Landes nicht länger geduldet wird,

(Jochen Schulte, SPD: Und viertens, die Sonne soll im Westen aufgehen.)

und viertens ...

Danke, dass Sie mir das Stichwort für viertens liefern.

... eine Überarbeitung jeglicher Zielvereinbarungen. Sie müssen Vorgaben mehr denn je enthalten, die die Qualität der medizinischen Versorgung der Patientinnen und Patienten in den Blick nimmt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Bitte, Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Werter Herr Kollege Koplin, ich finde, das ist ein Teil von Spielchen und Nebelkerzen, wenn Sie hier anführen, wer mit wem redet, worüber man redet.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nein, es geht nicht darum, wer mit wem redet, sondern wer wem seine Rede gibt. Da gibt es Unterschiede.)

Es geht hier um ein ernsthaftes Thema.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, eben.)

Und ich finde es völlig legitim, wenn ein Politiker auf mich zukommt und einige Fragen beantwortet haben möchte

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und sagt, geben Sie mir mal Ihre Rede.)

und ich ihm entsprechend diese Antworten dann auch gebe.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, finde ich, gehört zu einer Demokratie

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

und das gehört zu einer guten parlamentarischen Debatte auch dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, genau, Sie kriegen Applaus genau von denjenigen. Ganz prima!)

Ach, Frau Oldenburg, alles gut!

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich auf die eigentliche Rede eingehe,

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

obwohl es mir ein bisschen schwer fällt, weil – ich halte mich jetzt in der Bewertung zurück – das schon eine denkwürdige Rede war, möchte ich einfach nur zwei ganz kurze Pünktchen rausgreifen, die Herr Koplin genannt hat,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

weil immer wieder so mitschwingt, wir als Landesregierung würden in die Gewinnmaximierung streben. Dazu komme ich gleich noch. Sie haben gerade gesagt, es war ein Überschuss von 1,1 Millionen Euro.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Das sind bei einem Umsatz von 300 Millionen Euro nicht mal 0,6 Prozent. Das gehört zur Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Koplin, DIE LINKE:
Es geht ums Prinzip.)

Und, Herr Koplin, Sie fordern Dinge, die längst normiert sind. Sie fordern die Ministerpräsidentin auf zu sagen, sie soll sich klar erklären, dass es keine Gewinnorientierung gibt. Lesen Sie bitte einfach in den Zielvereinbarungen des Landes nach! Dort in Ziffer 1 – ich kann es Ihnen nicht genau zitieren – steht genau das drin. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir hier Dinge in den Raum werfen, dann, finde ich, müssen wir alle auch bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, da gebe ich Herrn Koplin durchaus recht, er fordert Aufklärung. Dem komme ich auch gerne nach, weil ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir aufklären, zumal, wenn man insbesondere die vergangenen Wochen Revue passieren lassen hat, denn dort hat sich sehr deutlich gezeigt, dass es einer Aufklärung – das hat Herr Koplin selber gesagt, und dem stimme ich auch zu –, einer Aufklärung über Begrifflichkeiten bedarf, mit denen wir nämlich in der Öffentlichkeit herumhantieren.

War es in der vergangenen Woche noch ein System von Boni, das mein Ministerium an der Unimedizin Rostock installiert haben soll, so sind es heute gewinnorientierte Sondervergütungen, die den Vorstandsmitgliedern dort winken.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Wortklauberei.)

Beides, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es nicht. Richtig ist, dass die Vorstände eine variable Vergütung bekommen. Das ist nicht etwa eine sprachliche Spitzfindigkeit, sondern das ist ein zentraler Unterschied, was Sie hier – vielleicht bewusst, vielleicht unbewusst – in den Raum stellen,

(Andreas Butzki, SPD: Polemisch.)

denn es sind nicht etwa Zusatz- oder Sonderzahlungen an ein bestimmtes Ziel gekoppelt, sondern es ist einfach die volle Auszahlung des vereinbarten Gehalts. Das ist ein Unterschied. Das heißt – ich erkläre das noch mal ganz deutlich –,

(Jochen Schulte, SPD: Und langsam!)

ein Vorstand bekommt nur dann seine 100 Prozent, wenn er festgeschriebene Ziele erreicht. Ansonsten werden ihm je nach Vertrag zwischen 75 und 90 Prozent ausgezahlt.

(Jochen Schulte, SPD:
Obendrauf gibt es nichts.)

Obendrauf zu den 100 Prozent gibt es nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese variable Vergütung haben wir uns nicht ausgedacht, sondern sie ist normiert in Paragraph 102 Landeshochschulgesetz. Dort heißt es: „Mit den hauptberuflichen Mitgliedern werden für die Dauer ihrer Amtszeit leistungsabhängige Dienstverträge geschlossen.“ Dabei sind zwei Dinge wichtig: Zum einen hat der Gesetzgeber, sprich der Landtag, diese Regelung beschlossen, zum anderen steht da – ich bitte einfach, sich auch immer noch mal deutlich die Begrifflichkeiten anzusehen – „leistungsabhängig“, nicht Boni und nicht irgendwelche anderen Begrifflichkeiten.

Das gesteckte Ziel, an das das 100-Prozent-Gehalt gekoppelt ist – und das ist der Casus knacksus –, ist nicht etwa ein maximaler oder sonst wie bezifferter Gewinn, sondern, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Leistung, die in aller Regel schlicht im Erreichen des Wirtschaftsplans besteht. Das ist für mich ein ganz wichtiger Fakt und ich finde, den sollten wir auch nach vorne stellen, denn auch eine Unimedizin ist ein Unternehmen, eine GmbH. Insofern braucht sie auch einen Wirtschaftsplan.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Aber der Wirtschaftsplan war nicht
mit einem Überschuss versehen. –
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Der Wirtschaftsplan legt die entsprechenden Grenzen fest.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Aus meiner Sicht ist es ein legitimes Ziel, einem Vorstand zu sagen, handle im Rahmen des Wirtschaftsplanes. Was würden wir denn tun, wenn ein Vorstandsmitglied das nicht tut? Vielleicht dazu mehr in der Debatte.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Um das noch mal zu veranschaulichen, was ich meine: In den 40 der Zielvereinbarungen mit den Vorständen der UMR und im Übrigen auch der UMG, die wir seit 2012 geschlossen haben, waren es entweder der Wirtschaftsplan oder die berühmte schwarze Null, die es nachzuweisen galt. Einzige Ausnahme – das hat vielleicht zu einer Verwirrung geführt, die ich aber gerne heute auch

noch mal aufklären möchte – sind die Zielvereinbarungen aus 2017, in denen die 3,6 Millionen als nominelles Ziel stehen. Darin steckt aber keine Gewinnerwartung, sondern viel mehr eine Gewinnbestätigung, denn zu dem Zeitpunkt, als die Zielvereinbarungen abgeschlossen wurden und wirksam wurden, waren die 3,6 Millionen Euro bereits das erwartete Ergebnis aus dem ersten Quartal. Somit gab es auch in diesem Fall faktisch keinen neuen Gewinn zu erwirtschaften, das Ziel ist vielmehr halten.

Dieses Halten, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet nach den Vorjahren mit 8 Millionen und mit 6,7 Millionen Euro Gewinn nach Adam Riese wohl kaum eine Gewinnsteigerung. Im Aufsichtsrat hat die Festlegung – das sage ich Ihnen heute auch sehr deutlich und sehr ehrlich – auf 3,6 Millionen Euro damals für Diskussionen gesorgt. Es ist ja durchaus legitim zu fragen, worin denn nach den sehr viel höheren Vorjahresgewinnen die besondere Leistung besteht, wenn man einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan oder einen bereits absehbaren Gewinn erreicht.

Die Aufsichtsratsmitglieder – sie haben ja den Vorsitzenden kritisiert, beziehungsweise etwas in Aussicht gestellt oder gefordert – waren aber umsichtig genug, keine zusätzlichen Gewinnziele zu stecken. 2018 war dann übrigens auch wieder der Wirtschaftsplan die vereinbarte Zielsetzung. Wenn wir über etwaige Gewinne der Uni-Medizin reden, ist aber aus meiner Sicht auch von großem Belang, was geschieht denn mit diesem Geld. Anders als bei vielen privaten und kommunalen Krankenhäusern gehen Überschüsse nicht an die Träger, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist ein wichtiger Unterschied.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Im Falle der UMR beispielsweise ist reinvestiert worden, etwa in die IT-Ausstattung, in Hygienemaßnahmen – das ist etwas, was unmittelbar Patienten zugutekommt, etwas ganz Wichtiges –

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

sowie natürlich auch, und das gehört zur Wahrheit, in die Tilgung vorheriger Verluste. Wir müssen nicht so tun, als wenn die UMR immer Gewinne eingefahren hat. Es gab auch eine andere Zeit. Insofern ist ein Teil dieses Geldes dazu da gewesen, frühere Bilanzverluste zu tilgen. Es ist also nicht so, wie das in anderen Bereichen ist, beispielweise eines städtischen Krankenhauses, dass 2 bis 3 Millionen Euro in der Finanzkasse einer Kommune landen, ganz im Gegenteil: Das Land hat hier sehr umsichtig gesagt, das Geld bleibt im Unternehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zielvereinbarungen richten sich eben nicht nur auf das, was ich gerade ausgeführt habe – das weiß Herr Koplin, ich weiß auch, dass er das gelesen hat –, es sind weitere inhaltliche Ziele, an die die Auszahlung der variablen Vergütung geknüpft ist, darunter zum Beispiel die Evaluierung der Patientenzufriedenheit oder Strategien zur Ambulantisierung. Ich erinnere noch einmal an den Terminus „leistungsabhängig“. Eine Leistung, werte Damen und Herren, interpretieren wir nachweislich nicht in erster Linie monetär. Ich habe es gerade ausgeführt.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ich wirklich absurd an dieser Debatte finde, ist, dass eigentlich das, was ich hier ausgeführt habe, schon längst bekannt war. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich in den Vordergrund stellen. Wir haben in der Kleinen Anfrage im letzten Jahr, im August letzten Jahres, dazu eindeutig Stellung bezogen. Die Anfrage lautete nämlich „Vertragliche Anreizsysteme an den Unikliniken Rostock und Greifswald“. Ich lese Ihnen gerne noch mal ein paar Sätze aus der Antwort im letzten Jahr im August vor. Wir sind hier in einer Dringlichkeitsdebatte. Letztes Jahr im August kamen die Antworten.

„Die Anstellungsverträge mit den Vorstandsmitgliedern beider Universitätsmedizinen sehen einen leistungs- und erfolgsabhängigen Vergütungsanteil im Sinne des § 102 Absatz 4 Satz 3“ Landeshochschulgesetz „nach Maßgabe einer jährlichen Zielvereinbarung vor. An den Universitätsmedizinen in Rostock und in Greifswald wurden seit 2012 ... 44 Zielvereinbarungen mit Vorstandsmitgliedern abgeschlossen. Die Zielvereinbarungen enthalten durchschnittlich vier Zielstellungen, davon in der Regel drei funktional-inhaltliche Zielstellungen und eine Zielstellung, die auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der Universitätsmedizin Bezug nimmt.“ Und weiter: „In vier der 44 Zielvereinbarungen wurde als Kriterium für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung an einen Jahresüberschuss in Höhe von 1,21 Prozent der Jahresumsatzerlöse angeknüpft. Zum Zeitpunkt des unterjährigen Abschlusses dieser vier Zielvereinbarungen lag bereits ein Quartalergebnis von 1,21 Prozent der Jahresumsatzerlöse vor.“ Zitatende aus unserer Kleinen Anfrage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es schon sonderbar, uns jetzt zu sagen, wir hätten das nicht erzählt. Meine Damen und Herren, wer die Kleine Anfrage gelesen hat, der weiß, dass wir die Zielvereinbarung nicht verschwiegen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Debatte an dieser Stelle nicht in die Länge ziehen, weil ich glaube, ich habe die Kernpunkte genannt, ich möchte Ihnen aber eins sagen, was mit persönlich sehr wichtig ist: Ich finde, wir müssen die Debatte führen, ja, wir müssen uns generell Gedanken darüber machen, wie ist unser Gesundheitswesen aufgestellt, ziehen wir die richtigen Schlüsse daraus. Da teile ich sogar Einschätzungen von Herrn Koplin.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sogar?!)

Deswegen – und das möchte ich auch an dieser Stelle ganz deutlich sagen – habe ich die Terpe-Kommission ins Leben gerufen, die wir hochkarätig besetzt haben. Ich habe Sie darüber informiert, genau mit dieser Zielstellung, eigentlich zu gucken bei den zwei Krankenhäusern, wo wir Gesundheitsversorgung haben, die wir beeinflussen können, zwei von 36 im Land, dass wir genau das eben nicht wollen, was viele Private machen, nämlich die Gewinnmaximierung. Dafür steht diese Terpe-Kommission. Ich weiß nicht, wer es gestern im „Nordmagazin“ gesehen hat, Herr Dr. Terpe hat sich ja auch sehr ausführlich dazu geäußert.

(Stephan J. Reuken, AfD: Ich war im Landtag.)

Und das Zweite ...

Das kann man in der Mediathek nachgucken.

(Heiterkeit bei Stephan J. Reuken, AfD)

Und das Zweite, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, dass ich temporär für den Vorstandsvorsitz – darüber bin ich sehr froh – Gabriele Nöldge-Schomburg gewinnen konnte, eine sehr engagierte, lebenserfahrene Medizinerin, die genau diesen Gedanken in den Vorstand hineintragen soll.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, eins ist mir zum Abschluss bei dieser Debatte oder bei dieser Aussprache besonders wichtig: Hinter dem, worüber wir hier sprechen, stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl der Unimedizin Rostock als auch der Unimedizin Greifswald. Ich habe viel Post und viele Anrufe erhalten von irritierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und ich finde, es ist heute einfach auch mal an der Zeit zu sagen, dass beide Universitäten, sowohl in Rostock als auch in Greifswald, hervorragende Arbeit machen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseren Dank verdient haben, eine faire Debatte verdient haben, eine konstruktive Debatte verdient haben. Es ist mir wichtig, das heute noch mal sehr deutlich zum Ausdruck zu bringen. Lassen Sie uns die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Universitätsmedizinen von hier aus einmal ganz herzlich grüßen und Danke sagen für die Arbeit, die sie leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vielleicht sollten wir uns heute auf etwas besinnen, was ein eiserner Grundsatz ist. Auch ich habe mit Herrn Koplin schon am Rande gesprochen. Vielleicht sollten wir einfach vereinbaren, wir wollen eine sachliche, konstruktive Debatte führen, wir reden miteinander und nicht übereinander. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Die Ministerin hat ihre angemeldete Redezeit um knapp vier Minuten überschritten. Diese Redezeit steht bei Bedarf den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen zur Verfügung.

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste!

Herr Koplin, vielleicht gleich zuerst, Sie sollten diese Verschwörungstheorien mit den Absprachen von Frau Hesse und mir lieber nicht äußern,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist echt bedenklich. –
Torsten Koplin, DIE LINKE:
Ich finde das wirklich ...)

denn das ist, glaube ich, sowohl Frau Hesse als auch mir nicht immanent, dass wir solchen Dingen folgen. Und ich glaube, es ist nur ein gutes Zeichen von Frau Hesse, dass sie der sachlichen Arbeit offensichtlich mehr Wert beimisst als Sie.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Wem vorab rübergibt.)

Ich sage mal, ich habe um konkrete Daten gebeten und die hat sie mir im Rahmen eines Auszugs ihrer Rede zur Verfügung gestellt. Dafür noch mal herzlichen Dank.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Na, das
ist doch schön. Da freuen wir uns doch.)

Zum anderen, ja, wenn ich – vielleicht ein kurzer Hinweis –, wenn ich oft sehe, dass praktisch Minister, ich will Ihnen da keinen Vorwurf machen, auch mit anderen Fraktionen ständig im Gespräch sind, dann darf ich wohl darauf hinweisen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Aber keine Rede. Reden haben
wir vorher noch nie bekommen. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

dass das keine unnormale Reaktion ist, dass Minister mit Abgeordneten sprechen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Wir haben noch
nie eine Rede bekommen vorab, aber gut. –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Dann noch etwas, Herr Koplin, Ihr Hinweis auf die gestrige Diskussion, dass die großen Kapitalgesellschaften von uns unterstützt werden sollen – wissen Sie, ich habe lange überlegt, habe gesagt, wie meint er das eigentlich, und heute haben wir das noch mal geklärt. Sie sagen ja indirekt, dadurch, dass wir keine Steuererhöhung wollen, sondern dass wir durch die zusätzlichen Körperschaftssteuererhöhungen praktisch die Körperschaftssteuer insgesamt senken wollen, dadurch würden die profitieren. Ja, es würden alle Körperschaften davon profitieren. Das muss man klar sagen. Wir wollen eben keine Steuererhöhung.

Aber jetzt lassen Sie mich auf das eigentliche Thema kommen.

Herr Koplin, Sie wissen, die potenzielle Gewinnsituation an Krankenhäusern treibt uns beide um. Wir beide wollen nicht, dass die Krankenhäuser in unserem Land als lukrative Anlageobjekte für finanzkräftige Investoren, gegebenenfalls vielleicht sogar für vagabundierendes Kapital, internationales Kapital herhalten können. Insofern eint uns die kritische Bewertung unserer Krankenhauslandschaft, aber – und in dieser Frage unterscheiden sich unsere Bewertungen – auch Krankenhäuser müssen wirtschaftlich geführt werden. Heute sprechen wir dazu über die Universitätsmedizin Rostock.

Im Grunde haben Sie in Ihrer Debatte zwei Dinge vermischt: Sie haben eigentlich eine gewisse Unterausstattung der Uniklinika erwähnt

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

und gleichzeitig das mit den von Ihnen genannten Boni oder Sondervergütungen für die Vorstände vermischt. Ich halte das für nicht gerechtfertigt, denn einerseits – natürlich, Sie haben recht – hat das Land Mecklenburg-Vorpommern eine gewaltige Aufgabe, wenn es zwei Universitätsmedizinen oder besser gesagt zwei Universitäten erhalten will, und dazu hat es sich bekannt. Das sind

Herausforderungen, die ganz klar auch unsere Universitäten belasten, denn sie haben eine deutlich geringere Ausstattung als Universitäten in anderen Ländern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie kritisieren, dass das Land als Träger mit Vorstandsmitgliedern ergebnisorientierte variable Vergütungsanteile vertraglich vereinbart hat. Ich will dazu einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

Erstens. Variable ergebnisabhängige Vergütungsanteile sind ein bewährtes Personalführungsinstrument. Im Gegensatz zu Ihnen bewerten wir eine solche Steuerungsfunktion für Vorstände der Universitätsmedizinen durchaus derzeit als sinnvoll. Ich sage bewusst „derzeit“, das heißt unter den heutigen Bedingungen. Diese Bedingungen sind auch durch einen Wettbewerb um führende Krankenhausmanager charakterisiert. Ich halte es nicht für schädlich, wenn Vorstände mit variablen Vergütungsanteilen, die an das Erreichen vorgegebener Ziele gekoppelt sind, an der Betriebsentwicklung beteiligt werden.

Zweitens. Ich bin aber davon überzeugt, das eigentliche Problem liegt in variablen Vergütungsanteilen außerhalb des Vorstands Bereiches. Das betrifft den Bereich der aktiv am Patienten tätigen Ärzte, insbesondere der Chefärzte. Es darf nicht sein, dass Therapie- und OP-Entscheidungen der Ärzte durch finanzielle Anreizsysteme gesteuert werden sollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir kennen aber auch Analysen der Kassen und anderer Institutionen, die zeigen, dass die Therapieempfehlungen der Ärzte den finanziellen Vergütungsentwicklungen des DRG-Systems folgten. Ich denke an die Mengenentwicklungen bei Herzkatheter-Untersuchungen, bei OPs an den Knien, Hüften oder am Rücken. Trotzdem hoffe ich und bin auch davon überzeugt, dass der größte Teil der Ärzte das ebenfalls so macht, dass nahezu alle Ärzte ihre Therapieempfehlungen nur medizinischen Gesichtspunkten unterwerfen. Wir wissen aber auch, dass der Mensch nicht unfehlbar ist. Deshalb halten wir umsatzabhängige Vergütungsanteile, die an Therapieentscheidungen gekoppelt sind, bei behandelnden Ärzten für falsch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dieses Thema würde es zu diskutieren mehr lohnen. Das sollten wir uns demnächst vornehmen. Ich erwarte von der bereits angesprochenen Terpe-Kommission, dass gerade diese Themen dort auch eine Rolle spielen

(Ministerin Birgit Hesse: Ja.)

und wir davon ausgehen dürfen, dass wir einen guten Weg finden für die Universitätsmedizinen in Mecklenburg-Vorpommern, um Ihren Befürchtungen nicht zu entsprechen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sollen wir jetzt auch dauernd rumbabbeln?)

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Der Dringlichkeitsantrag und die Berichtserstattung in den Medien zeigen, dass es doch einige offene Fragen gibt. Die erste Frage ist: Hat der Vorstand eine Leistungs- und Erfolgsvergütung erhalten? Diese Frage lässt sich zweifelsfrei mit Ja beantworten. Die zweite Frage ist: Ist das rechtmäßig? Auch diese Frage lässt sich mit Ja beantworten. In der Antwort zu der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus dem August letzten Jahres wurde dies bereits ausführlich beantwortet. Auch unser Landeshochschulgesetz spricht von leistungsabhängigen Dienstverträgen, die mit den Vorstandsmitgliedern abzuschließen sind. Insofern ist das Vorgehen im rechtlichen Rahmen.

Und schließlich ist die dritte Frage: Ist ein solches Vorgehen moralisch richtig? Es ist natürlich nicht verboten, dass ein Klinikum Gewinne macht. Es ist auch nicht verboten, dass der Geschäftsführer erfolgsabhängige Zahlungen erhält, wenn das Unternehmen wirtschaftlich läuft. Aber bei der Frage schwingt natürlich immer die Angst mit, dass der Patient sich nicht mehr auf eine optimale Behandlung für seine Gesundheit verlassen kann. Es steht dabei eine wahrgenommene Ökonomisierung der Medizin im Raum, die dann zu Therapieentscheidungen führen kann, die medizinisch gar nicht notwendig oder Erfolg versprechend sind und im schlimmsten Fall zu Nachteilen in der medizinischen Versorgung führen.

Meine Fraktion nimmt die Stimmung in der Belegschaft und in der Bevölkerung wahr, und sie beunruhigt uns, weil die Unimedizin in Deutschland einen ausgezeichneten Ruf hat. Und natürlich müssen wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dieser Ruf dieser Klinik nicht weiter in Mitleidenschaft gezogen wird. Natürlich ist ein Mediziner kein Manager. Die finanziellen Ressourcen, die wir als Land, aber auch der Bund und die Gesellschaft für das Gesundheitssystem einsetzen können, sind begrenzt. Deshalb können wir unser Gesundheitssystem nicht vollkommen abgekoppelt von den Finanzen und der Wirtschaftlichkeit eines Klinikums sehen. Deshalb ist mein Anspruch, der Anspruch meiner Fraktion und der Anspruch der Bürger, dass unser Gesundheitssystem wirtschaftlich, effektiv und effizient aufgestellt ist.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Und solidarisch.)

Zum Patientenwohl: Die wirtschaftliche Führung eines Krankenhauses hat deshalb die Aufgabe, eine qualitativ hochwertige Versorgung zu gewährleisten unter Ausnutzung der finanziellen Spielräume. Ich betone es aber noch einmal: im Interesse der Patienten.

Schlussendlich geht es um die Frage, ob das Bildungsministerium stets richtig informiert hat. Wir gehen davon aus, dass dies bislang immer der Fall war.

(Thomas Krüger, SPD: Wir auch.)

Frau Ministerin, warum Sie aber gerade der AfD Ihre Rede gegeben haben, das weiß ich nicht.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Das habe ich gerade beantwortet.)

Wenn Sie mich persönlich gefragt hätten, ich hätte Ihnen dazu nicht geraten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist in der privaten Wirtschaft selbstverständlich, absolut üblich, variable Gehaltsbestandteile für Führungskräfte zu vereinbaren. Es ist nicht nur üblich, es ist auch sehr sinnvoll, um eben eine Erfolgskomponente bei den Führungskräften einzubauen. Dabei muss es sich übrigens nicht immer um ein bilanzielles Ergebnis oder einen Gewinn handeln, sondern es sind auch sehr häufig qualitative Ziele vereinbart. Es geht immer darum, dass die Führungskräfte sich optimal einsetzen, um das Unternehmen nach vorne zu bringen. Wenn Sie dieser Logik folgen, dann ist es absolut sinnvoll, das auch bei Universitätskliniken zu tun, wenn es darum geht, die Betriebe wirtschaftlich, aber vor allen Dingen auch qualitativ auf sichere, verlässliche Beine zu stellen.

Üblicherweise geht man dabei so vor, dass erst mal eine Planung erstellt und verabschiedet wird, auch vom Gesellschafter, Aufsichtsrat abgenickt wird und dann vereinbart man für das folgende Jahr entsprechend eine Zielvereinbarung. Wenn diese Zielvereinbarung – und das haben wir mehrfach gehört – im Falle der Universitätsklinik Rostock die schwarze Null ist, dann muss das auch die schwarze Null sein

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

und nicht irgendeine andere Größe.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

Wenn dieses Ziel überschritten wird, dann muss genauso die rote Lampe angehen, wie wenn das Ziel unterschritten wird. Wenn das Ziel unterschritten wird, haben wir offensichtlich wirtschaftliche Probleme – eventuell zu viel Personal, zu teures Personal, falsche Maßnahmen, falsche Technik, es gibt Tausend Möglichkeiten –, dann muss das aufgeklärt werden. Wenn aber das Ergebnis deutlich überschritten wird, muss man ebenfalls eine Ursachenanalyse durchführen. Das ist nach meinen Begriffen noch nicht vollständig erfüllt. Ich möchte schon gerne mal eine genauere Aufklärung haben, warum ausgerechnet aus der Psychiatrischen Klinik ein erheblicher Anteil der Zielüberschreitung resultiert. Das ist der eine Punkt.

Dann beziehe ich mich, Frau Ministerin, auf Ihr Interview, was Sie der „Ostsee-Zeitung“ gegeben haben und was wir heute lesen konnten. Sie haben es auch gerade noch mal erläutert, 2017 gab es diese Besonderheit, als die Zielvereinbarung geschlossen wurde, war schon klar, dass das Ergebnis erreicht war, es war schon erreicht, die 3,6 Millionen Euro.

Das ist nun natürlich ein Punkt, den Sie in der freien Wirtschaft überhaupt nicht finden werden. Erstens können Sie eine Zielerreichung, die schon gegeben ist,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

nicht mehr vereinbaren als Zielerreichung,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

das ist ja schon da, das Ergebnis, und zweitens frage ich mich – Sie haben gerade erläutert, das war nach dem ersten Quartal, nach dem ersten Quartal stand das Ergebnis schon fest –: Wieso wird eine Zielerreichung für das Jahr 2017 erst im Jahr 2017 offensichtlich erst nach dem ersten Quartal unterschrieben? Eine Zielerreichung muss ja unterschrieben werden, bevor die Periode überhaupt begonnen hat, sonst ist es ja keine Zielvereinbarung mehr. Also es bleiben Fragen offen, und wenn Sie sagen, alles ist hinreichend beantwortet, ist das einfach nicht der Fall.

Sie weisen darauf hin, gerade im Finanzausschuss wäre alles hinreichend thematisiert worden. Dazu muss ich sagen, wir haben Vertraulichkeit vereinbart im Finanzausschuss. Ich habe mich daran gehalten und ich erwarte, dass das auch von der Ministerin so passiert. Dann kann man nicht sagen, wenn bei uns noch Fragen sind, können Sie nicht sagen, es ist alles hinreichend thematisiert. Das ist genauso eine Verletzung der Vertraulichkeit wie andersherum. Die hinreichende Beantwortung ist eben nicht gegeben, denn sonst hätten wir ja auch nicht beantragt, Einsicht in die Unterlagen zu bekommen. Das ist schon mal vollkommen offensichtlich, dass das nicht so ist. Und wir sind ja auch noch dabei, diese Unterlagen zu prüfen.

Für meine Begriffe kommt diese Aussprache heute noch ... Na, ja, sie schadet nicht, aber wir werden dranbleiben. Ich glaube, es ist nicht das letzte Mal, dass wir darüber sprechen, denn es ist eben noch nicht alles aufgeklärt und wir werden uns die Unterlagen auch noch genauer zu Gemüte führen müssen. Für mich bleibt auf jeden Fall am Ende die Frage – ich weiß nicht, ob diese Kommission diese Frage klären kann –, welche Kriterien denn wirklich zur Zielerreichung für Krankenhäuser angemessen sind, insbesondere für die Uniklinik, die ja etwas Besonderes ist im Vergleich zu anderen Krankenhäusern. Diese Definitionsfrage muss geklärt werden. Es geht nicht darum, eine Komponente an sich zu haben, sondern, welches Ziel ist das richtige und was passiert bei Überschreitung und Unterschreitung.

Abschließend kann ich nur sagen, ganz offensichtlich wäre es besser, die Landesregierung folgt meiner eindringlichen Aufforderung, die Universitätskliniken dem Gesundheitsministerium anzugliedern, so, wie das in Nordrhein-Westfalen auch der Fall ist. Die Aussage war in der letzten Debatte dazu nicht richtig, dass das generell nicht üblich wäre, sondern in Nordrhein-Westfalen passiert das mit sehr großem Erfolg. Alle Krankenhäuser sind dort in einer Hand. Eine Schnittstelle zwischen Bildung und Klinikbetrieb haben Sie sowieso, das lässt sich gar nicht vermeiden. Die wird dann eben an der Stelle anders gezogen, aber in diesem Fall macht so eine Kommission auch richtig Sinn.

Dann spricht sie nämlich nicht nur für zwei Universitätskliniken, sondern – und das ist ja offensichtlich ihr Anspruch, jedenfalls habe ich das so dem Interview entnommen – dann kann sie sich auch mit den Grundsatzfragen im Gesundheitswesen beschäftigen. Denn das tun Sie ja, Sie schreiben oder sagen, wir müssen uns generell im Gesundheitswesen Gedanken machen, ob wir richtig aufgestellt sind, Fragen sollen beantwortet werden wie „Ökonomisierung versus Patientenwohl“. Gilt das nur für Unikliniken? Offensichtlich doch wohl nicht. Das müs-

sen wir generell für das Gesundheitswesen beantworten. Ich denke, es ist nicht effizient, wenn in dieser Landesregierung in zwei Ministerien an der gleichen Fragestellung gearbeitet wird. – Danke schön.

(Zuruf aus dem Plenum: Hallo! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Ganz vereinsamt. –
Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Keiner da. – Heiterkeit bei Holger Kliewe, CDU –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da ist ja im Endeffekt heute eine Vielzahl von Themen angesprochen worden, und bei vielen dieser Themen habe ich den Eindruck, da ist viel heiße Luft produziert, um es mal freundlich auszudrücken. Ich will mich bemühen, die einzelnen Fragen hier mal abzuarbeiten.

Ich fange als Erstes, wenn Sie das gestatten, mit etwas an, was nicht mit dem Inhalt der heutigen Debatte zu tun hat, sondern mit der Aufregung, mit der künstlichen Aufregung der Fraktion DIE LINKE darüber, dass die Ministerin mit einem Abgeordneten dieses Landtages gesprochen hat

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nicht gesprochen hat, sondern
ihm die Rede gegeben hat. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und, Frau Kollegin Oldenburg, offensichtlich auch – ich habe es selber nicht erlebt,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, aber wir. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

ich nehme nur das mit, was Herr Dr. Jess hier eben vom Podium aus gesagt hat –, offensichtlich Informationen, Unterlagen, Daten, was auch immer,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Die Rede!)

ich kann es nicht spezifizieren, aus ihrer Rede mitgegeben hat. Und, sehr geehrte Frau Kollegin Oldenburg, ich bin jetzt etwas länger in diesem Parlament, als Sie es sind, und ich kann mich an gute Zeiten erinnern –

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist unerheblich.)

da war Ihre Fraktion schon in der Opposition –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Da haben
wir Reden von Ihnen bekommen?!)

da sind Abgeordnete aus Ihrer Fraktion

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Darum geht es gar nicht.)

auch an Mitglieder dieser Landesregierung herangegangen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Darum geht es gar nicht.)

und haben tatsächlich dort darum gebeten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Stellen Sie uns jetzt
mit der AfD-Fraktion gleich, Herr Kollege? –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Sie können sich, Herr Kollege Ritter, Sie können sich gerne darüber aufregen,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Alles klar! –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

ob der Umgang in dem Zusammenhang mit dem Kollegen Dr. Jess,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das kann man nicht schönreden. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Skandalös! –
Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

weil er Mitglied der AfD ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Skandalös!)

anders bewertet werden soll, aber die Frage als solche, dass ein Mitglied dieser Landesregierung Daten an einen Abgeordneten dieses Hauses weitergibt,

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Nein! Vorab die Rede! Vorab
die Rede! Das ist ein Unterschied. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

sollte eigentlich hier nicht Diskussionsgrundlage sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann lassen Sie mich mal mit der zweiten Mär anfangen. Da wird hier – und das ist ja im Vorfeld der Pressearbeit durch die Fraktion DIE LINKE immer wieder angesprochen worden –, da wird hier von gewinnorientierten Sondervergütungen oder Bonizahlungen für Vorstandsmitglieder der Universität Rostock gesprochen. Die Ministerin hat ja in ihrer Rede schon darauf hingewiesen, aber ich will es an dieser Stelle noch mal tun: Was hier offensichtlich von dem einen oder anderen nicht verstanden wird oder er es nicht verstehen will, ist ein qualitativer Unterschied zwischen Bonuszahlungen und der Vergütungsregelung, die an der UMR besteht. Bei der UMR gibt es nämlich keine Bonuszahlung, es gibt ein Malussystem.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das mag in der wirtschaftlichen Betrachtung am Ende, wenn Sie die Zielvorgaben erreicht haben, für den betreffenden Beschäftigten egal sein, aber es gibt einen qualitativen Unterschied. Es gibt eine Vielzahl von Untersuchungen – die beziehen sich übrigens nicht nur auf Vorstandsmitglieder, sondern auf alle Bereiche von Beschäftigten –, dass es für den betriebswirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens, für die Erreichung wirtschaftlicher Parameter deutlich besser ist, nicht Bonuszahlungen zu vereinbaren, sondern Maluszahlungen.

Das heißt, ich erkläre gegenüber einem Beschäftigten – in dem Fall gegenüber den Vorstandsmitgliedern der Universitätsklinik Rostock –, das ist die Vergütung, die du

bekommst, aber du bekommst sie nur, und Frau Ministerin Hesse hat ja schon darauf hingewiesen, wenn bestimmte wirtschaftliche Ziele erreicht werden, was allerdings auch heißt, Herr Koplin, wenn ich sie überschreite, kriege ich auch nicht mehr. Das führt dazu – und, wie gesagt, ich habe es eben schon angesprochen –, dass im Schnitt eine 17-prozentig höhere Wirtschaftlichkeit in dem Unternehmen erreicht werden kann.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme später noch mal in meiner Rede darauf zurück, aber ich glaube, es sollte keinen Dissens in diesem Haus darüber geben, dass auch die Universitätsklinika in diesem Land wirtschaftlich und effizient betrieben werden sollen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das hat niemand bestritten.)

Das ist etwas ...

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das hat niemand bestritten.)

Nein, Herr Wildt, deswegen habe ich ja auch extra gesagt, es sollte Konsens sein. Ich bin mir da beim Kollegen Koplin – dazu sage ich aber gleich noch etwas – nicht ganz so sicher.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Und, meine Damen und Herren, wenn man das jetzt schon mal ausgeräumt hat, dass es tatsächlich keine Bonuszahlungen gibt, sondern die Vorstandsmitglieder nur die Möglichkeit haben, ihr Fixum tatsächlich zu erreichen, wenn der Laden entsprechend dem Wirtschaftsplan im Regelfall betrieben wird, dann sind wir auf einmal auf einer ganz anderen Diskussionsebene.

Sehr geehrte Kollegen, lassen Sie mich den nächsten Punkt ansprechen. Dann wird hier der Ministerin Hesse vorgeworfen, dass das Ministerium mithilfe eines Boni-systems – ich hoffe, das habe ich eben abgeräumt – einen Mechanismus in Gang setzt, der auf eine Gewinnerwartung abzielte. Das hat, wenn ich das richtig sehe, Herr Kollege Koplin – das ist ja auch die Pressemitteilung des Kollegen Koplin, der Fraktion DIE LINKE vom 16.01. dieses Jahres – so behauptet. Nur, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wo stehen wir denn da überhaupt?

Ich nenne Ihnen jetzt einfach mal ein paar Zahlen – die können Sie alle nachlesen –, damit wir es einordnen können. Frau Ministerin Hesse hat ja auch schon das genannt, was die Universitätsmedizin Rostock erwirtschaftet hat. Ich habe jetzt die Zahlen von 2016, weil die tatsächlich öffentlich sind. Da greife ich mir mal ein paar Kliniken in diesem Land heraus. Da ist zum Beispiel in Vorpommern das Evangelische Krankenhaus Bethanien, das hat 1,9 Millionen Euro im Jahr 2016 an Gewinn erwirtschaftet. Und dann ist da die Sana-Krankenhaus Rügen GmbH – das ist übrigens alles nachzulesen im Bundesanzeiger, das sind juristische Personen, das wird veröffentlicht, das ist kein Geheimnis, das hätte auch Herr Koplin vorher nachlesen können –, da ist die Sana-Krankenhaus Rügen GmbH, die hat nicht ganz so viel, wenn ich das jetzt sehe, ich muss in der Spalte nicht verrutschen, das sind nur gut 600.000. Dann – das ist schon ein ordentlicher Brocken – sind wir bei der Diakonie Dietrich Bonhoeffer GmbH, das sind über 6 Millionen Euro. Dann haben wir das Südstadtklinikum Rostock –

das weiß ich nun auch aus eigener Erfahrung, da könnte auch Frau Kröger noch mitreden, die hat das ja auch öfter, das Geld verteilt –, das waren über 3 Millionen Euro.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Torsten Koplin, DIE LINKE –
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Das Krankenhaus in Bad Doberan knapp 3 Millionen Euro und dann das Klinikum Wismar, sehr geehrter Kollege Gundlack, knapp 3,4 Millionen Euro.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das ist nicht Gegenstand jetzt.)

Und, wie gesagt, im Jahr 2016 die Universitätsmedizin Rostock 5,5 Millionen Euro.

(Torsten Renz, CDU:
Erst dem Gesundheitswesen
entziehen und dann verteilen.)

Das ist erst mal viel Geld, und Frau Ministerin Hesse hat ja auch darauf hingewiesen, in welcher Relation sie das sieht. Ich sage Ihnen noch etwas anderes dazu: Eine Vielzahl dieser Kliniken, die ich Ihnen eben genannt habe, ist ungefähr nur halb so groß wie die Universitätsmedizin Rostock, das heißt, sie haben ungefähr den gleichen Gewinn oder ähnliche Gewinne erzielt wie die Universitätsmedizin Rostock mit der Hälfte der Betten.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Die sind ja auch stärker spezialisiert.)

Das Südstadtklinikum ist auch nicht spezialisiert, Herr Kollege Wildt.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist doch nicht vergleichbar
mit der Uniklinik.)

Das ist ein Allgemeinversorger genauso wie die Universitätsmedizin Rostock und sie liegen deutlich darüber.

(Zurufe von Ministerin Birgit Hesse,
Andreas Butzki, SPD, und
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist erst mal vom Grundsatz her auch richtig, und ich will Ihnen ja auch keine Zahl ersparen. Nur, damit Sie mal sehen, wenn ein Unternehmen wirklich privatwirtschaftlich auf Gewinn orientiert ist – die Zahlen habe ich allerdings nur aus entsprechenden Pressemitteilungen, weil die Helios Kliniken etwas zurückhaltender sind, aber da sollen es im Jahr 2016 knapp 32 Millionen Euro Gewinn gewesen sein.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja.)

Das ist der qualitative Unterschied zwischen der Trägerschaft durch das Land und der tatsächlich privat orientierten, wirtschaftlichen und auf Gewinnmaximierung, Herr Kollege Koplin, ausgerichteten Klinik. Das ist die Tatsache in diesem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Koplin hat ja schon versucht, den Umstand ein bisschen abzuräumen, dass das Landeshochschulgesetz tatsächlich nicht erst vor 14 Tagen so geschaffen wurde, sondern schon etwas älter ist, aber ich werde mir trotzdem erlauben, darauf noch mal einzugehen. Ja, das Landeshochschulgesetz ist tatsächlich aus dem Jahr 2002. Und ich war schon dabei 2002, ich bin so alt. Ich kann mich auch erinnern, dass die SPD damals mit der Fraktion, ich glaube, damals hießen Sie noch PDS/DIE LINKE, wenn ich das richtig im Kopf habe, zusammen rigierte, und wenn ich mich ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Stimmt zwar nicht, aber macht ja nichts.)

Da lasse ich mich verbessern. Bei dem Punkt, Herr Kollege Ritter, lasse ich mich von Ihnen gerne verbessern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist ja auch völlig Pillepalle, wie wir damals hießen. Sie waren damals die stärkste Fraktion und hätten das verhindern können, wenn Sie gewollt hätten.)

Ob sie nur PDS hieß oder schon PDS/DIE LINKE, das ist mir so was von egal, das können Sie sich gar nicht vorstellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das könnten Sie beim Wahlalter mit 16 mit der CDU genauso machen.)

Der Punkt, Herr Kollege Ritter, es ist doch,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ausreden sind das, Ausreden!)

Herr Kollege Ritter,

(Vincent Kokert, CDU: Ihr wart ja Freunde. – Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Herr Kollege Ritter, es ist doch schon symptomatisch, dass Sie sich offensichtlich an solchen Punkten hochziehen müssen, weil Sie in der Sache eigentlich nichts einzuwenden haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und AfD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Einzige, der sich hochzieht, sind Sie mit der ganzen Rede.)

Herr Kollege Ritter, nicht, dass ich mir hier Sorgen wegen Ihres Bluthochdrucks machen muss.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Machen Sie nicht, ich nehme schon genug Tabletten. – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damals ist das Landeshochschulgesetz in diesem Haus verabschiedet worden mit den Stimmen der damaligen Koalition. Nach diesem Landeshochschulgesetz 2002 ...

(Vincent Kokert, CDU: Gegen die Stimmen der CDU. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die haben nicht mitgemacht, das ist richtig.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Vincent Kokert, CDU: Gegen die Stimmen der CDU.)

Gegen die Stimmen der CDU, die waren damals noch nicht so weit.

Nach diesem Hochschulgesetz 2002 waren die Vorstände in den Kliniken bereits auf die Gewährleistung der Leistungsfähigkeit

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und der Wirtschaftlichkeit des Klinikums verpflichtet – schon im Jahr 2002.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit wir auch den letzten Irrtum ausräumen,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

in der Befürchtung, dass vielleicht die Fraktion, die heutige Fraktion DIE LINKE, und ihre Namensvorgänger damals nicht wussten, was sie taten – die da mit eingebundenen Gesundheits- und Sozialministerinnen

(Vincent Kokert, CDU: Ein besonderes Schmuckstück.)

waren damals erst Frau Dr. Bunge und Frau Marianne Linke.

(Torsten Renz, CDU: Oh, das wird ja richtig spannend jetzt langsam.)

Die waren mit beteiligt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Dann geht es noch weiter, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU – Torsten Renz, CDU: Oha!)

Da erlaube ich mir doch mal, ich habe – das ist ja das Gute heutzutage,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

man kann alles Mögliche nachlesen –, ich habe unter anderem die Plenarprotokolle von damals von der Beschlussfassung der Ersten und Zweiten Lesung dazu gelesen.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU – Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sie müssen ja Zeit haben.)

Dann habe ich mal geschaut,

(Vincent Kokert, CDU: Donnerwetter! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

was der damalige fachpolitische Sprecher der Fraktion PDS – ich hoffe, ich habe jetzt den richtigen Namen gewählt –, Herr Dr. Bartels, gesagt hat im Zusammenhang mit dem Umgang mit Hochschulkliniken.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, aus Greifswald.)

Und das Einzige, das Einzige, was ich gefunden habe in dem gesamten Kontext „Diskussion Landeshochschulgesetz und Universitätskliniken“ war die Forderung und die Anmerkung des Kollegen Dr. Bartels, dass, Zitat, „ein effizienterer Umgang mit den ... Mitteln der Krankenversorgung“ erforderlich sei.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist ja auch kein Wunder, dass er das damals schon gefordert hat, dass entsprechend mehr und stärker darauf geachtet werden soll, dass entsprechend wirtschaftlich sinnvoll gearbeitet werden soll. Und „wirtschaftlich sinnvoll“ heißt – auch darauf hat die Ministerin hingewiesen –, dass in einem Betrieb, und die Universitätskliniken sind eben auch ein Betrieb, tatsächlich die Ziele, die in einem Wirtschaftsplan formuliert werden sollen, erreicht werden.

Dass es kein Wunder war, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass sich damals der Kollege Dr. Bartels nicht weiter damit beschäftigt hat, nicht vielleicht gesagt hat, na ja, aber eine Gewinnorientierung, das wollen wir nicht im Landeshochschulgesetz stehen haben, das sage ich hier ausdrücklich, dass das nicht der Wille der PDS ist, das hat ja seinen Grund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, denn der Gesetzentwurf des Landeshochschulgesetzes von 2002 ist ja nicht wie ein Manna vom Himmel gefallen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das denke ich manchmal, wenn ich einige Anträge heute lese, aber das kann man dem Gesetzentwurf damals nicht vorwerfen. Diesem Gesetzentwurf ist ein langer Diskussions- und Arbeitsprozess vorangegangen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

unter anderem auch mit einem Bericht der Landesregierung unter Einbeziehung der Hochschulen hier an den Landtag. Auch das können Sie nachlesen, der entsprechende Bericht liegt in der Parlamentsdatenbank vor. Auf dieser Grundlage ist dann das Landeshochschulgesetz entwickelt worden.

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas: An diesem Bericht war nicht nur das Finanzministerium beteiligt, da war damals nicht nur das Bildungsministerium beteiligt,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Kommen Sie doch mal in
die Gegenwart zurück!)

da war auch ...

Herr Kollege Wildt, nein, das gehört dazu,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
Torsten Renz, CDU, und
Simone Oldenburg, DIE LINKE)

weil da die Linien gelegt worden sind, Herr Kollege Wildt, auch wenn Sie das nicht hören wollen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Da sind die Linien für die Arbeitsweise, für die wirtschaftliche Arbeitsweise in den Universitätskliniken gelegt worden. Sie sind gelegt worden mit den Stimmen der damaligen PDS. Und wenn sich heute ein Kollege der Fraktion DIE LINKE hinstellt und sagt, wir sind gegen Gewinnorientierung, dann müsste er erst mal darüber diskutieren, was er damals selber getan hat, denn der Kollege Koplin war, wenn ich das richtig im Kopf habe, zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender unter anderem des Sozialausschusses.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann lassen Sie mich mal ein paar Stellen aus diesem Bericht zitieren. Da wird dann unter anderem gefordert eine wirtschaftlich effizientere Organisation der Universitätskliniken, mehr marktorientierte Strukturveränderungen, wir müssten konkurrenzfähiger sein, „Krankenversorgung ist in Zukunft nur unter strengen betriebswirtschaftlichen Regeln zu garantieren“. Dann heißt es weiter, „Organisationsformen aufzuzeigen“, wie „die Krankenversorgung wirtschaftlicher betrieben werden kann“,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

„das Klinikum wirtschaftlich effizienter ...“, „optimale Binnen-Organisation“ – ich könnte Ihnen stundenlang aus diesem Bericht zitieren, der damals dem Gesetzestext, so, wie er hier beschlossen worden ist, zugrunde lag, auch tatsächlich dann umgesetzt worden ist.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist auch richtig. Es ist richtig, dass wir eine vernünftige wirtschaftliche Organisation der Universitätskliniken wollen. Das ist dann auch der Konnex zu heute, weil wir ihn auch heute wollen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Deswegen sind die Vorwürfe, die hier von der Fraktion DIE LINKE erhoben werden, letztendlich auch so hanebüchen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an dieser Stelle, weil Sie, Herr Kollege Wildt, mir nun quasi vorgehalten haben, ich würde nur auf die Vergangenheit abstellen, in die nähere Vergangenheit kommen, nicht ganz so nah dran, wie in den letzten Wochen und Tagen, aber nicht ganz so weit entfernt, nämlich ins Frühjahr 2017. Da ging es um die Universitätsmedizin Greifswald und da gibt es vom 9. März eine Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, wo der Kollege Koplin unter anderem fordert in Bezug auf die Universitätsmedizin Greifswald, dass mit externem Sachverstand eine Taskforce eingerichtet werden sollte, Zitat, „zur Rückkehr in die Gewinnzone am Universitätsklinikum“ in Greifswald – zur Rückkehr in die Gewinnzone

(Andreas Butzki, SPD: Oh!)

des Universitätsklinikums Greifswald!

(Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh!)

Das, was der Kollege Koplin in den letzten Tagen der Ministerin vorgeworfen hat, dass diese Landesregierung

darauf achtet, dass die Universitätsklinik in Rostock, aber auch in Greifswald möglichst betriebswirtschaftlich sinnvoll geführt werden, dass die betreffenden Vorstände darauf achten, dass sie tatsächlich auch gewinnorientiert arbeiten, weil gewinnorientiert ist erst mal nichts Schlechtes –

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das haben wir auch gesagt.)

Frau Ministerin Hesse hat ja darauf hingewiesen, das ist notwendig, um Rücklagen zu bilden, um spätere Investitionen tätigen zu können,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja.)

es ist notwendig, um gegebenenfalls auch in den Folgejahren Verluste ausgleichen zu können –,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

genau das hat der Kollege Koplin hier in diesem Landtag gefordert mit der entsprechenden Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Es ist schon hanebüchen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich dann hinstellt und sagt, na ja, das ist jetzt aber dringlich, dass wir über dieses Thema noch mal diskutieren,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja, sicher.)

auf einmal Gewinnorientierung bei einer Universitätsklinik, ja, aber das geht doch gar nicht.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Gewinnorientierte Sondervergütung!)

Und deswegen, um das klarzustellen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Sondervergütung!)

hat meine Fraktion beziehungsweise haben die Koalitionsfraktionen dieser Dringlichkeit zugestimmt und ich hoffe, dass das damit auch erledigt ist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe bei den Ausführungen der Ministerin sehr wohl zugehört, und ich frage jetzt mal: Ein Bonus ist also, wenn ich von 100 Prozent auf 125 Prozent gehe? Dann ist es ein Bonus? Es ist kein Bonus, wenn ich von 75 Prozent auf 100 Prozent gehe?

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Oder andersherum: Bekommt jemand, verdient jemand 1.000 Euro im Monat und aufgrund sehr guter Leistun-

gen 1.250, dann ist das ein Bonus? Bekommt jemand 750.000 Euro und aufgrund sehr guter Leistungen 1 Million Euro, dann ist das kein Bonus?

(Jochen Schulte, SPD:
Nee, Frau Kollegin Oldenburg,
Sie haben es nicht verstanden. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

So ist die Argumentation gewesen und Frau Hesse, ich würde sagen,

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und das als Lehrerin!)

Ihre Argumentation hinkt genauso wie der Umgang mit Ihren Reden.

Ich möchte dazu noch mal ausführen.

(Jochen Schulte, SPD:
Nein, Frau Kollegin Oldenburg,
das ist schon traurig. Ein bisschen
mehr Verstehen hätte ich schon erwartet.)

Herr Schulte, es geht nicht darum, dass Frau Hesse oder sonst welcher Minister mit der AfD redet. Darum geht es überhaupt nicht.

(Jochen Schulte, SPD: Doch! Darüber
haben sich Ihre Kollegen aufgeregt. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Doch! Auch darum geht es.)

Es geht darum, dass Frau Hesse ihre komplette Rede an Herrn Dr. Jess gegeben hat. Darum geht es.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Wir finden das beschämend als Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir finden es alarmierend, dass eine Bildungsministerin ihre Ausführungen von der AfD wahrscheinlich absegnen lässt.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und AfD –
Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir sind der Meinung, das ist einmalig in dem parlamentarischen Alltag der Bundesrepublik.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und meine Fraktion fordert die Ministerpräsidentin,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

meine Fraktion fordert die Ministerpräsidentin auf,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

dies innerhalb der Koalition und innerhalb des Kabinetts auszuwerten

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

und hier in der nächsten Landtagssitzung dazu Stellung zu beziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Martina Tegtmeier, SPD: Wenn das alles ist,
was von Ihren Forderungen übrig bleibt. –
Horst Förster, AfD: Noch ein verzweifelter
Versuch, um von sich abzulenken.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Förster.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Zieht zurück.)

Zieht zurück, dann für die SPD-Fraktion Herr Schulte.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Nein, Kollege Butzki, ich werde jetzt keine Lehrstunde machen, weil ich glaube, ich könnte hier noch eine Stunde reden, Frau Kollegin Oldenburg will es nicht verstehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Vielleicht
kann sie es auch nicht. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Aber, Frau Kollegin Oldenburg – deswegen bin ich noch mal nach vorne gegangen, um das deutlich zu sagen –, das, was Ihre Fraktion, aber insbesondere Sie gerade eben hier abgeliefert haben,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, genau.)

war an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Weil man ertappt ist!)

weil es hat eins,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Weil man ertappt ist, Herr Schulte!)

Frau Kollegin Oldenburg, es hat eins deutlich gemacht: Sie haben hier einen Dringlichkeitsantrag versucht hochzuziehen, Sie haben versucht, ein Thema hochzuziehen

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nee!)

und Sie haben gerade eben an dieser Stelle nicht einen Satz zu dem Inhalt Ihres eigenen Antrages gesagt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das hat Herr Koplin getan.)

Wie wenig müssen Sie Ihren eigenen Argumenten, Vorstellungen vertrauen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sie haben doch der Dringlichkeit zugestimmt.)

wenn Sie nicht mal in der Lage sind, auch nur ansatzweise dazu was zu sagen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 13. März 2019, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.07 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Henning Foerster, Harry Glawe, Nadine Julitz, Karsten Kolbe, Nikolaus Kramer, Burkhard Lenz und Erwin SELLERING.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der AfD Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern – Baby-Willkommensgeschenk – Drucksache 7/3044 –

Jastimmen

AfD

Förster, Horst
Grimm, Christoph
Dr. Jess, Gunter
de Jesus Fernandes, Thomas
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Obereiner, Bert
Reuken, Stephan J.
Schneider, Jens-Holger
Strohschein, Jürgen
Dr. Weber, Ralph

fraktionslos

Arppe, Holger

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Aßmann, Elisabeth
Dr. Backhaus, Till
Brade, Christian
Brodkorb, Mathias
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Dachner, Manfred
Dahlemann, Patrick
Drese, Stefanie
Friedriszik, Dirk
Gundlack, Tilo
Hesse, Birgit
Heydorn, Jörg
Krüger, Thomas
Mucha, Ralf
Pegel, Christian
Saemann, Nils
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Stamer, Dirk

Tegtmeier, Martina
Wippermann, Susann

CDU

von Allwörden, Ann Christin
Berg, Christiane
Caffier, Lorenz
Ehlers, Sebastian
Eifler, Dietmar
Friemann-Jennert, Maika
Liskow, Egbert
Liskow, Franz-Robert
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Schlupp, Beate
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
Koplin, Torsten
Kröger, Eva-Maria
Larisch, Karen
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

Freie Wähler/BMV

Dr. Manthei, Matthias
Weißig, Christel

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	58
Gültige Stimmen	58
Jastimmen	12
Neinstimmen	46
Enthaltungen	-

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktion der AfD
**Teure Strompreise: „Nein danke!“ – Entlastung für
einkommensschwache Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern**
– Drucksache 7/3043 –

Jastimmen

AfD

Förster, Horst
Grimm, Christoph
Hersel, Sandro
Dr. Jess, Gunter
de Jesus Fernandes, Thomas
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Obereiner, Bert
Reuken, Stephan J.
Schneider, Jens-Holger
Strohschein, Jürgen

fraktionslos

Arppe, Holger

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Aßmann, Elisabeth
Dr. Backhaus, Till
Brade, Christian
Brodkorb, Mathias
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Dachner, Manfred
Dahlemann, Patrick
Drese, Stefanie
Friedriszik, Dirk
Gundlack, Tilo
Hesse, Birgit
Heydorn, Jörg
Krüger, Thomas
Mucha, Ralf
Pegel, Christian
Saemann, Nils
Schwarz, Thomas
Stamer, Dirk
Tegtmeier, Martina
Wippermann, Susann

CDU

von Allwörden, Ann Christin
Berg, Christiane
Caffier, Lorenz
Ehlers, Sebastian
Eifler, Dietmar
Friemann-Jennert, Maika
Kliewe, Holger
Kokert, Vincent
Liskow, Egbert
Liskow, Franz-Robert
Renz, Torsten
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
Koplin, Torsten
Kröger, Eva-Maria
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

Enthaltungen

Freie Wähler/BMV

Borschke, Ralf
Dr. Manthei, Matthias
Weißig, Christel
Wildt, Bernhard

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	58
Gültige Stimmen	58
Jastimmen	12
Neinstimmen	42
Enthaltungen	4